

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Matthias Jung/Dieter Roth

Kohls knappster Sieg

Eine Analyse der Bundestagswahl 1994

Renate Köcher

Auf einer Woge der Euphorie

Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas
im Wahljahr 1994

Jürgen W. Falter/Markus Klein

Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994

Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest

Ursula Feist

Nichtwähler 1994

Monika Toman-Banke

Die Wahlslogans von 1949 bis 1994

B 51–52/94

23. Dezember 1994

Matthias Jung, Dipl.-Volksw., geb. 1956; Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim.

Veröffentlichungen zur Wahlforschung, zu Methoden der Umfrageforschung und zur Militärsoziologie.

Dieter Roth, Dipl.-Volksw., Dr. phil., geb. 1938; Vorstandsmitglied der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim; Lehrbeauftragter an der Universität Heidelberg.

Veröffentlichungen u. a.: Die deutsche Einheit und die Wahlen der Jahre 1989–1992, in: Handbuch der deutschen Einheit, Bonn 1993; (Hrsg. zus. mit Wilhelm Bürklin) Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten?, Köln 1994.

Renate Köcher, Dr. phil., Dipl.-Volksw., geb. 1952; Studium der Volkswirtschaftslehre, Publizistik und Soziologie in Mainz und München; seit 1977 wiss. Mitarbeiterin im Institut für Demoskopie Allensbach; 1988 Eintritt in die Geschäftsführung des Instituts.

Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fragen der Meinungsforschung.

Jürgen W. Falter, Dr. rer. pol., geb. 1944; o. Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg. zus. mit H. Rattinger und K. Troitzsch) Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt–Bern 1989; Hitlers Wähler, München 1991; Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland, München 1994.

Markus Klein, M. A., geb. 1969; Student der Volkswirtschaftslehre an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sowie wiss. Angestellter am dortigen Institut für Politikwissenschaft.

Veröffentlichungen u. a.: Die Rolle der Frau im geteilten Deutschland, in: Politische Vierteljahresschrift, 34 (1993); (zus. mit W. Bürklin und A. Ruß) Dimensionen des Wertewandels, in: Politische Vierteljahresschrift, 35 (1994).

Ursula Feist, Diplom-Psychologin; Leiterin der Abteilung Wahlforschung bei infas, Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn.

Zahlreiche Veröffentlichungen zum Wahlverhalten, zum Wandel des Parteiensystems und zur Elitenforschung.

Monika Toman-Banke, M.A., geb. 1963; Studium der Germanistik, Volkswirtschaftslehre und Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz; Redakteurin für Öffentlichkeitsarbeit beim Schwäbischen Tagblatt in Tübingen.

Neben zahlreichen journalistischen Veröffentlichungen verschiedene Rezensionen zum Thema „Politik und Sprache“ in: Muttersprache, Vierteljahresschrift für deutsche Sprache, hrsg. von der Gesellschaft für deutsche Sprache, Wiesbaden.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 53111 Bonn.

Redaktion: Dr. Klaus W. Wippermann (verantwortlich), Dr. Katharina Belwe, Dr. Ludwig Watzal, Hans G. Bauer.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 54290 Trier, Tel. 06 51/4 60 41 86, möglichst Telefax 06 51/4 60 41 53, nimmt entgegen

– Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

– Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;

– Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Kohls knappster Sieg

Eine Analyse der Bundestagswahl 1994

I. Einleitung

Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP haben mit 0,3 Prozentpunkten, dem kleinsten Vorsprung, der bisher bei Bundestagswahlen gemessen wurde, vor den im Bundestag vertretenen Oppositionsparteien SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS die zweite gesamtdeutsche Wahl am 16. Oktober 1994 gewonnen. 15 kleine und kleinste Parteien kamen insgesamt auf 3,6 Prozent der gültigen Stimmen, darunter als stärkste die Republikaner mit 1,9 Prozent. Durch zwölf Überhangmandate für die CDU und vier für die SPD, die nach dem Bundestagswahlrecht nicht ausgeglichen werden, hat sich die denkbar knappste Mandatsmehrheit der Regierung von zwei auf zehn erhöht. Eine Mehrheit von zehn Sitzen hatte 1976 auch die Koalitionsregierung von SPD und FDP unter Helmut Schmidt, allerdings nach einem Vorsprung von fast 2 Prozentpunkten bei der Wahl.

Das Regieren ist schwieriger geworden, für die Koalition aus CDU/CSU und FDP aber nicht unmöglich, wie die Wahl des Bundeskanzlers und die ersten Entscheidungen zeigen. Die starke Bundesratsmehrheit der SPD-regierten Länder hat sich durch die am 16. Oktober gleichzeitig durchgeführten Landtagswahlen im Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen eher noch stabilisiert.

Der Spielraum für die Regierungsparteien, politische Änderungen herbeizuführen, bleibt äußerst begrenzt. Für Diskussionsstoff innerhalb der Koalition sorgt die schwache Basis der FDP, die auch bei den Landtagswahlen 1995 in Hessen, Nordrhein-Westfalen, Bremen und Berlin ein Scheitern der Liberalen an der 5-Prozent-Hürde möglich werden läßt; gleichzeitig hat sich aber die strategische Position der FDP innerhalb der Bonner Koalition eher verbessert, denn es gibt im Gegensatz zur letzten Legislaturperiode rechnerisch eine Mehrheit für eine Ampelkoalition. Aus einer Vielzahl von Gründen hat die Verwirklichung einer solchen Konstellation derzeit kaum eine Chance,

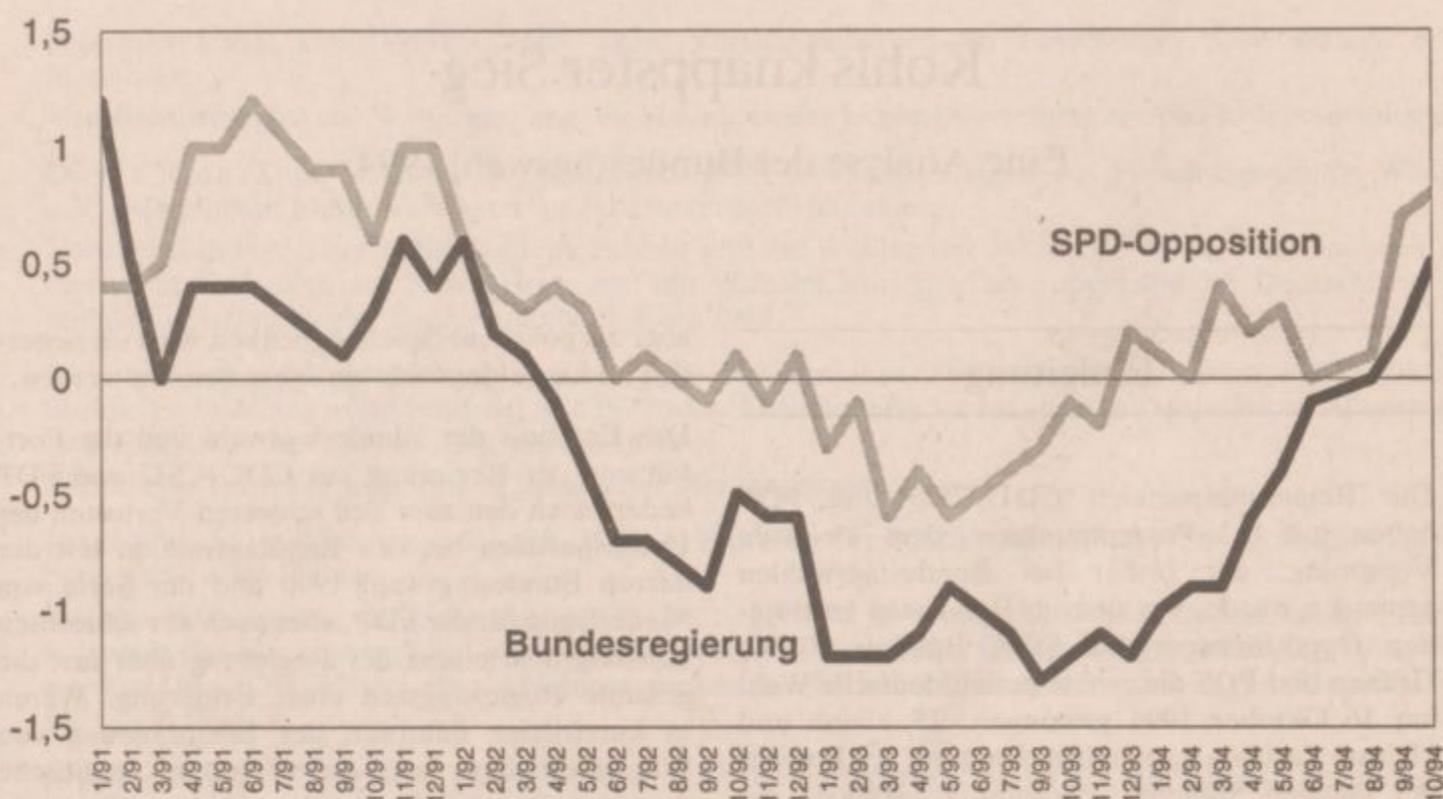
aber als politische Spielmöglichkeit wird sie sicherlich im Laufe der nächsten Jahre bemüht werden.

Das Ergebnis der Bundestagswahl und die Fortführung der Regierung aus CDU/CSU und FDP bedarf nach den zum Teil schweren Verlusten der Unionsparteien bei den Landtagswahlen seit der letzten Bundestagswahl 1990 und der Serie von Niederlagen für die FDP, aber auch der schlechten Leistungsbeurteilung der Regierung über fast die gesamte Regierungszeit einer Erklärung. Waren es kurzfristige Faktoren der Beeinflussung von Wählerverhalten, wie die veränderte politische Agenda, die veränderte ökonomische Situation, sich verändernde Kompetenzzuschreibungen für die Lösung der anstehenden Probleme oder gar die Kandidaten, die es vermocht haben, der Regierung zu einem kleinen Vorsprung zu verhelfen? Oder gibt es sowieso eine strukturelle Mehrheit in der Bundesrepublik für eine bürgerliche Regierung, und ist es nur deshalb so eng geworden, weil die Folgen der Einheit zu einer partiellen Verunsicherung geführt haben? Haben wir es also eher mit einer Abweichung vom generellen Verhalten zu tun und pendelt sich dies nach Ablauf einer Anpassungszeit alles wieder ein?

Zwar werden Bundestagswahlen im Westen gewonnen, weil rein quantitativ der Osten nur ein Fünftel des gesamten Wahlkörpers ausmacht. Wenn aber die Veränderungen in Ostdeutschland unkalkulierbar werden, weil dort die Wähler ohne parteiliche Bindungen zu schnellen und häufigen Wechslen neigen, dann kommt bei relativ geringen Unterschieden zwischen Regierungs- und Oppositionsblock im Westen dem Osten doch eine große Bedeutung für das Gesamtergebnis zu: Die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP verloren im Westen weniger als ein Zehntel ihres Stimmenanteils von 1990, im Osten büßten sie mehr als ein Viertel ihrer Ausgangsbasis von vor vier Jahren ein.

Wahlen werden nur formal am Wahltag entschieden. Wahlergebnisse haben eine Geschichte, so auch die vom 16. Oktober; sie ist mindestens eine Legislaturperiode alt.

Schaubild 1: Zufriedenheit mit Regierung und SPD-Opposition (Mittelwerte +/- 5-Skala)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer und Blitzumfrage vor der Bundestagswahl.

II. Die politische Ausgangslage dieser Wahl

Die Enttäuschung der Wähler, insbesondere in den neuen Ländern, nach der letzten Bundestagswahl war groß und setzte früh im Jahr 1991 ein. Die Hoffnungen auf schnellen wirtschaftlichen Aufschwung und auf Angleichung an die wirtschaftlichen Verhältnisse im Westen waren durch die Versprechungen der Politiker im Wahlkampf 1990 noch genährt worden. Das Gefühl, daß die Wünsche der Bevölkerung nach gewonnener Wahl nicht mehr so wichtig waren (Steuerlüge), führte insbesondere im Osten, abgemildert aber auch im Westen sehr schnell zu einer schlechten Beurteilung der Regierung. Daraus konnte die Opposition zunächst Nutzen ziehen, was dem normalen Wechselspiel in einer funktionierenden Demokratie entspricht. Die Opposition löste bereits im Januar 1991 in Hessen mit einem knappen Sieg, dann in Rheinland-Pfalz im April sehr viel eindeutiger die CDU-geführten Regierungen ab und war auch bundesweit klar im Aufschwung (s. Schaubild 1).

Das Thema „deutsche Einheit“ beherrschte nach wie vor die politische Agenda. Allerdings stand dabei nicht die Euphorie über die erreichte Einheit

der Nation wie vor der Wahl 1990 im Vordergrund, sondern die Lasten der Einheit, im Osten die aus der Sanierung der Großbetriebe erwachsene Arbeitslosigkeit, im Westen die Erhöhung von Steuern und Abgaben. Die Regierung hatte in dieser Zeit hohe Vertrauensverluste, aber auch die zum Zeitpunkt der Wahl zugeordnete Kompetenz in Wirtschaftsfragen litt sehr deutlich, im Osten noch eindeutiger als im Westen.

Im Spätsommer 1991 trat mit den spektakulären Übergriffen rechtsradikaler Randgruppen auf Ausländer und Asylbewerber dieser latent vorhandene Problemkomplex, der durch die Entwicklung zur deutschen Einheit weitgehend zugedeckt worden war, erneut ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Zwar führten die Übergriffe zu einer wachsenden Solidarisierung der Bevölkerung mit Ausländern, gleichzeitig wurde aber die Lösung des Asylproblems aus der Sicht der Wähler immer dringlicher. Ende 1991 kamen sich Regierung und Opposition bei der Lösung dieses Problems deutlich näher, wahltaktische Überlegungen zu den anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein verhinderten jedoch einen Kompromiß. Die Wähler reagierten heftig. Regierung und Opposition gerieten von Anfang 1992 an in ein bis dahin nie gemessenes Stimmungstief, das letztlich für die Regierung bis zum Herbst 1993 anhielt, aber fast genauso die Opposition traf, die

nicht mehr als Alternative betrachtet wurde. Dies ist die Phase, in der man zu Recht von Parteien- und Politikerverdrossenheit spricht. In den Frühjahrswahlen 1992 in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein mußten beide großen Parteien empfindliche Verluste hinnehmen. In Baden-Württemberg traf es vor allem die CDU, die nach der Wahl in eine große Koalition gezwungen wurde, in Schleswig-Holstein die SPD. Die Distanz der Bevölkerung gegenüber den Parteien wuchs. Den Parteien wurden zusehends weniger Fähigkeiten zugeschrieben, die anstehenden Probleme zu lösen. Asyl und Ausländer war im Westen der Republik das absolut dominierende Thema vom Herbst 1991 bis zum Sommer 1993. Im Osten war über die gesamte Legislaturperiode die Arbeitslosigkeit konstant das Problem Nummer eins, seit 1993 stärker als je zuvor. Anfang des Jahres 1993 gewann auch im Westen das Problem Arbeitslosigkeit an Bedeutung, das schließlich ab Herbst die politische Agenda anführte und von diesem Zeitpunkt an das beherrschende Thema bis zur Bundestagswahl blieb.

Nach der Wahl in Hamburg im Herbst 1993, dem Tiefpunkt der Leistungsbeurteilung der Regierung, hat diese sich praktisch von Monat zu Monat erholt. Die steilsten Aufwärtsentwicklungen gibt es einmal im Frühsommer 1994 und nochmals nach der Sommerpause bis zur Wahl. Die Regierung erreicht zwar nicht ihr Ausgangsniveau vom Dezember 1990, schafft es aber doch in weniger als einem Jahr, die Zweifel an ihrer Durchsetzungsfähigkeit und Lösungskompetenz weitgehend zu beseitigen. Noch zum Anfang dieses Jahres schienen die Regierungsparteien kaum in der Lage, ihre Mehrheit zu verteidigen. Die Unionsparteien waren von herben Verlusten bedroht, die FDP im Verhältnis zu 1990 etwa halbiert. Dagegen schien die SPD die Chance zu haben, stärkste Partei zu werden; die Grünen waren nahe an einem zweistelligen Ergebnis und die extreme Rechte wie auch die PDS ohne Chance. Der Regierungswechsel schien programmiert.

III. Die wirtschaftliche Lage und die wirtschaftlichen Erwartungen

Wenn auch der empirische Nachweis über den genauen Einfluß der wirtschaftlichen Faktoren auf das Wahlverhalten nur schwer zu führen ist, so besteht doch Übereinstimmung darin, daß die ökonomische Statusverbesserung, zumindest aber die

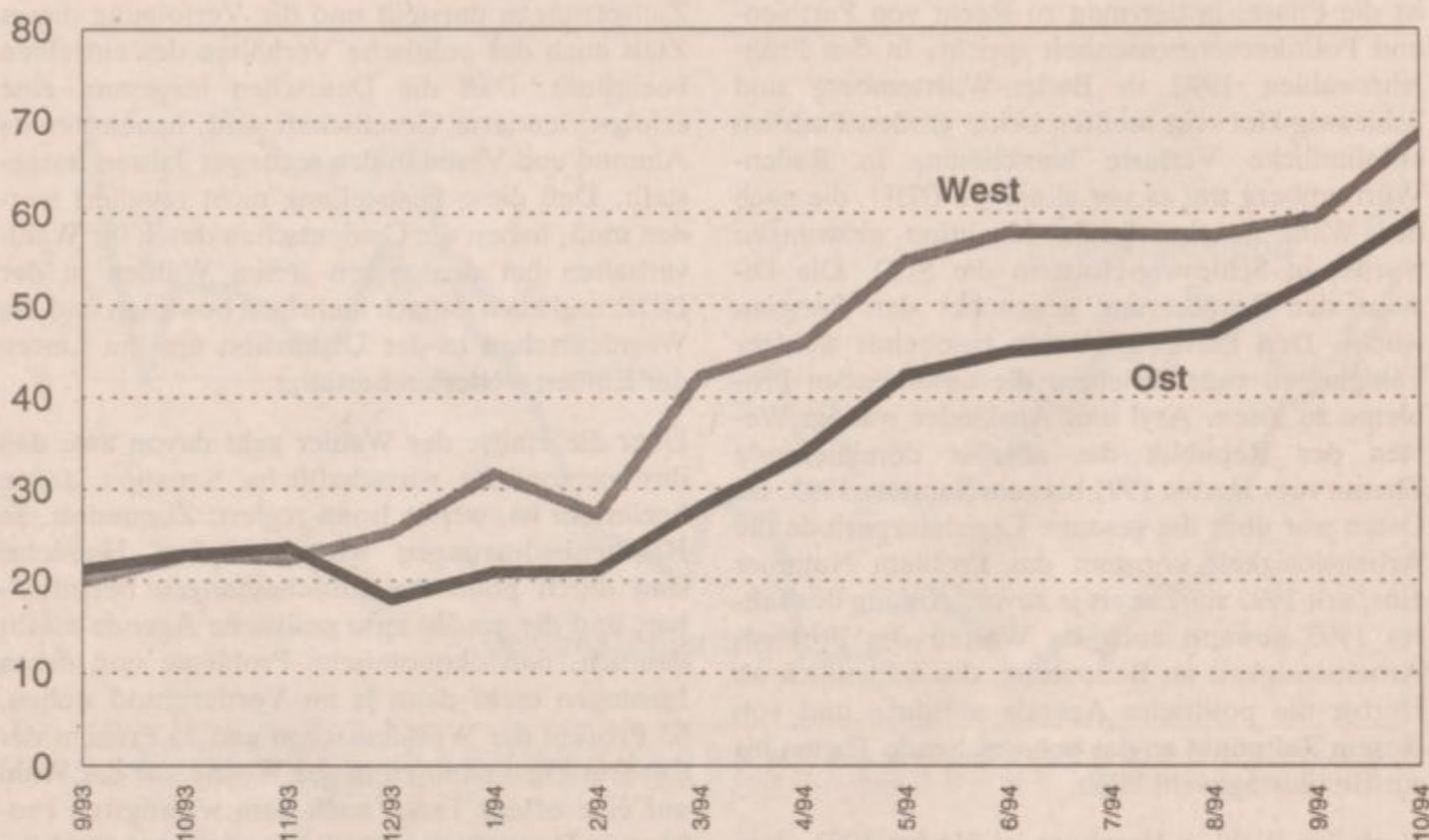
Statussicherung, eine der wichtigsten individuellen Zielsetzungen darstellt und die Verfolgung dieses Ziels auch das politische Verhalten des einzelnen beeinflußt. Daß die Deutschen insgesamt eine erfolgsorientierte Gesellschaft sind, haben bereits Almond und Verba in den sechziger Jahren festgestellt. Daß diese Feststellung nicht revidiert werden muß, haben die Ostdeutschen durch ihr Wahlverhalten bei den ersten freien Wahlen in der DDR und auch danach mehrfach bewiesen und die Westdeutschen in der Diskussion um die Lasten der Einheit weiterhin bestätigt.

Über die Hälfte der Wähler geht davon aus, daß ihre persönliche wirtschaftliche Situation davon beeinflußt ist, wer in Bonn regiert. Zumindest die Rahmenbedingungen wirtschaftlichen Handelns sind durch politische Entscheidungen beeinflussbar, und die geschilderte politische Agenda macht deutlich, daß ökonomische Probleme und deren Lösungen mehr denn je im Vordergrund stehen. 63 Prozent der Westdeutschen und 75 Prozent der Ostdeutschen nannten in der Woche vor der Wahl auf eine offene Frage nach dem wichtigsten Problem in Deutschland (zwei Antworten waren möglich) Arbeitslosigkeit als das wichtigste Problem. Zu Beginn der Legislaturperiode 1991 kamen 17 Prozent der Westdeutschen und 68 Prozent der Ostdeutschen zu diesem Schluß.

Die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage hat mehrere Komponenten. Es geht dabei zunächst um die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage. Die Informationen hierzu werden in der Regel durch die Medien vermittelt oder über glaubwürdige Agenten, z. B. Experten, aber auch über Parteien bzw. deren Repräsentanten. Die Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage beruht auf eigenen Wahrnehmungen. Diese sind in der Regel überzeugender und auch stabiler. Beide Komponenten haben eine Gegenwarts- und eine Zukunftsdimension.

Die allgemeine wirtschaftliche Lage wurde von 75 Prozent der Westdeutschen im Januar 1991 als gut bezeichnet. Danach setzte parallel zum Bedeutungszuwachs der Arbeitslosigkeit aus der Sicht der Wähler eine stetige Abwärtsentwicklung ein. Mitte 1993 meinten gerade noch 10 Prozent, die wirtschaftliche Lage sei gut. Seit dem Frühjahr 1994 verbessert sich die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage wieder. In der Woche vor der Bundestagswahl sagten 24 Prozent, die Lage sei gut. Im Osten unterlag die Beurteilung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sehr viel geringeren Schwankungen. Sie wurde nach einer leichten relativen Verbesserung im Januar 1991 für einen Zeit-

Schaubild 2: Mit der Wirtschaft geht es wieder aufwärts (Zustimmung in Prozent der Befragten)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer und Blitzumfrage vor der Bundestagswahl.

raum von etwa zwei Jahren konstant überwiegend als schlecht bezeichnet. Erst seit Beginn des Jahres 1994 wurde sie tendenziell weniger schlecht beurteilt. Zu allen Zeitpunkten wurde sowohl im Osten als auch im Westen die persönliche wirtschaftliche Lage durch die Befragten ungleich besser und mit relativ geringen Veränderungen bewertet, wobei im Westen über die gesamte Beobachtungsperiode die Bewertung tendenziell leicht nach unten zeigt, im Osten nach oben. Wichtig erscheinen aber in diesem Zusammenhang die Erwartungen der Wähler, ob und wann die ökonomische Krise überwunden werden kann.

Mit Antworten auf die schlichte Frage: *Was meinen Sie, geht es mit der Wirtschaft in Deutschland zur Zeit wieder aufwärts, oder meinen Sie das nicht?* kann einer der wichtigsten Gründe für den Stimmungsumschwung in der Wählerschaft nachgezeichnet werden. Von Februar 1994 an glaubten immer mehr Wähler sowohl im Westen als auch im Osten an den wirtschaftlichen Aufschwung (s. Schaubild 2).

Diese Entwicklung setzte zu einem Zeitpunkt ein, zu dem es noch kaum diese Meinung unterstützende Informationen in den Medien gab. Die Bestätigungen eines positiven Trends wurden erst im April und Mai über offizielle unabhängige Gutach-

ten und die Veröffentlichungen der statistischen Wirtschaftsdaten des ersten Quartals geliefert. Diese haben die perzipierte Aufwärtsbewegung dann noch verstärkt. Mit den Erwartungen eines Wirtschaftsaufschwungs hat sich aber vor allem die Beurteilung der Kompetenz für die Lösungen wirtschaftlicher Probleme zugunsten der Regierungsparteien verändert. Diese Wirtschaftskompetenz hatten die Regierungsparteien im Osten bereits im Frühjahr 1992, im Westen im Herbst 1993 an eine SPD-geführte alternative Regierung abgetreten. Im April 1994 gewann die Regierung die Kompetenz zunächst im Westen, im Mai dann auch im Osten wieder zurück und hat sie nicht mehr abgegeben, sondern zumindest im Westen noch ausgebaut. Parallel zu dieser Entwicklung stieg die Unterstützung für die Unionsparteien und auch die Zufriedenheit mit der Regierung deutlich an.

Gleichzeitig aber gibt es am Arbeitsmarkt keineswegs Entspannung, die Arbeitslosigkeit hat im Bewußtsein der Wähler eher an Bedeutung zugenommen. Zwei ökonomische Zielsetzungen, Wirtschaftsaufschwung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, partiell im Konflikt stehend und die beiden großen Parteien unterschiedlich begünstigend, beherrschen damit den Wahlkampf. Der SPD gelang es dabei offensichtlich nicht, die sich aus der ökonomischen Entwicklung ergebenden

Fragen der sozialen Gerechtigkeit überzeugend für die Wählerschaft zu artikulieren. Zwar wird der SPD die Kompetenz zur Lösung des Arbeitslosenproblems eher zugeschrieben als den Regierungsparteien, aber über die Mobilisierung ihrer Stammklientel hinaus kann sie daraus keinen Nutzen ziehen. Zwar wurde das Thema Arbeitslosigkeit als das mit weitem Abstand wichtigste politische Problem bezeichnet, aber lediglich 13 Prozent der berufstätigen Westdeutschen hielten ihren Arbeitsplatz für gefährdet. Damit war die Arbeitslosigkeit in Deutschland zwar als wichtigstes Problem anerkannt, für das individuelle Kalkül der meisten Wähler spielte sie jedoch keine unmittelbare Rolle.

IV. Andere politische Probleme

Andere zur Lösung anstehende Probleme waren in dieser Auseinandersetzung um wirtschaftliche Ziele deutlich in den Hintergrund gerückt. Ausländerproblematik und Asylbewerber, nach dem Asylkompromiß weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden oder zum Alltag geworden, nannten nur noch 17 Prozent in der Woche vor der Wahl als wichtigstes Problem, Kriminalität 11 Prozent, Umweltschutz 10 Prozent und ebenso viele den Wohnungsmarkt (10 Prozent). Das Asyl- und Ausländerthema wurde dabei im Westen ungleich häufiger genannt (19 Prozent) als im Osten (9 Prozent). Unterschiede ergeben sich auch bei den Themen Kriminalität und Umweltschutz. Die innere Sicherheit spielt im Osten (22 Prozent) eine weitaus größere Rolle als im Westen (8 Prozent). Beim Umweltschutz ist das bekanntermaßen umgekehrt, im ökonomisch besser ausgestatteten Westen nennen das Thema 11 Prozent, im Osten, wo man mit Problemen grundsätzlicher wirtschaftlicher Umstrukturierung kämpft, nennen es nur 4 Prozent.

Bei den Kompetenzzuordnungen für eine befriedigende Asyl- und Ausländerpolitik liegen eine unionsgeführte und eine SPD-geführte Regierung nahezu gleichauf. Auf dem Gebiet der inneren Sicherheit verfügt die Union über einen Kompetenzvorteil gegenüber der SPD (25 Prozent : 16 Prozent), allerdings trauen viele (35 Prozent) beiden großen Parteien die Lösung der Kriminalitätsprobleme zu, 19 Prozent erwarten dies von keiner der beiden möglichen Regierungen. Eine effiziente Umweltpolitik versprechen sich deutlich mehr Wähler von einer SPD-geführten Regierung

(38 Prozent) als von einer unionsgeführten (13 Prozent). Auch bei der Lösung der Probleme auf dem Wohnungsmarkt liegt die SPD (42 Prozent) weit vor der Union (17 Prozent).

Insgesamt schneidet die SPD bei der Kompetenzbeurteilung für die Lösung wichtiger anstehender Probleme gut ab, was sicherlich ein wesentlicher Grund für ihre Stimmengewinne war. Wahltscheidend war jedoch der sich abzeichnende ökonomische Aufschwung, der als Erfolg der Regierung gewertet wurde und insbesondere der Union zugute kam. Die Regierung konnte also erneut, wie in den Wahlkämpfen 1983 und 1987, die ökonomische Karte spielen, und sie gewann. 1990 mußte sie diese Karte nicht zücken, die Einheit war ausreichend, um die Wahl zu gewinnen.

V. Die Kanzlerkandidaten

In der klassischen Lehre der Einflußfaktoren auf Wahlverhalten (Michigan-Schule) spielen neben der Parteibindung und den politischen Problemen sowie ihren Lösungsmöglichkeiten durch die Parteien die Kandidaten eine wichtige Rolle. Ihr Gewicht kann von Wahl zu Wahl unterschiedlich sein. Zwar wird in der Regel der Einfluß, der von Personen auf die Wahlentscheidung ausgeht, von den Medien und den Politikern selbst überschätzt, aber ohne Zweifel hat die Entwicklung in den Medien in den letzten Jahren zu einer Vergrößerung der Chancen geführt, über Personen Politik darzustellen und stärker emotionale Momente oder Identifikationsstrategien mit den Führungspersonen in den Vordergrund zu stellen. Dabei spielt das Fernsehen eine beherrschende Rolle, weil es für die überwiegende Mehrheit in der Bevölkerung politisches Informationsmedium, zum Teil sogar einziges Medium ist. Das Fernsehen räumt dabei, weil es Bilder präsentieren muß, den Spitzenkandidaten der Parteien große Möglichkeiten der Darstellung ein. Weil das Fernsehen die Komplexität von Politik reduzieren muß, bedient es sich dabei der Politiker als professioneller Vereinfacher.

Bereits die Wahl 1990 war eine Ausnahmesituation in dieser Beziehung, weil mit dem Ereignis der Einheit Deutschlands eine starke Bereitschaft der Wähler zur Aufnahme politischer Informationen da war und gleichzeitig dem Bundeskanzler als Amtsinhaber eine herausragende Rolle zufiel. Helmut Kohl gewann in dieser Zeit das Ansehen eines Staatsmannes, der über den Parteien stand, im Gegensatz zu seiner früheren Beurteilung als

Parteiführer, der die Lager deutlich trennte. Nach der Wahl holte die Enttäuschung über die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Einheit Kohl relativ schnell wieder von diesem hohen Sockel. Er geriet vom Frühjahr 1991 an in ein Dauertief, und die alten Beurteilungsgegensätze von Anhängern und Gegnern galten wieder. Erst seit Beginn des Jahres 1994 hat sich das Ansehen Helmut Kohls systematisch von Monat zu Monat verbessert. Das gilt sowohl für die eigene Anhängerschaft als auch für die Anhänger anderer Parteien. Er erreichte in einer Aufholjagd, die keinen Vergleich hat, schließlich seinen Herausforderer im Mai, überholte ihn, und erst kurz vor der Wahl konnte Rudolf Scharping wieder etwas aufschließen.

Helmut Kohl war auch 1994 ein ganz wichtiger Faktor für das Erreichen der Regierungsmehrheit. Er hat alle Chancen, die es in diesem Wahljahr gab, genutzt, um deutlich zu machen, daß er ein starker und energischer politischer Führer ist. Seine optimistische Sicht der ökonomischen und politischen Entwicklungen und seine Fähigkeit, seine Anhängerschaft und darüber hinaus auch andere Menschen von einem Aufwärtstrend zu überzeugen, wenn objektiv nur wenige Anzeichen dafür vorliegen, ist einmalig. Sicherlich waren die Erwartungen einer positiven ökonomischen Entwicklung in der Bevölkerung für ihn von großer Hilfe, aber schließlich hat er sie durch ungebrochenen Optimismus zum Teil selbst initiiert. Im Mai schließlich gewann Helmut Kohl praktisch alle wichtigen Führungseigenschaften eines Politikers, die er im Laufe des Jahres 1993 an Rudolf Scharping hatte abgeben müssen, wieder zurück. Vom Frühsommer 1994 an galt Helmut Kohl wieder als führungsstärker, tatkräftiger und verantwortungsbewußter als Rudolf Scharping. Es ist vielleicht weniger verwunderlich, daß man Kohl eher die Fähigkeit zuschreibt, die deutschen Interessen im Ausland besser vertreten zu können als Rudolf Scharping, und vielleicht auch noch, daß der Kanzler besser eine Regierung führen kann, aber eben auch bei den Eigenschaften Tatkraft und Verantwortungsbewußtsein führte Helmut Kohl klar. So verbleibt Rudolf Scharping nur ein großer Vorsprung bei dem Attribut, sozialer eingestellt zu sein, und ein kleiner Vorsprung darin, als der ehrlichere Politiker angesehen zu sein, was aber offensichtlich im politischen Geschäft nicht allzuviel bedeutet. Selbst Scharpings Schattenkabinett hat nicht so hohe Zustimmung wie das Regierungsteam von Kohl. Als Siegertyp sehen schließlich Kohl insgesamt 61 Prozent aller Deutschen, und sogar eine Mehrheit der SPD-Anhänger (52 Prozent) ist dieser Meinung, und das war er schließlich auch.

Trotz des gestiegenen Einflusses von kurzfristigen Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens, die sich ab Frühjahr 1994 zugunsten der Regierung entwickelt haben, hätte die Union ohne ihre strukturelle Basis wohl kaum ihre Position als stärkste Partei verteidigen können. Die Frage ist also, wie es um die Konstanz des Wahlverhaltens in den den Parteien nahestehenden sozialen Gruppen bestellt ist.

VI. Konstanz und Wandel im Wahlverhalten sozialer Gruppen

Die Analyse der sozialstrukturellen Abhängigkeit des Wahlverhaltens zeigt zum einen, inwieweit in Westdeutschland traditionelle Bindungen an die beiden großen Volksparteien in den ihnen nahestehenden Milieus noch vorhanden sind und inwieweit sich ihre Bedeutung für das Gesamtergebnis der Parteien in Anbetracht der fortschreitenden Auflösung dieser Milieus verändert hat. Zum anderen wird untersucht, ob in Ostdeutschland mehr als vier Jahre nach der ersten freien Wahl bereits vergleichbare politische Orientierungsmuster erkennbar sind. Dabei wird auf die Ergebnisse der Befragung am Tag der Bundestagswahl der Forschungsgruppe Wahlen zurückgegriffen, an der sich in Westdeutschland 14478 und in Ostdeutschland 5458 Wähler beteiligt haben. Für die gesamtdeutsche Auswertung wurden die Umfrageergebnisse so gewichtet, daß der Anteil der Befragten in Ost- und Westdeutschland den tatsächlichen Bevölkerungsstärken entspricht. Dadurch ergeben sich rechnerisch 17708 Befragte.

1. Alter

Ähnlich wie bei der letzten Bundestagswahl 1990 ist die SPD auch jetzt wieder in den Altersgruppen der unter 35jährigen stärkste Partei, während die Union bei den über 44jährigen klar dominiert. In der Gruppe der 35- bis 44jährigen liegen SPD und Union fast gleichauf. Während die SPD bei den 25- bis 34jährigen ihr bestes Ergebnis erzielt (39 Prozent), schneidet die CDU/CSU mit 50 Prozent bei den Befragten ab 60 Jahren am besten ab. Auch bei den Grünen stellt sich das gewohnte Bild ein: Je jünger die Wähler sind, desto besser die Ergebnisse für die Grünen. In der jüngsten Altersgruppe kommen sie auf 14 Prozent, bei den über 60jährigen lediglich auf 3 Prozent. Bei der FDP hingegen gibt es keinen deutlichen Zusammenhang zwischen Alter und Wahlverhalten (s. Tabelle 1).

Tabelle 1: Parteianteile nach Alter und Geschlecht (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS	Andere
Gesamt	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4	3,6
GESCHLECHT						
männlich	40,6	36,1	7,5	7,0	4,6	4,2
weiblich	42,2	35,9	6,6	8,2	4,2	2,9
ALTER						
18-24 Jahre	33,2	34,6	6,3	14,2	5,1	6,6
25-34 Jahre	32,1	39,4	5,3	12,7	5,5	5,0
35-44 Jahre	36,8	37,7	6,6	10,5	5,2	3,2
45-59 Jahre	44,5	36,7	7,8	4,3	4,0	2,7
60 und älter	49,7	34,3	7,5	2,5	3,3	2,7
ALTER UND GESCHLECHT						
18-24 Jahre, Mann	35,0	32,7	6,7	12,9	4,8	7,9
18-24 Jahre, Frau	30,8	36,5	6,2	15,8	5,5	5,2
25-34 Jahre, Mann	34,9	36,7	5,7	11,5	5,2	6,0
25-34 Jahre, Frau	29,1	42,5	4,9	14,2	5,6	3,7
35-44 Jahre, Mann	35,7	39,2	7,0	9,5	5,0	3,6
35-44 Jahre, Frau	37,6	35,9	6,4	12,0	5,1	3,0
45-59 Jahre, Mann	44,2	36,4	8,7	3,9	3,9	2,9
45-59 Jahre, Frau	45,3	35,9	7,2	5,0	4,3	2,3
60 und älter, Mann	47,7	34,7	8,4	1,9	4,2	3,1
60 und älter, Frau	52,6	32,2	7,2	3,2	2,6	2,2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (n = 17 708).

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Während die SPD bei den 35- bis 44jährigen im Westen vor der CDU/CSU liegt (39 Prozent : 36 Prozent), ist die CDU im Osten in dieser Altersgruppe die stärkste Partei (38 Prozent : 32 Prozent). In Ostdeutschland zeigt sich zudem ein deutlicher Alterseffekt bei der PDS: Je jünger die Wähler sind, desto besser die PDS-Ergebnisse. So erreicht die PDS bei den unter 35jährigen ein Ergebnis von 23 Prozent, bei den Wählern über 60 Jahren kommt sie lediglich auf 17 Prozent.

2. Geschlecht

Während es insgesamt beim Wahlverhalten keine großen Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt, zeigen sich beachtenswerte Differenzen bei allen Parteien, mit Ausnahme der FDP, sobald man sich das geschlechtsspezifische Verhalten in den einzelnen Altersgruppen näher betrachtet. So erzielt die CDU/CSU bei den unter 35jährigen Frauen deutlich schlechtere Ergebnisse als bei den entsprechenden Altersgruppen der Männer, bei den über 34jährigen ist es umgekehrt: Hier kommt die Union bei den Frauen auf teilweise deutlich

bessere Werte als bei den jeweils gleichaltrigen Männern. Ihr schlechtestes Ergebnis erzielt die Union bei den Frauen von 25 bis 34 Jahre (29 Prozent), ihr bestes Ergebnis bei den Frauen ab 60 Jahre (53 Prozent). Bei der SPD ist es jeweils genau umgekehrt: Bei den jungen Frauen schneidet sie besser, bei den älteren schlechter ab als in den entsprechenden männlichen Altersgruppen. Die SPD erhält ihr bestes Ergebnis bei den 25- bis 34jährigen Frauen (43 Prozent), ihr schlechtestes Ergebnis bei den Frauen ab 60 Jahren (32 Prozent).

Die relativ großen Defizite der Union bei den jüngeren Frauen haben bereits eine gewisse Tradition. So erreichte die Union bei den 18- bis 24jährigen Frauen seit 1972 jeweils nur ein Ergebnis, das zwischen 7 Prozentpunkten (1983) und 10 Prozentpunkten (1980 und 1994) unter ihrem Gesamtergebnis in Westdeutschland lag. Allerdings war der Abstand zwischen Männern und Frauen in der jüngsten Altersgruppe noch nie so groß wie bei dieser Wahl. Ebenfalls erstmals ist bei dieser Bundestagswahl ein so großer geschlechtsspezifischer Effekt beim Unionsergebnis der 25- bis 34jährigen zu beobachten.

Tabelle 2: Parteianteile in den Berufsgruppen (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS	Andere
Gesamt	41,4	36,4	6,9	7,3	4,4	3,6
BERUFSGRUPPE						
Arbeiter	36,9	45,3	3,5	4,7	4,7	4,9
Angestellte	38,4	36,4	7,5	8,8	5,8	3,1
Beamte	42,7	32,9	8,0	10,9	2,6	2,9
Selbständige	52,2	17,5	14,9	7,7	3,4	4,3
Landwirte	64,3	14,0	8,6	4,3	2,7	6,1

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (n = 17 708).

Die Grünen erreichen bei den Frauen in allen Altersgruppen jeweils bessere Ergebnisse als bei den Männern. Besonders dramatisch fallen die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei den PDS-Ergebnissen in Ostdeutschland unter den Wählern ab 60 Jahren aus: Hier erreicht die PDS bei den Männern ein Ergebnis von 23 Prozent und bei den Frauen lediglich eines von 13 Prozent. Bei den unter 45jährigen hingegen schneidet sie bei den Frauen jeweils etwas besser ab als bei den gleichaltrigen Männern.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse muß man berücksichtigen, daß die Altersgruppen nicht alle gleich groß sind. So stellt die Gruppe der Wähler ab 60 Jahre mit 28 Prozent den größten Anteil an der Wählerschaft insgesamt, gefolgt von den 45- bis 59jährigen, die noch einmal 27 Prozent aller Wähler bei der Bundestagswahl ausmachen. Somit sind 55 Prozent der Wähler älter als 44 Jahre. Im Vergleich dazu stellen die unter 25jährigen nur jeden zehnten Wähler.

So sind bei der Union 63 Prozent der Wähler 45 Jahre und älter, aber nur 25 Prozent bei den Grünen. Umgekehrt rekrutieren sich 20 Prozent der Wähler der Grünen aus der Gruppe der 18- bis 24jährigen, aber nur 8 Prozent der Unionswähler sind aus dieser Altersgruppe. Ein Vergleich der Zusammensetzung der Wählerschaft von Grünen und PDS macht deutlich, daß trotz guter Ergebnisse der PDS bei den jüngeren Wählern die Grünen nach wie vor die Partei der Jungen geblieben sind. So sind 51 Prozent der Wähler der Grünen jünger als 35 Jahre, während es bei der PDS lediglich 35 Prozent sind.

3. Berufsgruppen

Neben den demographischen Faktoren Alter und Geschlecht spielt bei Wahlen in der Bundesrepu-

blik die Sozialstruktur eine wichtige Rolle. Als wichtigste Determinanten haben sich dabei in den vergangenen Jahrzehnten in Westdeutschland die Berufs- und konfessionelle Struktur herauskristallisiert. So konnte die SPD in der Vergangenheit im Westen in der Arbeiterschaft zumeist weit überproportionale Stimmenanteile erzielen, die Union war demgegenüber bei Landwirten und Selbständigen besonders erfolgreich. Sowohl bei der Volkammerwahl als auch bei der nachfolgenden Bundestagswahl war es entgegen den traditionellen Mustern der CDU in Ostdeutschland allerdings gelungen, bei den Arbeitern jeweils deutlich besser abzuschneiden als in der Gesamtheit.

Dieser allgemeine Trend findet sich auch bei den Ergebnissen der Bundestagswahl 1994 (s. Tabelle 2). So erzielt die SPD bei den Arbeitern mit 45 Prozent ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis und ist dort stärkste Partei vor der Union mit 37 Prozent, während FDP und Grüne hier deutlich unter ihrem Gesamtergebnis bleiben. Bei den Angestellten, die die größte Berufsgruppe überhaupt stellen, liegt die Union mit 38 Prozent knapp vor der SPD, die hier genauso abschneidet wie in der Gesamtheit aller Wähler. Die kleineren Parteien erreichen hier durchweg etwas günstigere Ergebnisse im Vergleich zu ihrem Gesamtergebnis. Bei den Beamten erzielt die Union mit 43 Prozent ein leicht überdurchschnittliches Ergebnis, die SPD liegt mit 33 Prozent deutlich dahinter, sehr viel besser als in der Gesamtheit schneiden hier mit 11 Prozent die Grünen ab. Die Selbständigen hingegen sind die Domäne der CDU/CSU (52 Prozent), wobei zusätzlich die FDP (15 Prozent) hier mehr als doppelt so gute Ergebnisse erzielt wie in der Gesamtheit aller Wähler. Bei der allerdings sehr kleinen Gruppe der Landwirte erreicht die Union fast eine Zweidrittelmehrheit.

Tabelle 3: Parteianteile bei den Arbeitern in West und Ost (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS	Andere
WEST: Gesamt	42,1	37,5	7,7	7,9	0,9	3,9
WEST: Arbeiter	35,0	49,5	3,6	5,2	1,1	5,6
OST: Gesamt	38,5	31,5	3,5	4,3	19,8	2,4
OST: Arbeiter	40,6	35,1	3,3	3,3	14,7	3,0

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (n = 17 708).

Mitentscheidend für den knappen Sieg der Bonner Regierungskoalition war das Wahlverhalten der Arbeiter in Ostdeutschland. Im Gegensatz zu der aus dem Westen bekannten traditionellen Orientierung der Arbeiter zugunsten der SPD, die dort auch jetzt mit 50 Prozent der Stimmen deutlich vor der Union liegt (35 Prozent), konnte die CDU in Ostdeutschland mit 41 Prozent bei den Arbeitern die SPD im Osten wieder klar auf Platz 2 verweisen (35 Prozent) (s. Tabelle 3). Bei der letzten Bundestagswahl hatte allerdings die Union bei den Arbeitern im Osten noch einen Vorsprung von 25 Prozentpunkten vor der SPD erreicht.

4. Konfession

Bei den Katholiken erreichen die Unionsparteien traditionell ihre besten Ergebnisse. Durch das Hinzukommen der neuen Bundesländer, in denen eine deutliche Mehrheit keiner Konfession angehört, hat sich jedoch der Anteil der Katholiken an der Gesamtwählerschaft merklich reduziert. Nach wie vor aber wird die CDU/CSU von den Katholiken mit 52 Prozent deutlich häufiger gewählt als von den Protestanten (39 Prozent) und erst recht von denjenigen, die keiner Kirche angehören (29 Prozent). Bei der SPD sind die Unterschiede etwas geringer: Während sie bei den Konfessionslosen ein durchschnittliches Ergebnis erzielt, schneidet sie bei den Protestanten etwas überdurchschnittlich und bei den Katholiken unterdurchschnittlich gut ab. Eher vernachlässigbar sind die Unterschiede bei der FDP und bei den Grünen, die am besten bei den Wählern ohne Kirchengliederung abschneiden. Die Partei der Konfessionslosen ist aber eindeutig die PDS, die hier auf 17 Prozent kommt, was in erster Linie eine Folge der unterschiedlichen Anteile derjenigen Wähler in West- und Ostdeutschland ist, die keiner Kirche angehören. So gibt es im Osten nicht nur relativ, sondern auch absolut mehr Konfessionslose als im Westen. Nur auf den Osten bezogen hat die PDS in dieser Gruppe 25 Prozent.

5. Traditionelle Wählermilieus

Die relativ große politische Stabilität der Wahlergebnisse bei Bundestagswahlen wird sehr oft durch die stabile Präferenz innerhalb großer sozialer Gruppen für die großen Volksparteien erklärt, die diesen einen bedeutenden Grundsockel an Wählerstimmen garantiert. Relevant in diesem Zusammenhang sind zum einen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft für die SPD und zum anderen die Katholiken mit einer ausgeprägten Kirchenbindung. Im Osten Deutschlands konnten sich bisher solche Stammwählerschaften für einzelne Parteien aus einer Vielzahl von Gründen nicht etablieren.

Im Westen Deutschlands erzielt die SPD bei den Arbeitern ein Ergebnis von 50 Prozent, bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern kommt sie auf 60 Prozent. Damit kann sie nahtlos an die Ergebnisse aus den siebziger und achtziger Jahren in dieser Gruppe anschließen. Die CDU/CSU ist in der Gruppe der Katholiken mit starker Kirchenbindung im Vergleich zu den vorausgegangenen Bundestagswahlen fast unverändert erfolgreich. Ihr Ergebnis bei dieser Wahl liegt bei 74 Prozent (s. Tabelle 4).

Obwohl somit die beiden großen Volksparteien in ihren wichtigsten Stammwählergruppen jeweils wieder weit überdurchschnittliche Ergebnisse erreichten, nimmt in der längerfristigen Betrachtung die Bedeutung dieser Stammwählerschaften für die Union bzw. SPD weiter ab, da die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sowie die der Katholiken mit einer starken Kirchenbindung weiter dramatisch zurückgehen. So haben die DGB-Gewerkschaften allein zwischen 1991 und 1994 zwei Millionen Mitglieder verloren. Bei dieser Bundestagswahl stellen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter lediglich noch 13 Prozent aller SPD-Wähler, alle gewerkschaftlich Organisierten 28 Prozent. Bei der Union machen die Katholiken mit einer

Tabelle 4: Parteiateile in traditionellen Wählermilieus (in Prozent)

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS	Andere
Gesamt (West)	42,1	37,5	7,7	7,9	0,9	3,9
ARBEITER						
Gew.-Mitglied	27,2	59,9	1,9	4,6	1,0	5,4
kein Mitglied	39,9	42,5	4,9	5,8	1,2	5,7
KATHOLIKEN						
starke Kirchenbindung	73,9	13,8	5,9	2,3	0,2	3,9
mittlere Kirchenbindung	54,2	29,0	7,7	5,5	0,3	3,3
ohne Kirchenbindung	37,4	41,1	6,8	9,2	1,0	4,5

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (n = 14 478).

Tabelle 5: Welchen Kandidaten haben Sie gerade mit Ihrer Erststimme gewählt?

Prozentwerte	BTW 94: ZWEITSTIMME					
	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/ GRÜNE	PDS	Andere
BTW 94: ERSTSTIMME						
CDU/CSU-Kandidat	94,6	3,5	54,6	6,7	3,3	21,6
SPD-Kandidat	2,5	90,9	9,9	33,2	16,7	15,1
FDP-Kandidat	1,4	0,7	31,9	0,7	0,6	1,6
GRÜNE-Kandidat	0,8	3,3	2,3	56,4	4,4	5,8
PDS-Kandidat	0,2	1,1	0,5	1,6	73,8	4,1
Andere-Kandidat	0,5	0,5	0,8	1,4	1,2	51,8

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen: Befragung am Wahltag (n = 17 708).

starken Kirchenbindung lediglich noch 18 Prozent aller CDU/CSU-Wähler in Westdeutschland aus. In Deutschland insgesamt beträgt ihr Anteil an den Unionswählern sogar nur noch 14 Prozent. Bei der Bundestagswahl 1976 betrug der Anteil der Katholiken mit einer starken Kirchenbindung am Wahlergebnis der CDU/CSU, das damals mit 48,8 Prozent deutlich über dem jetzigen lag, noch 37 Prozent. Somit sind auch die großen Volksparteien zunehmend darauf angewiesen, die meisten ihrer Stimmen aus dem Lager der potentiellen Wechselwähler zu gewinnen.

Im Osten Deutschlands haben diejenigen, die überhaupt einer Kirche angehören, eine ähnliche Funktion wie die Katholiken mit Kirchenbindung im Westen. Dies hängt damit zusammen, daß die Konfessionszugehörigkeit in Ostdeutschland eher die Ausnahme ist und somit in der Regel die Kirchengemeinschaft als solche schon eine starke Bindung signalisiert. Während die Union im Westen bei den Katholiken ein um 10 Prozentpunkte

über dem Durchschnitt liegendes Ergebnis erreicht, kommt sie bei den wenigen Katholiken im Osten auf 69 Prozent und liegt damit hier um 30 Prozentpunkte über ihrem Ost-Ergebnis. Bei den Protestanten, bei denen die Union im Westen 5 Prozentpunkte schlechter abschneidet als insgesamt, erzielt die CDU in Ostdeutschland 53 Prozent und damit 14 Prozentpunkte mehr als im Osten insgesamt. Insofern hat das Wahlergebnis der Union im Osten eine sehr starke konfessionelle Komponente, die dort naturgemäß eher protestantisch geprägt ist.

VII. Stimmensplitting

Bei den großen Parteien haben außerordentlich viele Wähler diese Parteien mit beiden Stimmen unterstützt: 95 Prozent der Wähler von CDU und

CSU haben auch die Kandidaten dieser Partei gewählt, bei den SPD-Wählern lag der entsprechende Anteil bei 91 Prozent (vgl. Tabelle 5). Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei den Wählern, die mit ihrer Zweitstimme die FDP gewählt haben: Hier finden die Kandidaten der Unionsparteien mit 55 Prozent eine deutlich größere Unterstützung als die FDP-Kandidaten, die lediglich auf 32 Prozent kommen. Bei der letzten Bundestagswahl hatte lediglich ein Drittel der FDP-Wähler die Kandidaten der Unionsparteien mit ihrer Erststimme unterstützt, und mehr als die Hälfte hatte damals auch mit der Erststimme die FDP-Kandidaten gewählt. Bei den Wählern der Grünen stimmten jetzt 56 Prozent auch für die Kandidaten dieser Partei, während 33 Prozent die SPD-Vertreter unterstützten. Von den PDS-Wählern insgesamt in Deutschland stimmten 74 Prozent auch für die PDS-Kandidaten, 17 Prozent wählten die SPD-Bewerber.

Insgesamt fallen keine wesentlichen Unterschiede im Splitting-Verhalten zwischen West- und Ostdeutschland auf; mit einer Ausnahme: Im Osten Deutschlands wählten 7 Prozent derjenigen, die der SPD ihre Zweitstimme gaben, mit ihrer Erststimme den PDS-Kandidaten. Wie unsere gesonderte Wahltagsbefragung für die fünf Wahlkreise im Osten Berlins zeigt, haben dort sogar 17 Prozent der SPD-Zweitstimmen-Wähler, das entspricht knapp 6 Prozent der gültigen Stimmen, die PDS-Kandidaten gewählt und ihnen damit zum entscheidenden Durchbruch verholfen. Insofern verdankt die PDS der Unterstützung durch einen nicht unerheblichen Teil der SPD-Wähler im Osten Berlins den Einzug in den Bundestag. Daran konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß 12 Prozent der CDU-Zweitstimmen-Wähler in Berlin-Ost mit ihrer Erststimme die SPD-Kandidaten gewählt haben, da dies aufgrund der dortigen Schwäche der CDU nur gut 2 Prozent aller gültigen Stimmen entspricht.

VIII. Wahlbeteiligung

Aus der neueren Diskussion um die gestiegene Zahl der Nichtwähler und um die Gründe für diese Entwicklung geht hervor, daß auch die Nichtwähler differenziert zu betrachten sind. Neben den Nichtwählern „alten Typs“, die durch geringes politisches Interesse und zumeist auch durch niedrige formale Bildung zu charakterisie-

ren sind, gibt es einen neuen Typ Nichtwähler: Als Folge immer lockerer werdender Parteibindungen beteiligt er sich nicht mehr an jeder Wahl, obwohl er nicht unbedingt unzufrieden mit dem politischen System ist. Er erachtet aber nicht jede Wahl für so wichtig, daß er sich an ihr beteiligt; „staatsbürgerliche Wahlpflicht“ verliert an Verhaltensrelevanz, ähnlich wie andere Pflicht-Werte. Demokratie und Wahlen sind zur Normalität geworden, und nicht bei jeder Wahl steht die Demokratie zur Abstimmung.

Darüber hinaus erkennen wir aber bei den Wahlen nach der Bundestagswahl 1990 in größerem Umfang Nichtwähler, die ihr Verhalten als Protest gegenüber den Parteien, insbesondere den alten Parteien, einsetzen. Für sie ist Nichtwahl Ausdruck von Unzufriedenheit mit den Leistungen dieser Parteien und gleichzeitig eine Warnung an sie. Diese Gruppe ist zusammen mit den saisonalen Nichtwählern am ehesten von den Parteien in Wahlkämpfen zu mobilisieren. Mindestens zum Teil ist dies auch bei dieser Wahl gelungen. Die Wahlbeteiligung von 79 Prozent ist gegenüber 1990 nicht weiter gesunken, allerdings ist sie nur im Westen um zwei Prozentpunkte auf 80,6 Prozent angestiegen, im Osten ist die Wahlbeteiligung leicht zurückgegangen (-1,6 Prozentpunkte) auf den im Westen nie erreichten niedrigen Stand von 72,9 Prozent.

Die Analyse der Wahlkreisergebnisse deutet darauf hin, daß die Höhe und die Veränderung der Wahlbeteiligung das Ergebnis der Unionsparteien kaum beeinflußt haben. Wegen der unterschiedlichen Entwicklung der Wahlbeteiligung sollte man aber bei der Analyse zwischen Ost und West differenzieren. Für die SPD gilt dann, daß sie in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung (Ost) ihre höchsten Zuwachsraten hat, aber in Gebieten mit der höchsten Wahlbeteiligung (West) ihre besten Ergebnisse erzielt. Damit hat die SPD fast durchgehend ihre Anhänger mobilisiert. Die PDS, die sinnvollerweise nur im Osten betrachtet werden sollte, hat dort besonders gut abgeschnitten, wo die Wahlbeteiligung gegen den Trend noch zu- oder nur geringfügig abgenommen hat, und sie hat gleichzeitig dort auch überproportional gewonnen. Die Wahlentscheidung für die PDS muß im Osten durchaus auch als Ventil der Unzufriedenheit mit den Regierungsparteien, aber auch mit der SPD als Opposition gesehen werden. Man muß davon ausgehen, daß ein Teil der Unzufriedenen sich aber auch für Wahlenthaltung entschieden hat.

IX. Die FDP

Nachdem die FDP bei sieben Wahlen in Folge die 5-Prozent-Hürde nicht überwinden konnte und seit Anfang 1994 auch auf Bundesebene, wie aus Umfragen hervorging, in einem Dauerstimmungstief war, schienen die Liberalen aus der Sicht vieler Beobachter auch am 16. Oktober gefährdet. Was die Landtagswahlen an diesem Tag betraf, war dies ja durchaus richtig, denn sie verfehlten in allen drei Ländern, in denen gleichzeitig der Landtag gewählt wurde, den Einzug in das Parlament (Mecklenburg-Vorpommern 3,8 Prozent, Thüringen 3,2 Prozent, Saarland 2,1 Prozent), aber bei der Bundestagswahl kamen sie auf 6,9 Prozent. Dies war zwar ein herber Verlust gegenüber 1990 (-4,1 Prozent) und gleichzeitig die größte Wählerbewegung insgesamt bei der Wahl, aber der Fortbestand der Regierung war mit diesem Ergebnis gesichert. Betrachtet man die Wähler der FDP genauer, dann stellt man fest, daß die Mehrheit dieser Wähler (63 Prozent) der CDU/CSU politisch näherstand als der FDP und die Hälfte sich sogar mit den Unionsparteien identifizierte. Ein ähnliches, allerdings nicht ganz so krasses Ergebnis gab es bereits einmal 1983, fünf Monate nach dem Koalitionswechsel 1982, als unionsnahe Wähler ihr Votum für die FDP abgaben, um die Liberalen und gleichzeitig die Koalition zu retten. Zwar hätte es damals ohne diese Stützaktion der Union zur absoluten Mehrheit gereicht, diesmal war der Sprung der Liberalen über die 5-Prozent-Hürde allerdings lebensnotwendig für die Regierung. Dies wußten ausreichend viele taktische Wähler, also Wähler, die in der Regel politisch stark interessiert und gut informiert sind. Man mag diese Wähler Koalitionswähler nennen, wirkliche FDP-Anhänger sind es nicht. Die FDP konnte ihnen gegenüber zwar ihre Funktion als Mehrheitsbringer klarmachen, und sie wurde deshalb gewählt. Das Urteil dieser Wähler über die FDP wurde dadurch aber nicht besser. So kommt es zu der kuriosen Situation, daß die FDP-Wähler die Arbeit der Union in der Regierung deutlich besser beurteilen (1,4 auf einer Skala von +5 bis -5) als die Arbeit der Liberalen in der Regierung (0,9).

Die Verluste der FDP sind in den neuen Ländern besonders hoch (-9,4 Prozent), und sie kommt dort nirgendwo mehr nur in die Nähe der 5-Prozent-Hürde. Im Westen der Republik verliert die FDP knapp 3 Prozentpunkte. Hier ist

allerdings die Unterstützung der FDP durch unionsnahe Wähler sehr viel höher als im Osten. Insgesamt ist die FDP derzeit eine Partei, die aus eigener Kraft nicht mehr in ein Parlament einziehen kann.

X. Die PDS

Nach dem Erfolg der PDS bei den Europawahlen im Juni 1994 war deutlich geworden, daß die PDS als regionale Partei des Ostens Chancen haben würde, über Direktmandate im Ostteil von Berlin in den Bundestag einzuziehen. Schließlich hatte sie dort im Juni bei niedriger Wahlbeteiligung 40 Prozent der gültigen Stimmen erreicht und war damit klar stärkste Partei geworden. Bei einer als besonders wichtig eingeschätzten Wahl - das ist die Bundestagswahl - und eindeutig höherer Wahlbeteiligung waren zwar die Chancen der PDS geringer, aber die Möglichkeit der Teilung von Erst- und Zweitstimme erhöhte die Chancen für die PDS-Direktkandidaten wieder, da diese Konstellation der Neigung vieler Ostdeutschen entgegenkam, die PDS im Bundestag vertreten zu sehen, ohne daß sie den Zielen der Partei sonderlich nahestanden. Der Wunsch, die PDS als ganz normale Partei behandelt zu sehen, findet zwar im Westen weniger Verständnis, aber er ist im Osten mehrheitlich vorhanden.

Mit dem Gewinn von vier Direktmandaten in Berlin zieht die PDS auch ohne Erreichen der 5-Prozent-Hürde mit 30 Abgeordneten, was dem Gesamtergebnis von 4,4 Prozent entspricht, in den Bundestag ein. Dabei verdankt die PDS ihren Einzug in den Bundestag den SPD-Zweitstimmenwählern in Berlin-Ost, von denen 17 Prozent mit der Erststimme die PDS gewählt haben. Die PDS gewinnt in Ostdeutschland im Vergleich zu 1990 fast 700 000 Stimmen hinzu und erreicht dort 19,8 Prozent, im Westen verdreifacht sie ihren Stimmenanteil von vor vier Jahren, erreicht aber trotzdem nur 1 Prozent. Die PDS bleibt eine regionale Partei des Ostens. Ihr bestes Ergebnis hat sie in Mecklenburg-Vorpommern, wo gleichzeitig Landtagswahlen waren. Hier hat sie auch ihren größten Zugewinn (+ 9,3 Prozent). Aber auch in Thüringen, wo der Landtag ebenfalls neu gewählt wurde, waren die Zuwächse besonders hoch (+ 8,8 Prozent).

Die PDS hat ihre größten Erfolge in Großstädten bzw. in den Verwaltungszentren der alten DDR.

In Städten über 100 000 Einwohner erreicht sie 28 Prozent, im Ostteil der Stadt Berlin sogar fast 35 Prozent. In Gemeinden mit weniger als 5 000 Einwohnern kommt die PDS hingegen nur auf 13 Prozent. Wie die Befragung am Wahltag zeigt, ist die PDS besonders bei Angestellten in der Verwaltung erfolgreich. Betrachtet man die kleine Gruppe der Beamten gesondert, so ist die PDS dort sogar stärkste Partei mit einem Anteil von 36 Prozent, vor der CDU (30 Prozent) und der SPD (24 Prozent).

Aber nicht nur von Menschen, die dem alten Regime nahestanden, wird die PDS gewählt, auch von vielen jungen Wählern, die ideologisch wenig mit der PDS gemein haben, wird die PDS gestützt. Hohe Anteile hat sie auch unter Arbeitslosen und gewerkschaftlich Gebundenen, nicht aber unter den Arbeitern. Die Wählerschaft der PDS ist sehr heterogen. Das Gemeinsame bei diesen Wählern ist: Sie sind unzufrieden mit den Folgen der Einheit, nicht nur mit den ökonomischen Folgen; sie glauben, daß die PDS ihre Interessen am besten vertreten könne, und darüber hinaus meinen sie fast alle, daß die PDS mit der Vergangenheit gebrochen habe. Die PDS ist deshalb sowohl die Partei derer, die dem alten DDR-Regime nahestanden, als auch die Partei für den Protest gegen die aktuellen Zustände, für die die SPD keine glaubwürdige Opposition darstellt.

Der Erfolg der PDS hat dazu geführt, daß wir es im Osten mit einem Dreiparteiensystem zu tun haben, im Westen gibt es dagegen nach wie vor vier politische Kräfte, und im Bundestag schließlich sind fünf Parteien vertreten. Die Chancen der PDS, auch im Westen die Funktion einer Protestpartei oder einer dezidierten Linkspartei übernehmen zu können, sind nur schwer abzuschätzen; ähnliches gilt auch für die langfristigen Perspektiven der PDS im Osten, wo sie wegen ihrer dichten Organisation und der Basisarbeit, die sie in den Kommunen leistet, noch einige Zeit Erfolge – mindestens auf lokaler Ebene – haben wird.

XI. Die Republikaner

Die Republikaner sind als einzige der Rechtsaußenparteien zur Bundestagswahl angetreten. Sie erzielten 1,9 Prozent der gültigen Stimmen, 2 Prozent im Westen und 1,2 im Osten. Die Wähler der Republikaner sind auf den Kern ihrer Anhängerschaft geschmolzen. Die Protestwähler, die sie noch 1992 und 1993 in politisch relevante Größenordnungen gebracht haben, sind weitgehend zu ihren angestammten Parteien zurückgekehrt. Bereits zum Anfang des Jahres zeichnete sich ab, daß die Protestwählerwelle gebrochen war. Die Republikaner näherten sich in Umfragen systematisch der Nulllinie sowohl im Westen wie im Osten. Ihr Thema, das sie stark werden ließ, – die Asyl- und Ausländerpolitik – wurde nicht mehr diskutiert. Der Asylkompromiß vom Sommer 1993 zeigte Erfolge, die Asylbewerberzahlen gingen deutlich zurück. Den Rest besorgten die Streitigkeiten und Zerwürfnisse in der Partei. Bereits bei der Landtagswahl in Niedersachsen war die Schwäche der Republikaner offensichtlich geworden. Ihre Chancen, bei der Europawahl bei niedriger Wahlbeteiligung ihre Klientel zu mobilisieren und damit ein relativ gutes Ergebnis zu erzielen, konnte die Partei nicht wahrnehmen. Selbst im Bundesland ihrer bisher größten Erfolge, in Bayern, waren die Republikaner bei der Landtagswahl am 25. September mit 3,9 Prozent klar an der 5-Prozent-Hürde gescheitert. Bei der aus Sicht der Wähler ungleich wichtigeren Bundestagswahl, bei der die Wähler keine Stimme „verschenken“ wollten, bestanden für die Republikaner praktisch keine Aussichten mehr auf Erfolg.

Ein Potential für Protestwahlverhalten gibt es in der Bundesrepublik trotzdem nach wie vor und dieses wird auch in den kommenden Jahren, wenn es zu wachsender Unzufriedenheit mit einzelnen politischen Entscheidungen kommen sollte, mobilisierbar sein, möglicherweise auch wieder von einer rechtsextremen Partei.

Auf einer Woge der Euphorie

Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas im Wahljahr 1994

Angesichts des denkbar knappen Wahlausgangs und der Verluste bei beiden Koalitionsparteien gerät leicht aus dem Blickfeld, daß der Fortbestand der seit zwölf Jahren regierenden Koalition vor dem Hintergrund der Ausgangslage am Jahresbeginn als Sensation zu werten ist. Seit dem Frühjahr 1992 hatte die Koalition hinter den Oppositionsparteien zurückgelegt, die im folgenden ihren Vorsprung kontinuierlich ausbauten. Im Frühjahr 1994 schien die Lage für die Regierungskoalition aussichtslos. Sie lag mehr als zehn Prozent hinter den drei Oppositionsparteien zurück, die in den ersten Monaten des Jahres bei den Zweitstimmenwahlabsichten 52,5 Prozent aller Stimmen auf sich vereinten, während nur 42,4 Prozent der Wahlberechtigten zu einem der Koalitionspartner tendierten. Im zweiten Quartal 1994 kam es plötzlich zu einer Trendwende; in wenigen Wochen holten die Koalitionsparteien den vorher uneinholbar scheinenden Rückstand auf und zogen im Juli erstmals an dem Oppositionslager vorbei. Der August war von einem Kopf-an-Kopf-Rennen gekennzeichnet, die Wahlkampfwochen von Anfang September bis Mitte Oktober von einem Vorsprung der Regierungskoalition, der sich in der Endphase immer knapper gestaltete und schließlich zu dem prognostizierten hauchdünnen Sieg der Regierungskoalition führte (Abbildung 1)¹.

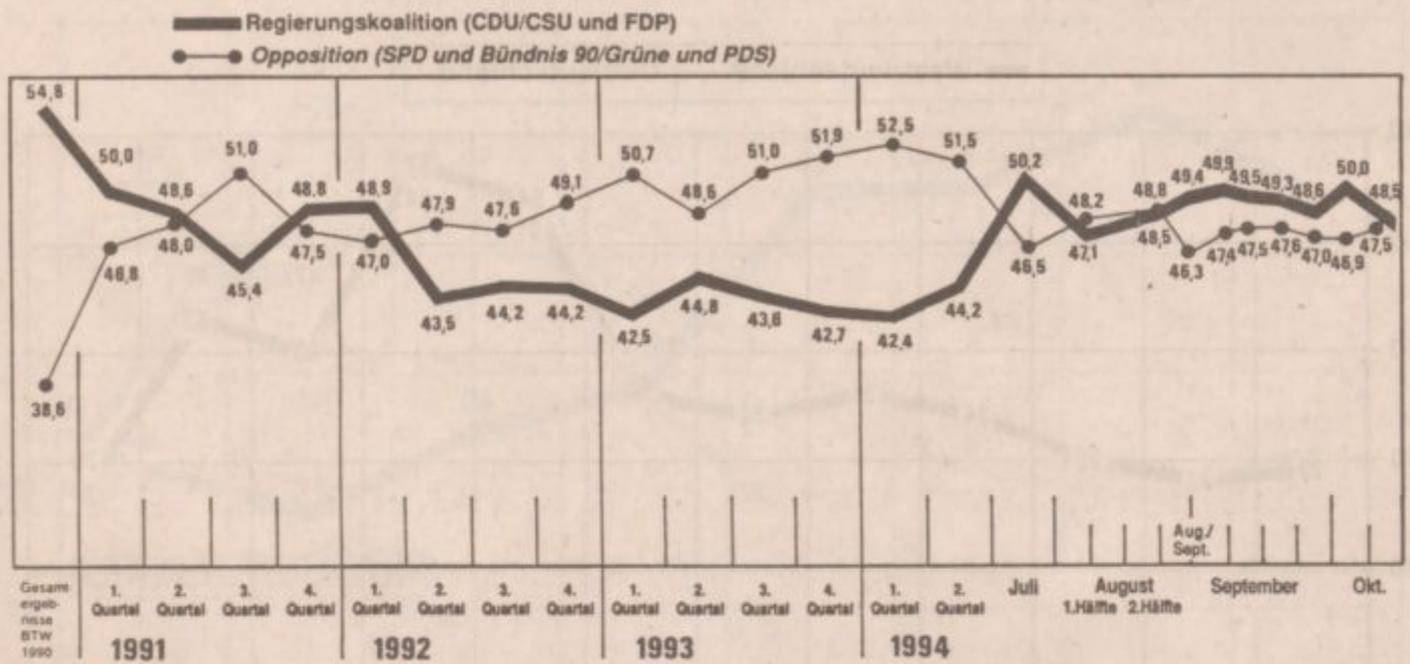
Der plötzliche, geradezu dramatisch verlaufende Aufstieg der Regierungskoalition – bzw. präziser: der Unionsparteien – war das Ergebnis eines Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung, der in den letzten Jahrzehnten seinesgleichen sucht. So wie der Niedergang der Sympathien für die CDU/CSU mit der Wahrnehmung der Rezession durch die Bevölkerung einsetzte, veränderte die Verbesserung der wirtschaftlichen Perspektiven für die Bevölkerung alles: ihre Stimmungslage, ihren Zukunftsoptimismus, die Grundhaltung zu den Parteien und die Parteipräferenzen. 1992 und mehr noch 1993 war die Stimmungslage der Bevölkerung lähmend

düster. Die Mehrheit rechnete mit einem andauernden wirtschaftlichen Niedergang. Im November 1993 erwarteten 63 Prozent der westdeutschen und 51 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung, daß sich die ökonomischen Daten in den kommenden sechs Monaten weiter verschlechtern würden. Wenig später, am Jahresbeginn 1994, hellte sich die Stimmungslage der Bevölkerung auf. Der Anteil derer, die die weitere ökonomische Entwicklung pessimistisch einschätzte, ging zwischen November 1993 und Januar 1994 in den alten Bundesländern von 63 auf 48 Prozent zurück, in den neuen Bundesländern von 51 auf 39 Prozent. Zwischen März und Mai 1994 kam es dann zu einem völligen Stimmungsumschwung: Der wirtschaftliche Pessimismus der Bevölkerung verfiel geradezu erdrutschartig, der Kreis der hoffnungsvoll Gestimmten überwog zum ersten Mal seit dem Jahresende 1991. Im Mai 1994 rechneten nur noch 23 Prozent der gesamten Bevölkerung für die kommenden Monate mit einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung. Besonders kraß fiel der Stimmungsumschwung in den alten Bundesländern aus, deren Bevölkerung 1992 und 1993 weitaus pessimistischer gestimmt war als die der neuen Bundesländer (Abbildung 2).

Während die ostdeutsche Bevölkerung von vornherein für die erste Hälfte der neunziger Jahre mit Schwierigkeiten rechnete und gleichzeitig durch die Hoffnung auf eine bessere Zukunft stabilisiert wurde, trafen die ökonomischen Probleme die westdeutsche Bevölkerung unvorbereitet. Über eine Spanne von einem Jahrzehnt hinweg durch günstige wirtschaftliche Daten verwöhnt und 1990 und 1991 durch den Einheitsboom von der Rezessionsentwicklung anderer Länder abgekoppelt, traf die gravierende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage die westdeutsche Bevölkerung ins Mark. Die Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung fürchtete plötzlich, die Einheit werde die Leistungskraft der Wirtschaft überfordern und die wirtschaftliche Existenz des gesamten Landes aufs Spiel setzen. Die Einheit wurde für die Bevölkerung in den alten Bundesländern – und nur dort – von dem historischen Geschenk zu einem Problemfall. Während in den neuen Bundesländern trotz aller Umstellungsschwierigkeiten immer die Freude über die Einheit überwog, sah die westdeut-

1 Die Prognose des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) wurde am Tag vor der Wahl in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung veröffentlicht, mit einer durchschnittlichen Abweichung vom tatsächlichen Wahlergebnis von 0,5 Prozent. Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. Oktober 1994, S. 5.

Abbildung 1: Die Stärke von Koalition und Opposition

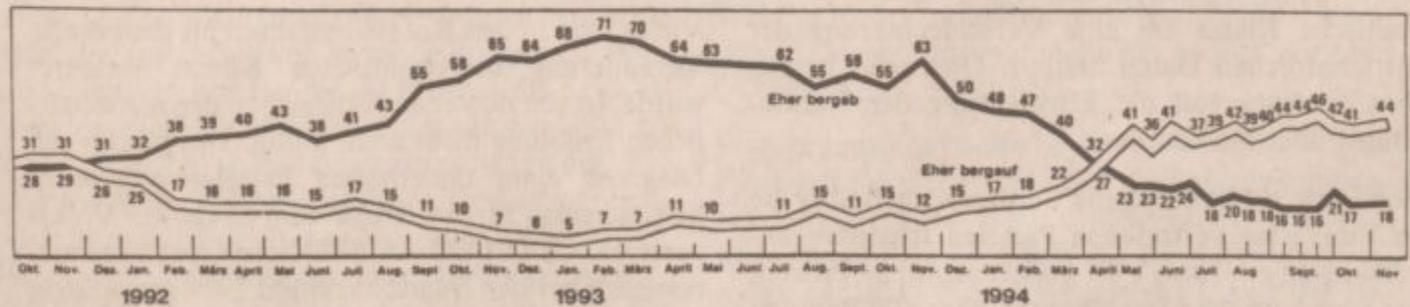


Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

Abbildung 2: Die wirtschaftliche Entwicklung

Frage: „Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung. Glauben Sie, daß es mit unserer Wirtschaft in den nächsten sechs Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?“

Bevölkerung: Alte Bundesrepublik



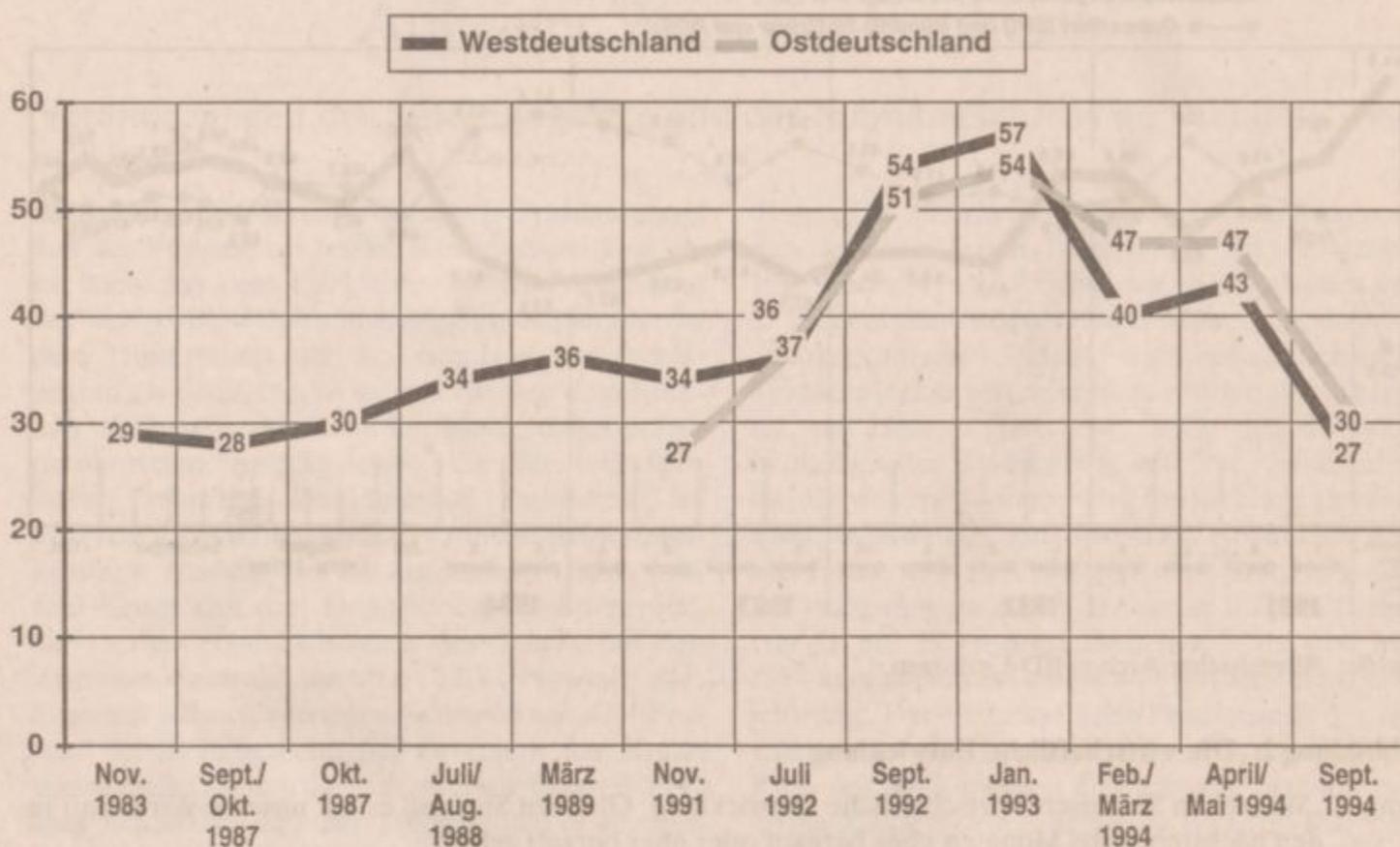
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, Bevölkerung ab 16 Jahre.

sche Bevölkerung während der Rezessionsjahre die Einheit überwiegend mit Sorge. Erst mit der günstigeren Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung wandelte sich auch in den alten Bundesländern die Haltung zur Einheit; von der Jahreswende 1993/94 an überwog auch in Westdeutschland wieder die Freude über die Einheit und stieg in den kommenden Monaten weiter an, bis auf einen Höhepunkt im Wahlmonat, als die Einheit für 56 Prozent der westdeutschen Bevölkerung in erster Linie Anlaß zur Freude und nur für 24 Prozent in erster Linie Anlaß zur Sorge war.

Das Wahljahr 1994 war von einer euphorischen Woge geprägt, von der immensen Erleichterung der Bevölkerung über das Ende der Rezession.

Auch Stimmungsindikatoren, die nicht unmittelbar auf die ökonomische Lage abstellen, zeigten einen völligen Stimmungsumschwung. So stieg der Anteil derer, die den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen entgegensehen, zwischen Januar und Oktober 1994 um mehr als 20 Prozent auf über 60 Prozent der gesamten Bevölkerung an. Die wirtschaftliche Lage hat in Deutschland mehr als in anderen Ländern eine durchschlagende Bedeutung für die Stimmungslage der Bevölkerung und auch für Wahlen. Wie keine andere europäische Nation reagiert die deutsche Bevölkerung auf Veränderungen der wirtschaftlichen Daten mit starken Stimmungsschwankungen, die unmittelbar auf die Parteipräferenzen durchschlagen. Die deutsche Bevölkerung macht die Regierung, macht die gesamte

Abbildung 3: Ich bin enttäuscht von den vier Parteien CDU/CSU, SPD, FDP und dem Bündnis 90/den Grünen“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

politische Klasse für eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Daten haftbar. Dies zeigt besonders eindrucksvoll die Entwicklung der Enttäuschung über die Parteien.

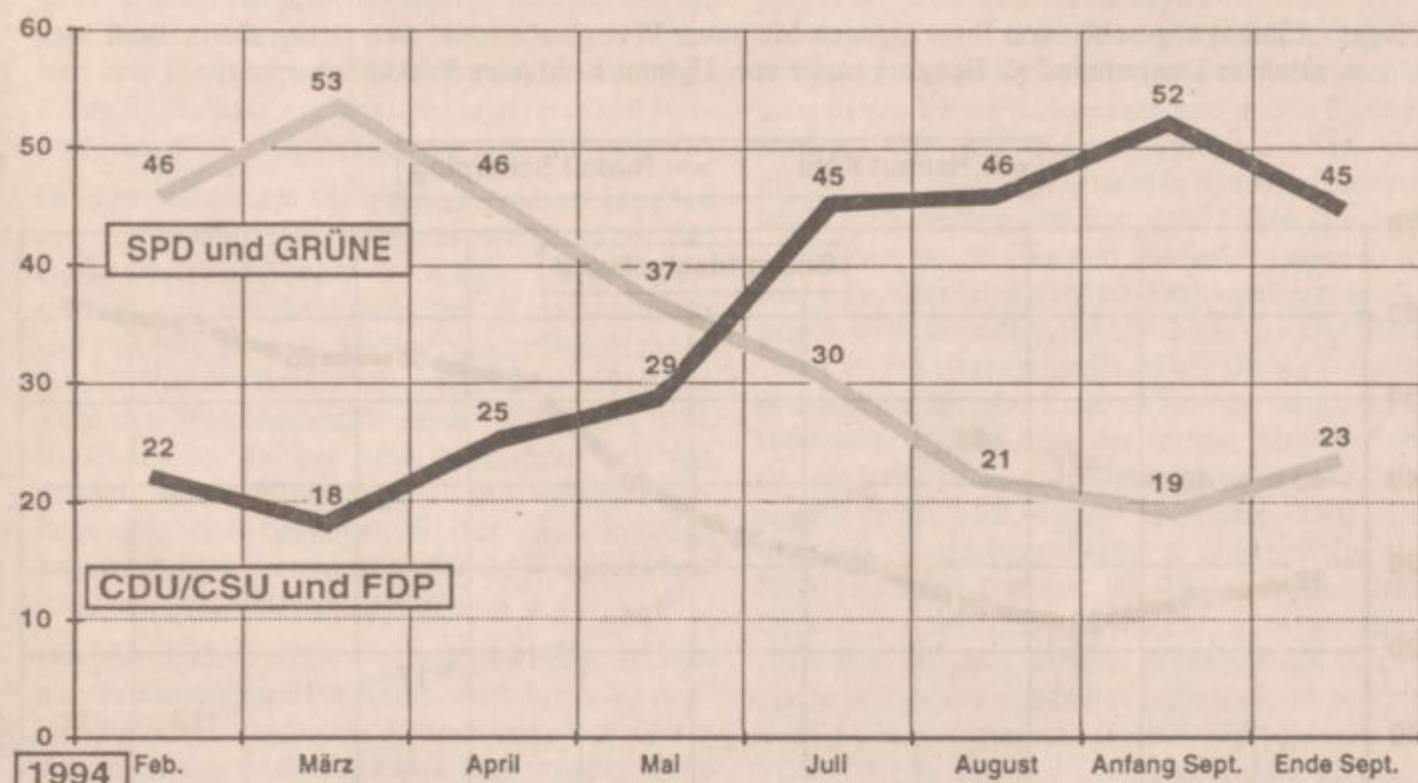
Von Ende 1991 an stieg die Verdrossenheit über die im Bundestag vertretenen Parteien scheinbar unaufhaltsam an. Ende 1991 äußerten sich 34 Prozent der westdeutschen Bevölkerung über alle Parteien enttäuscht, Ende 1992 54 Prozent, Anfang 1993 sogar 57 Prozent; ebenso rapide breitete sich die Frustration über alle Parteien, gleich welcher Couleur, in den neuen Bundesländern aus. Partei- und Politikverdrossenheit waren zu diesem Zeitpunkt Schlüsselbegriffe zahlloser politischer und publizistischer Analysen. Im Frühjahr 1994 bildete sich die vermeintlich so tief sitzende Enttäuschung über die Parteien jedoch plötzlich zurück. Zu diesem Zeitpunkt äußerten sich in den alten Bundesländern nur noch 40 Prozent der Bevölkerung über alle vier Parteien enttäuscht, im September 1994 waren es nur noch 27 Prozent; in den neuen Bundesländern ging die Enttäuschung von 54 auf 30 Prozent zurück. War die Verdrossenheit über die Parteien mit der Sorge über die ökonomische Situation steil angestiegen, sank sie mit dem Ende der Rezession sofort wieder auf das normale Niveau (Abbildung 3).

Vieles, was in den Rezessionsjahren als dauerhafte Veränderung des politischen Klimas gedeutet wurde, ist seit den ersten Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung nicht mehr gültig. Das gilt für die Diagnose einer dauerhaften Parteienverdrossenheit, genauso für die These vom Ende der Volksparteien. CDU/CSU und SPD haben zusammengekommen bei der Bundestagswahl 1994 geringfügig mehr Stimmen auf sich vereinigen können als 1990.

Mit der allmählichen Beruhigung über die ökonomische Situation bildete sich auch das Bedürfnis nach einem politischen Wechsel zurück. Noch im Frühjahr 1994 wünschten 53 Prozent der gesamten Bevölkerung einen Regierungswechsel. Bis Juli sank dieser Anteil auf 48 Prozent, bis Ende September auf 43 Prozent.

Die Strategie der SPD, nach 12 Jahren auf das Bedürfnis nach einem Wechsel zu setzen, wurde am Beginn des Jahres der Stimmungslage der Bevölkerung gerecht, verlor jedoch vom Frühjahr an kontinuierlich an Motivationskraft. Ein Frühindikator für die Entwicklung der Parteipräferenzen, die Einschätzung der Geschlossenheit von Parteien, zeigte von Ende März an einen sprunghaften Aufstieg der Unionsparteien und Stagnation bei den Sozial-

Abbildung 4: Siegeserwartungen



Basis: Gesamtdeutschland

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

demokraten. Die Einschätzung, daß die Unionsparteien eine geschlossene politische Formation sind, nahm in den alten Bundesländern zwischen Ende März und Mitte Juni von 36 auf 56 Prozent zu, während konstant nur um die 30 Prozent die SPD als geschlossene politische Formation empfanden. Erst in den letzten Wahlkampfwochen gewann die SPD in den Augen der Bevölkerung an Geschlossenheit, blieb in dieser Beziehung jedoch unverändert weit hinter der Bewertung der Unionsparteien zurück. Der Hamburger Parteitag, die Durchsetzung des Unionskandidaten bei der Bundespräsidentenwahl und der deutliche Vorsprung der Unionsparteien vor den Sozialdemokraten bei den Europawahlen waren entscheidende Stationen, die das Bild der Unionsparteien und auch der SPD in den Augen der Bevölkerung entscheidend veränderten.

Von Ende März an wandelten sich die Siegeserwartungen der Bevölkerung ebenfalls grundlegend. Noch im März dieses Jahres waren 53 Prozent der gesamten Bevölkerung von einem Sieg von SPD und Grünen überzeugt, während nur noch 18 Prozent der Regierungskoalition eine Chance einräumten. Im April glaubten plötzlich nur noch 46 Prozent der Bevölkerung an einen Wahlsieg der Opposition, im Mai 37 Prozent, im Juli 30 Prozent, im August 21 Prozent. Gegenläufig stieg die Überzeugung vom Fortbestand der Regierungskoalition.

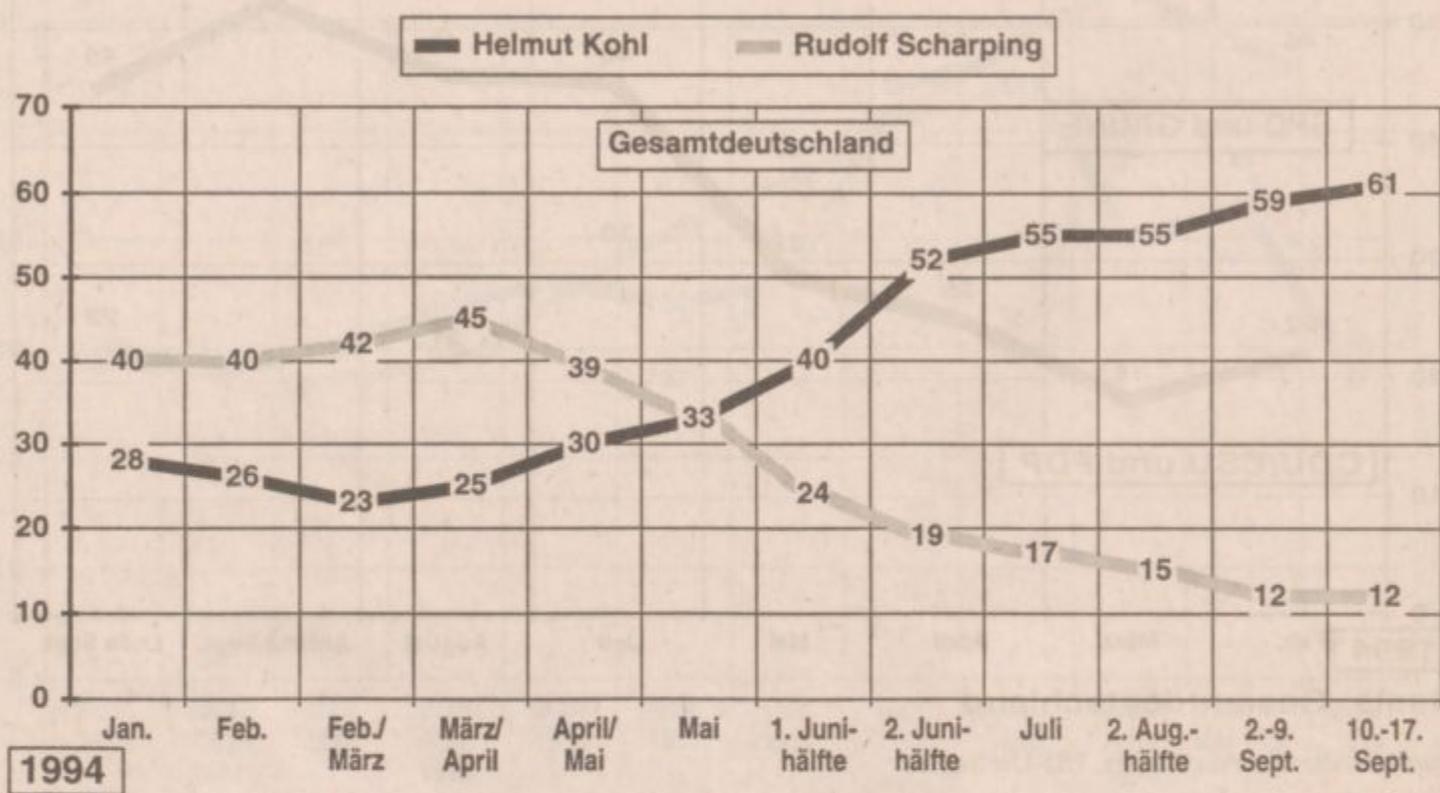
14 Tage vor der Wahl überwogen im Verhältnis 2 zu 1 die Erwartungen, daß CDU/CSU und F.D.P. die Wahl gewinnen würden, ein angesichts des knappen Wahlergebnisses erstaunlich großer Abstand (Abbildung 4).

Eine genauso dramatische Entwicklung ist bei der Einschätzung der Popularität der Spitzenkandidaten zu verzeichnen. Bis sechs Monate vor der Wahl war eine relative Mehrheit der Bevölkerung überzeugt, daß Rudolf Scharping in der Gunst der Bevölkerung vor Helmut Kohl liegt. Schon Ende März/Anfang April wurden viele in dieser Einschätzung unsicher. Unter dem Eindruck der Bundespräsidentenwahl und anschließend der Europawahlen änderte sich die Ansicht der Bevölkerung über die Popularität der Kandidaten grundlegend. Die Überzeugung, daß Helmut Kohl der Favorit sei, nahm zwischen Anfang Mai und Ende Juni von 30 auf 52 Prozent zu, während nur noch 19 Prozent Rudolf Scharping als Favoriten sahen. Wenige Wochen vor der Wahl gingen rund 60 Prozent der gesamten Bevölkerung davon aus, daß Helmut Kohl der Favorit der Mehrheit ist, nur 12 Prozent schrieben diese Rolle Rudolf Scharping zu (Abbildung 5).

Helmut Kohl, der am Jahresbeginn in der Gunst der Bevölkerung weit hinter dem Herausforderer zurücklag, holte zwischen Februar und Ende Mai den

Abbildung 5: Einschätzung der Bevölkerung: Wer liegt vorne, Kohl oder Scharping?

Frage: „Einmal abgesehen von Ihrer eigenen Meinung: Was glauben Sie, wen ziehen die meisten Menschen in Deutschland als Bundeskanzler vor, Helmut Kohl oder Rudolf Scharping?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen.

Rückstand auf und schob sich Anfang Juni an Rudolf Scharping vorbei. Ende Juni betrug sein Vorsprung bereits acht Prozent, wenige Wochen vor der Wahl elf Prozent. Generell stieg die Popularitätskurve Helmut Kohls in den Monaten vor der Wahl steil an; er wurde nicht nur im Vergleich zu Rudolf Scharping, sondern auch isoliert weitaus besser beurteilt als am Jahresbeginn. Die massiven Schwankungen der Popularität eines Politikers, der der Bevölkerung seit Jahrzehnten bekannt und vertraut ist, sind bemerkenswert – dies um so mehr, als Helmut Kohl in der Regel in Wahljahren die Höhepunkte seiner Popularität verzeichnet. Das Vorbeiziehen an dem Herausforderer ist keineswegs eine Besonderheit des Wahljahres 1994. Auch 1986 und 1990 lag Helmut Kohl zunächst weit hinter Johannes Rau und Oskar Lafontaine zurück und schob sich wenige Monate vor der Wahl an den Herausforderer vorbei.

Die Parallelität dieser Entwicklungen läßt den Schluß zu, daß die Veränderung der Kanzlerpräferenzen 1994 nicht allein mit der veränderten Stimmungslage der Bevölkerung zu erklären ist, wenn diese auch eine der entscheidenden Voraussetzungen für die Veränderung der Partei- und Kanzlerpräferenzen bildete.

Die Wahl 1994 war nicht nur das Ergebnis eines Stimmungsumschwungs in der Bevölkerung, sondern auch eine Personenwahl. Besonders bemerkenswert war, daß der erstmals in einer Urwahl der SPD-Mitglieder gewählte Kandidat in der SPD-Anhängerschaft ungewöhnlich wenig Rückhalt hatte. Rau wurde 1987 von 72 Prozent der SPD-Anhänger positiv beurteilt, Oskar Lafontaine 1990 von 66 Prozent, Scharping 1994 von 50 Prozent. Zwar gelang es Rudolf Scharping in den letzten acht Wochen vor der Wahl, bei der Anhängerschaft der SPD Terrain gutzumachen; bis zum Schluß blieb jedoch sein Rückhalt bei SPD-Anhängern weit hinter der Zustimmung zurück, die Helmut Kohl bei Unionsanhängern erreichte.

Die beiden Kandidaten wurden insbesondere in bezug auf ihre Führungsqualitäten und den Rückhalt in der eigenen Partei von der Bevölkerung extrem unterschiedlich eingeschätzt. Helmut Kohl wurden von der Bevölkerung weitaus mehr als dem Herausforderer großer Einfluß auf den Kurs der eigenen Partei, Durchsetzungsfähigkeit, Sachkenntnis, eine klare Linie und Prinzipienfestigkeit zugeschrieben. So attestierten 62 Prozent der gesamten Bevölkerung Helmut Kohl einen großen Einfluß auf den Kurs seiner Partei, Schar-

ping 25 Prozent; Durchsetzungsfähigkeit ordneten 59 Prozent der Bevölkerung Helmut Kohl zu, 23 Prozent Rudolf Scharping. Umgekehrt hatten 33 Prozent den Eindruck, der SPD-Vorsitzende habe zu wenig Rückhalt in der eigenen Partei, bei dem Vorsitzenden der CDU dagegen nur sieben Prozent.

Die überwältigende Mehrheit ging davon aus, daß der amtierende Bundeskanzler nicht nur in der Gunst der Bevölkerung vor seinem Herausforderer lag, sondern gleichzeitig der Wunschkandidat von Wirtschaft und ausländischen Regierungen war. 70 Prozent der Bevölkerung sahen in Helmut Kohl den Wunschkandidaten der Wirtschaft, eine Einschätzung, die bei Elitebefragungen bestätigt wurde². Vor dem Hintergrund der Rezessionserfahrungen und der noch labilen ökonomischen Lage war diese Einschätzung für die Wahlentscheidung von beträchtlicher Bedeutung.

Der Versuch der SPD, die ungleiche Ausgangslage bei der Konkurrenz der Kandidaten durch die Aufbietung einer Troika zu überwinden, veränderte das politische Meinungsklima nur graduell. Die Siegeserwartungen der Bevölkerung veränderten sich unter dem Eindruck des SPD-Schattenkabinetts und des Troika-Konzepts kaum: Kurz vor der Vorstellung rechneten 21 Prozent, unmittelbar danach 22 Prozent mit einem Sieg der Oppositionsparteien. Auch die Parteipräferenzen zeigten keine unmittelbare Wirkung³.

Zweifelsohne hat die Etablierung der Troika jedoch dazu beigetragen, daß sich in den letzten Wochen vor der Wahl der Eindruck verstärkte, die SPD sei eine geschlossene politische Formation. Bis zuletzt war dies jedoch der Eindruck einer Minderheit. In den letzten 20 Jahren hat noch nie eine Volkspartei den Sieg davongetragen, die nicht von der Mehrheit der Bevölkerung als geschlossene politische Formation empfunden wurde. Vor diesem Hintergrund wurde die Koalitionsentscheidung von Sachsen-Anhalt zum strategischen Kardinalfehler.

Die Entscheidung, in Sachsen-Anhalt eine von der PDS tolerierte Minderheitenregierung zu etablieren, spaltete die Anhängerschaft der SPD: Ein Drittel befürwortete diese Entscheidung, ein Drittel lehnte sie ab, ein Drittel war unschlüssig. Insbesondere SPD-Anhänger in den alten Bundesländern wurden durch diese Entwicklung verunsichert. Gleichzeitig entstand dadurch, daß die PDS und die Beziehung der SPD zur PDS zu einem zentralen

Wahlkampfthema wurden, eine Ost-West-Spaltung. Weitaus bemerkenswerter als das PDS-Potential in den neuen Bundesländern von rund 20 Prozent ist die völlig unterschiedliche Einschätzung dieser Partei in den alten und neuen Bundesländern. Der entscheidende Unterschied ist, daß die PDS von der Bevölkerung in den alten Bundesländern als ideologische Partei am linken Rand des politischen Spektrums und abseits der demokratischen Parteien eingeschätzt wird, während in den neuen Bundesländern ihr ideologischer Charakter völlig im Hintergrund steht. Die PDS wird in Ostdeutschland in erster Linie als Anwalt ostdeutscher Interessen und als Kämpfer für die Anerkennung der ostdeutschen Lebensleistung der letzten Jahrzehnte empfunden, zudem als einzige Ostpartei, während alle anderen Parteien, mittlerweile auch Bündnis 90/Die Grünen, als Westparteien gelten. Obwohl sich die Anhänger der PDS selbst weit links einordnen und sich von den Prinzipien des vergangenen Regimes mehrheitlich nicht distanzieren, obwohl die Personalunion zwischen SED-Kadern und PDS-Aktiven von der ostdeutschen Bevölkerung durchaus konstatiert wird, sieht die ostdeutsche Bevölkerung die PDS nicht in der direkten Nachfolge der SED und stuft sie als normale demokratische Partei ein. Es gibt in den neuen Bundesländern daher keinerlei erkennbaren Meinungsklimadruck gegen die PDS; ihre Anhänger bekennen sich freiwillig zu ihr.

Trotzdem war zu erkennen, daß sich ihr weites Potential in den Monaten vor der Wahl verengte von 34 auf rund 22 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung. Gleichzeitig wirkte sich die Auseinandersetzung um die PDS bemerkenswerterweise in den neuen Bundesländern erkennbar nicht gegen die CDU aus, obwohl viele Ostdeutsche die Kontroverse als West-Ost-Konflikt einschätzten. Vielmehr stiegen die Sympathien für die CDU in den neuen Bundesländern von Frühjahr an noch steiler als in den alten Bundesländern, nach oben getragen von der wachsenden Zuversicht, daß die schlimmste Phase des ökonomischen und gesellschaftlichen Umbaus in Ostdeutschland bewältigt sei.

Während der Rezessionsjahre war die CDU auf ein Wählerpotential von weniger als 25 Prozent zurückgefallen; mit dem Ende der Rezession stieg das Vertrauen der ostdeutschen Bevölkerung in den eingeschlagenen Weg, stieg auch der Stolz auf das bereits in den neuen Bundesländern Erreichte. Parallel veränderten sich die Parteipräferenzen grundlegend. Das Wahlergebnis 1994 gründet sich daher auf der wachsenden Euphorie und dem rasch wachsenden Zukunftsvertrauen der Bevölkerung in diesem Jahr.

2 Vgl. dazu Max. A. Höfer, Zehn Gründe, warum Kohl die Wahl gewinnt, in: Capital, (1994) 8, S. 85-90.

3 Vgl. Renate Köcher, „Trio ohne Widerhall“; in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. September 1994, S. 5.

Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994

Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest

I. Das Wahlergebnis und seine Bedeutung

Totgesagte leben länger. So auch die PDS, deren sicherer parlamentarischer Exitus von vielen Wahlforschern und politischen Kommentatoren spätestens für die Bundestagswahl 1994 vorausgesagt worden war¹. Bundesweit erreichte die PDS bei der zweiten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 4,4 Prozent der gültigen Stimmen. Wie schon bei der letzten Volkskammerwahl der DDR und der Bundestagswahl 1990 fielen ihre Wahlerfolge regional höchst unterschiedlich aus. Während sie in den alten Bundesländern auf nur knapp 1 Prozent der gültigen Stimmen kam, waren es im Osten fast 20 Prozent. Dabei läßt sich in beiden Landesteilen ein deutliches Nord-Süd-Gefälle erkennen (vgl. Abb. 1). Die besten Resultate erzielte die PDS im Osten wie im Westen in den Stadtstaaten. Spitzenreiter in den alten Bundesländern ist Bremen mit 2,7 Prozent, gefolgt von West-Berlin und Hamburg; in den neuen Bundesländern liegt Ost-Berlin mit 34,7 Prozent vor Mecklenburg-Vorpommern mit 23,6 Prozent. Schlußlichter sind im Westen Bayern, Rheinland-Pfalz, das Saarland und Baden-Württemberg mit weniger als 1 Prozent PDS-Stimmen und im Osten Sachsen und Thüringen mit 16,7 bzw. 17,1 Prozent PDS-Stimmen.

In Abbildung 1 sind, etwas dunkler schraffiert, gleichzeitig die Wahlergebnisse der PDS von 1990 abgebildet. Damit werden die Veränderungen zwischen der Bundestagswahl 1990 und der vergangenen Bundestagswahl sichtbar. Im Westen konnte die PDS ihren stärksten absoluten Anstieg in den Stadtstaaten erzielen, im Osten wuchs sie relativ

1 Abweichend Karl Schmitt, Politische Landschaften im Umbruch: Das Gebiet der ehemaligen DDR 1928–1990, in: Oscar W. Gabriel/Klaus G. Troitzsch (Hrsg.), Wahlen in Zeiten des Umbruchs, Frankfurt u. a. 1993, S. 403–441; Jürgen W. Falter, Wahlen 1990. Die demokratische Legitimation für die deutsche Einheit mit großen Überraschungen, in: Eckhard Jesse/Armin Mitter (Hrsg.), Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft, Bonn 1992, S. 187.

gleichmäßig in allen Landesteilen, wobei die stärkste absolute Zunahme in Ost-Berlin und Mecklenburg-Vorpommern, die schwächste in Sachsen zu verzeichnen war.

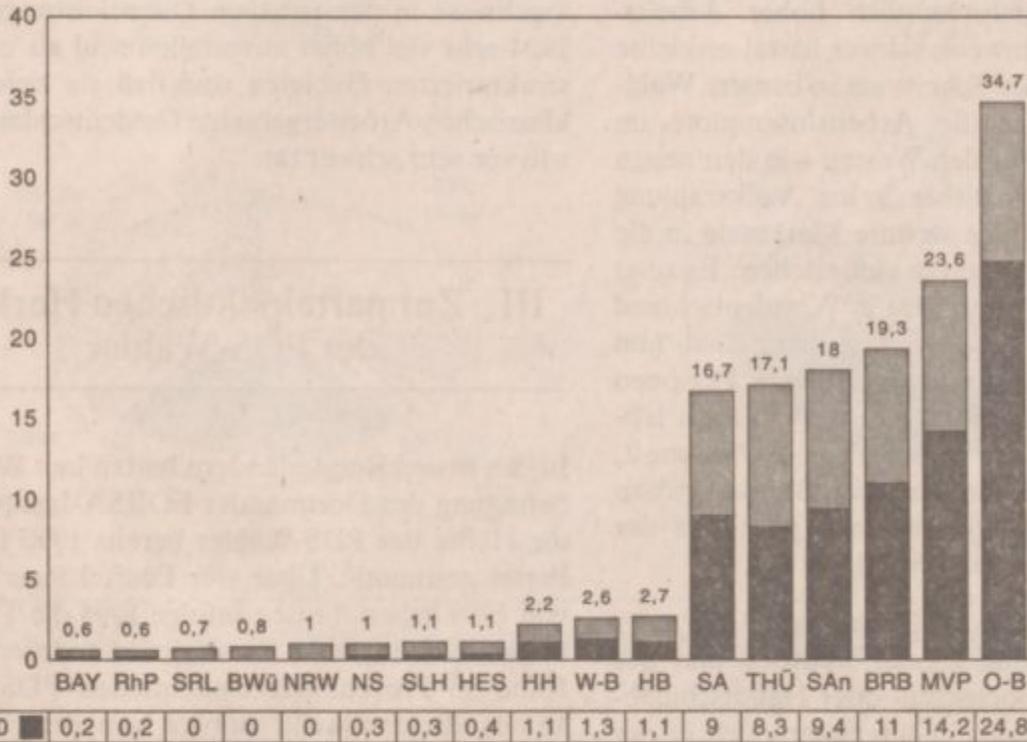
II. Sozialgeographische Analyse des PDS-Wahlergebnisses

Analysiert man die Stimmergebnisse der PDS in Ost- und Westdeutschland auf Wahlkreisebene, so zeigen sich einige Gemeinsamkeiten: Sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern liegen die PDS-Stimmen im allgemeinen dort über dem Bundesdurchschnitt, wo die Bevölkerungsdichte hoch ist, wo der Dienstleistungssektor stark vertreten ist, wo überdurchschnittlich viele Menschen in Einpersonenhaushalten und wo vergleichsweise viele Ausländer leben². Es handelt sich hierbei sichtlich um Indikatoren der Verstädterung und der Metropolenbildung. Man kann daher auch formulieren: Zwischen den Wahlerfolgen der PDS und der Existenz eines urbanen Milieus besteht ein enger Zusammenhang. Unterdurchschnittliche Wahlerfolge hatte die PDS vor allem in Wahlkreisen mit einem hohen Anteil von Personen in der Landwirtschaft oder im produzierenden Gewerbe zu verzeichnen (vgl. Abbildung 2)³.

2 Natürlich wählen Ausländer nicht PDS; sie sind auch nicht Ursache für die Wahlerfolge der PDS, sondern sie stellen einen Indikator für eine bestimmte Struktur eines Wahlkreises dar.

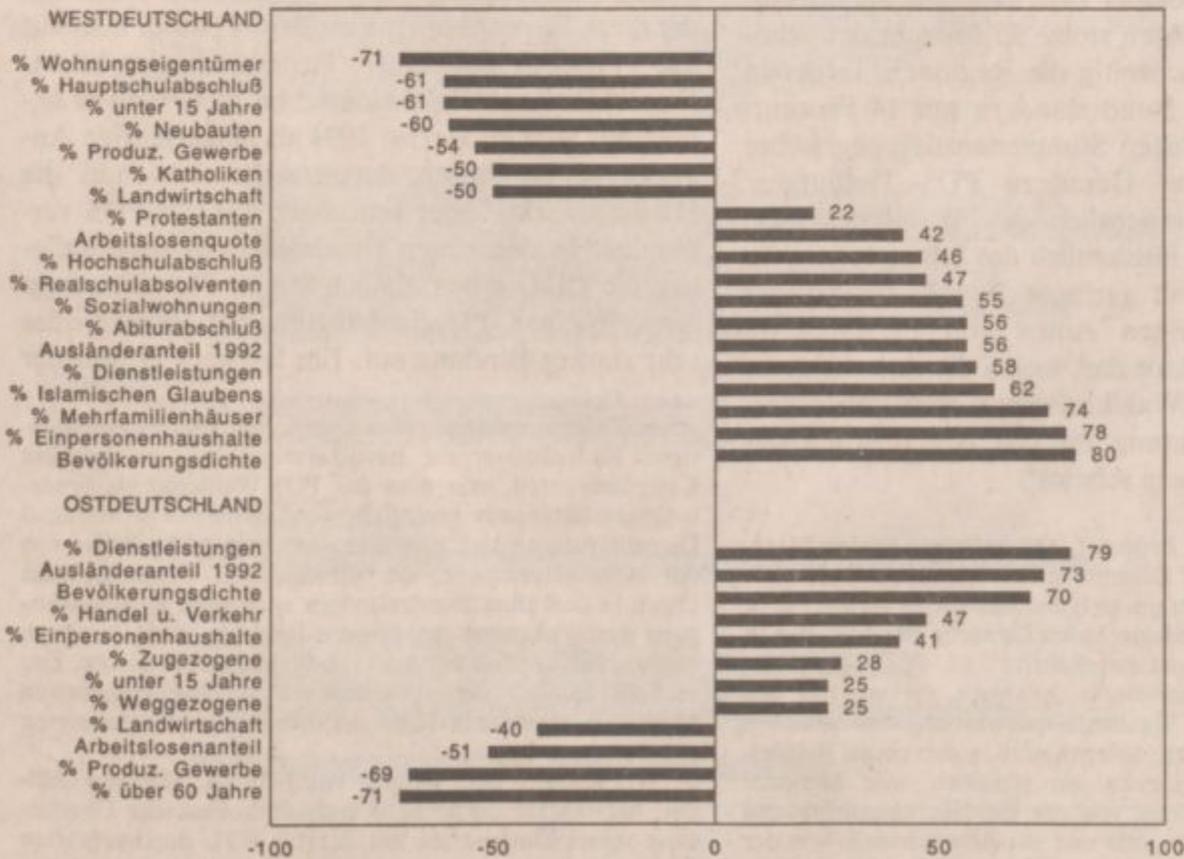
3 In Abbildung 2 sind sogenannte Korrelationskoeffizienten wiedergegeben, mit deren Hilfe der statistische Zusammenhang zwischen bestimmten Gebietsmerkmalen, etwa dem Katholikenanteil und dem Prozentsatz der PDS-Stimmen, auf Wahlkreisebene beschrieben wird. Je höher der Koeffizient, desto stärker der Zusammenhang. Der Korrelationskoeffizient kann zwischen den Extremwerten -1 und $+1$ liegen; eine Korrelation von 0 bedeutet, daß zwischen den beiden analysierten Merkmalen kein systematischer Zusammenhang besteht. Je näher der Koeffizient bei $+1$ oder -1 liegt, desto enger ist der Zusammenhang, wobei ein *positiver* Koeffizient bedeutet, daß die beiden untersuchten Merkmale auf Wahlkreisebene auch positiv zusammenhängen, daß also der PDS-Anteil im Schnitt um so höher liegt, je größer z. B. der Anteil des Dienstleistungsgewerbes ist. Ein

Abbildung 1: Die Wahlergebnisse der PDS in den Bundesländern bei den Bundestagswahlen 1990 und 1994 (Angaben in Prozent der gültigen Stimmen)



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 2: Der Zusammenhang zwischen den Wahlergebnissen der PDS und Strukturmerkmalen der Wahlkreise (Korrelationskoeffizienten $\times 100$)



Quelle: Eigene Darstellung.

Die einzige augenfällige Diskrepanz zwischen West und Ost besteht hinsichtlich der Arbeitslosenquote: Während es im Osten die PDS in Gebieten mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosenquote vergleichsweise schwer hatte, erreichte die PDS im Westen im Schnitt um so bessere Wahlergebnisse, je höher die Arbeitslosenquote im Frühjahr 1994 lag. Für den Westen – in den neuen Bundesländern fand bisher keine Volkszählung statt – lassen sich einige weitere Merkmale in die sozialgeographische Analyse einbeziehen. Es zeigt sich, daß der PDS-Anteil 1994 in Westdeutschland im Schnitt um so höher ausfiel, je mehr Real- und Hochschulabsolventen und je weniger Personen mit Hauptschulabschluß in einem Wahlkreis lebten. Schließlich, auch dies belegt Abbildung 2, hatte es die PDS 1994 in den alten Bundesländern im allgemeinen um so schwerer, je höher der Katholikenanteil in einem Wahlkreis lag.

Natürlich ist kein Wahlkreis nur katholisch oder evangelisch, nur ländlich oder städtisch und nur von Personen mit Hochschul- oder Hauptschulabschluß besiedelt. Vielmehr überlagern sich in der Realität diese Merkmale. In beiden Wahlgebieten konnte die PDS ihre größten Wahlerfolge in Regionen erzielen, die sich durch die folgende Merkmalskombination auszeichnen: eine hohe Bevölkerungsdichte, einen überdurchschnittlichen Anteil von Personen im Dienstleistungssektor und eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote. In den Wahlkreisen dieses Typs erreichte sie im Westen 2,1 und im Osten stolze 35 Prozent der Stimmen. Es sind gleichzeitig die Regionen, in denen sie in den neuen Bundesländern mit 14 Prozentpunkten den höchsten Stimmenanstieg gegenüber 1990 verzeichnete. Geradezu PDS-„Tiefburgen“ stellen sowohl hinsichtlich des Wahlergebnisses von 1994 als auch hinsichtlich des Stimmenanstiegs die Wahlkreise mit geringer Bevölkerungsdichte und einem niedrigen Anteil von Personen im Dienstleistungssektor dar, wobei die Arbeitslosenquote in diesem Wahlkreistypus eher von untergeordneter Bedeutung für das Abschneiden der PDS gewesen zu sein scheint⁴.

negativer Koeffizient bedeutet, daß zwischen beiden Merkmalen ein reziproker Zusammenhang besteht, daß also der PDS-Anteil im Schnitt um so höher ausfällt, je geringer z. B. der Anteil der im produzierenden Gewerbe Beschäftigten in einem Wahlkreis ist und umgekehrt.

⁴ Weitergehende statistische Analysen, die wir hier aus Platz-, aber auch aus Verständnisgründen nicht im einzelnen dokumentieren können, belegen, daß in den neuen Bundesländern die PDS-Stimmen am stärksten vom Merkmal Dienstleistungen, gefolgt von der Bevölkerungsdichte und erst dann, und zwar negativ und nur ganz schwach, von der Arbeitslosenquote beeinflusst worden sind. Im Westen mit seinen nur sehr niedrigen PDS-Ergebnissen sehen die statisti-

Als Fazit der sozialgeographischen Analyse können wir festhalten, daß sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern die PDS-Wahlergebnisse in den urbanen Dienstleistungszentren 1994 sehr viel höher ausgefallen sind als in anders strukturierten Gebieten und daß sie sich in den klassischen Arbeitergebieten Ostdeutschlands nach wie vor sehr schwer tat.

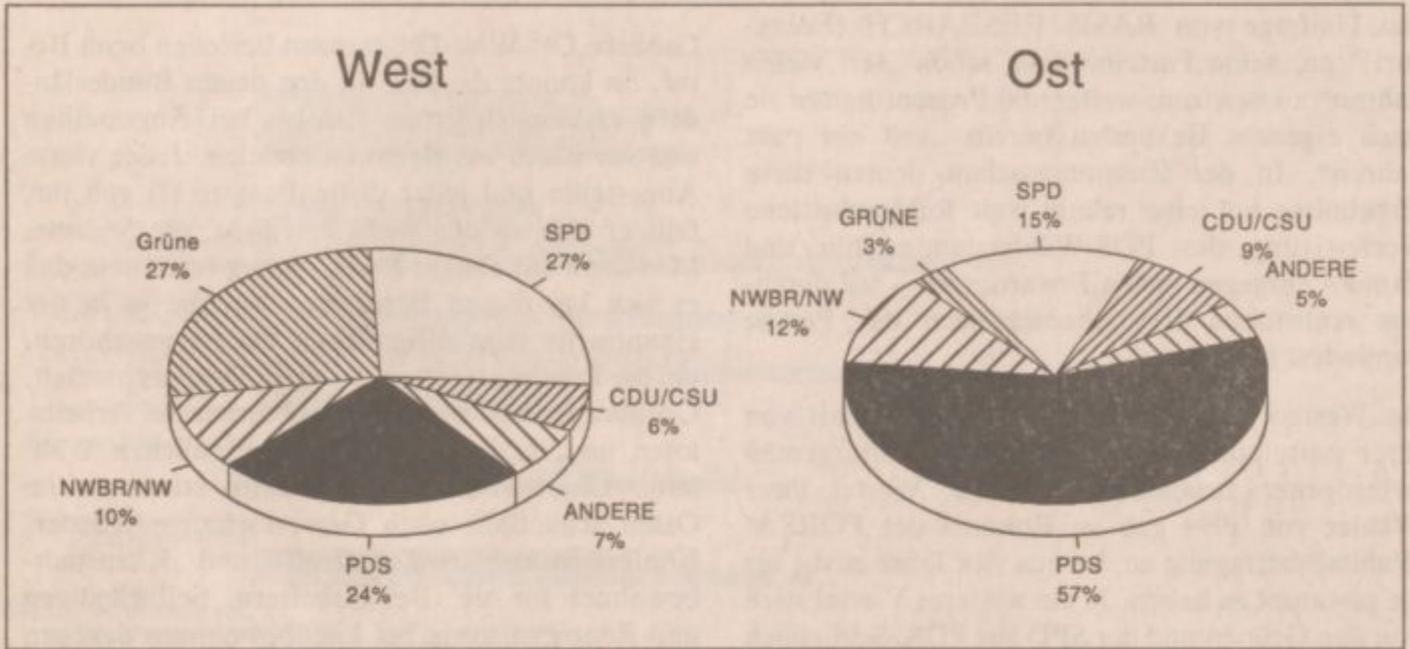
III. Zur parteipolitischen Herkunft der PDS-Wähler

In den neuen Bundesländern hatten laut Wahltagsbefragung des Dortmunder FORSA-Instituts über die Hälfte der PDS-Wähler bereits 1990 für diese Partei gestimmt⁵. Über vier Fünftel ihrer Wähler von 1990 haben ihr demzufolge 1994 die Treue gehalten. Das ist mehr als bei jeder anderen Partei. Rund 15 Prozent der ostdeutschen PDS-Wähler kamen dieser Quelle zufolge von der SPD, gut 10 Prozent waren 1990 noch nicht wahlberechtigt oder waren nicht zur Wahl gegangen, weitere knappe 10 Prozent hatten nach eigenem Bekunden damals für die CDU gestimmt (vgl. Abbildung 3). Diese Werte deuten auf die Existenz einer PDS-Stammklientel hin, was für eine nominell so junge, allerdings in einer langen, fast achtzigjährigen Tradition stehende Partei ungewöhnlich ist. Doch findet diese Hypothese Unterstützung, wenn man auf das Vorliegen langfristiger Parteibindungen blickt. Fast 70 Prozent der ostdeutschen PDS-Wähler bezeichnen sich im Herbst 1994 als längerfristige Anhänger ihrer Partei, davon sieht sich rund die Hälfte als stark oder sehr stark mit der PDS verbunden. In den neuen Bundesländern weist lediglich die CDU einen ähnlich hohen Prozentsatz an längerfristigen Parteianhängern mit starker oder sehr starker Bindung auf. Ein knappes Drittel der

schen Zusammenhänge etwas anders aus: Hier ist der wichtigste Einflußfaktor die Bevölkerungsdichte, gefolgt vom Katholikenanteil, von dem das PDS-Wahlergebnis erwartungsgemäß negativ beeinflusst wird, ferner dem Merkmal Dienstleistungen und, auch hier wieder am schwächsten, von der Arbeitslosenquote, die allerdings im Gegensatz zum Osten in den alten Bundesländern auch nach Berücksichtigung der Wirkungen der übrigen Faktoren einen positiven statistischen Einfluß auf das PDS-Wahlergebnis ausübt. Der relative Einfluß der verschiedenen sozialgeographischen Merkmale wurde mit Hilfe multipler Regressionsanalysen ermittelt.

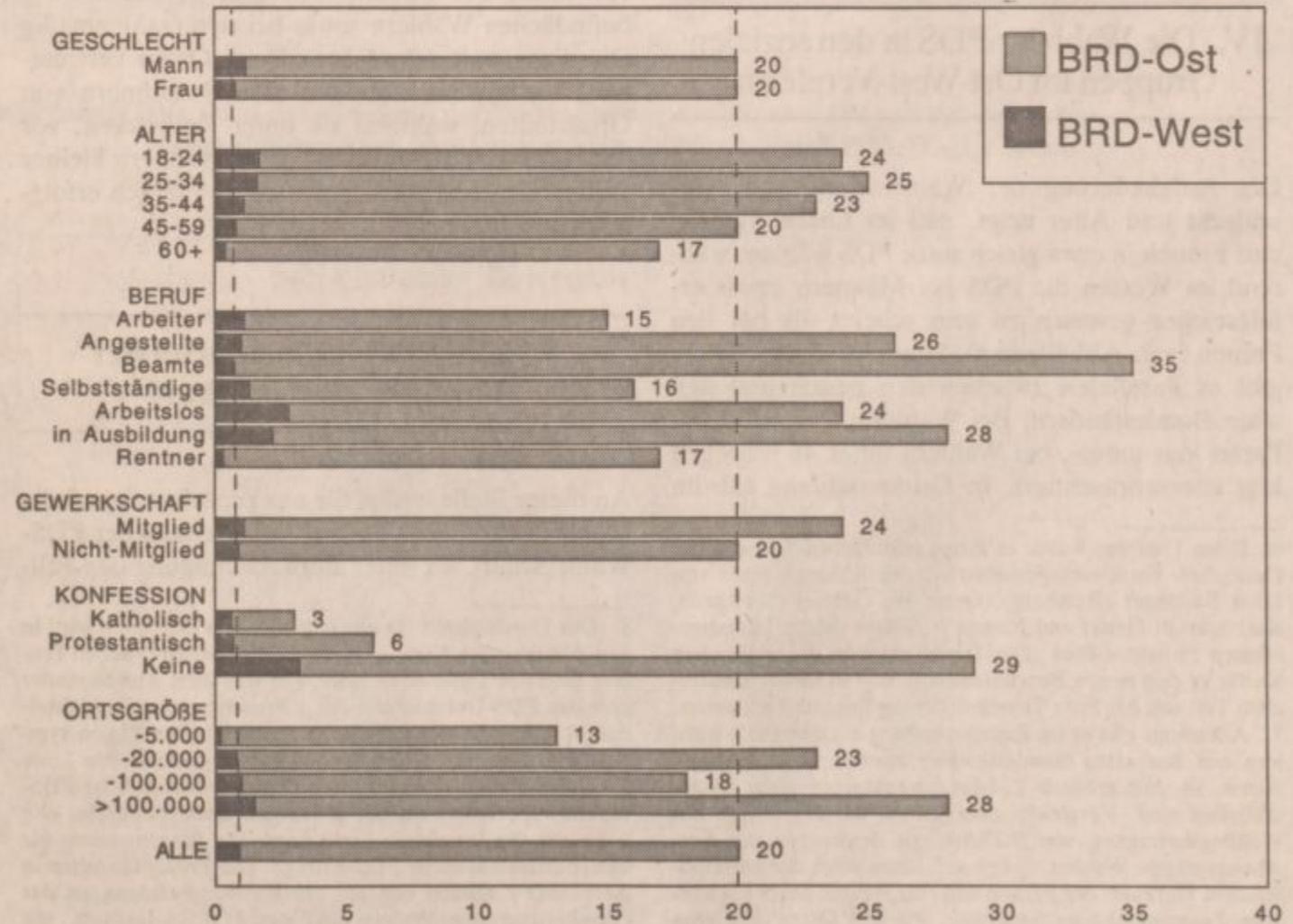
⁵ Wir möchten dem Inhaber von FORSA, Manfred Güllner, herzlich für die schnelle und unbürokratische Überlassung seines Datensatzes mit der für RTL durchgeführten Wahltagsbefragung und weiterer für diese Analyse nützlicher Datensätze danken.

Abbildung 3: Das Wahlverhalten der PDS-Wähler 1994 bei der Bundestagswahl 1990



Quelle: Eigene Darstellung. NWBR/NW: Bei der Bundestagswahl 1990 nicht wahlberechtigt bzw. nicht gewählt.

Abbildung 4: Die Wahl der PDS nach Geschlecht, Alter, Beruf, Gewerkschaftsmitgliedschaft, Konfession und Ortsgröße



Quelle: Eigene Darstellung.

ostdeutschen PDS-Anhänger gab überdies in einer direkt vor der Bundestagswahl 1994 durchgeführten Umfrage von BASIS RESEARCH (Frankfurt)⁶ an, seine Parteibindung schon „seit vielen Jahren“ zu besitzen; weitere 60 Prozent hatten sie nach eigenem Bekunden bereits „seit ein paar Jahren“. In der Zusammenschau deuten diese Ergebnisse auf eine relativ weit fortgeschrittene Verfestigung des PDS-Wählerstamms hin und damit – entgegen vielen Erwartungen – auf durchaus realistische Überlebenschancen der Partei, zumindest im Osten.

Im Westen setzt sich die PDS-Wählerschaft von ihrer parteipolitischen Herkunft her naturgemäß heterogener zusammen. Nur ein Viertel ihrer Wähler von 1994 gab im Rahmen der FORSA-Wahltagsbefragung an, bereits vier Jahre zuvor für sie gestimmt zu haben. Je ein weiteres Viertel stieß von den Grünen und der SPD zur PDS. Schließlich hatten 1990 rund 10 Prozent entweder noch nicht gewählt oder sie waren damals noch nicht wahlberechtigt. Relativ die meisten Wähler scheinen mithin die westdeutschen Grünen an die PDS verloren zu haben⁷.

IV. Die Wahl der PDS in den sozialen Gruppen im Ost-West-Vergleich

Die Aufgliederung der Wählerschaft nach Geschlecht und Alter zeigt, daß im Osten Männer und Frauen in etwa gleich stark PDS wählen, während im Westen die PDS bei Männern etwas erfolgreicher gewesen zu sein scheint als bei den Frauen (vgl. Abbildung 4). Hinsichtlich des Alters gibt es Parallelen zwischen den neuen und den alten Bundesländern: Bei Wählern über 60 ist die Partei klar unter-, bei Wählern unter 45 hingegen klar überrepräsentiert. In Ostdeutschland gab im

6 Diese Umfrage wurde in ihrem mündlichen Teil von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Rahmen eines von Hans Rattinger (Bamberg), Oscar W. Gabriel (Stuttgart), Karl Schmitt (Jena) und Jürgen W. Falter (Mainz) durchgeführten Projektes über „Die Transformation der politischen Kultur in den neuen Bundesländern“ und in ihrem schriftlichen Teil von der Fritz Thyssen-Stiftung finanziell gefördert.

7 Allerdings gibt es im Zusammenhang mit den PDS-Wählern aus den alten Bundesländern enorme Fallzahlenprobleme, so daß größere Zufallsschwankungen nicht auszuschließen sind. Vergleicht man jedoch die Ergebnisse der Wahltagsbefragung von FORSA mit denjenigen der Forschungsgruppe Wahlen, lassen sich hinsichtlich der parteipolitischen Herkunft der PDS-Wähler im Westen durchaus ähnliche Zusammenhänge feststellen. Für den Osten existieren derartige Fallzahlenprobleme angesichts des Wahlerfolges der PDS ohnehin nicht.

Oktober 1994 rund ein Viertel der Wähler zwischen 18 und 45 Jahren der PDS die Stimme.

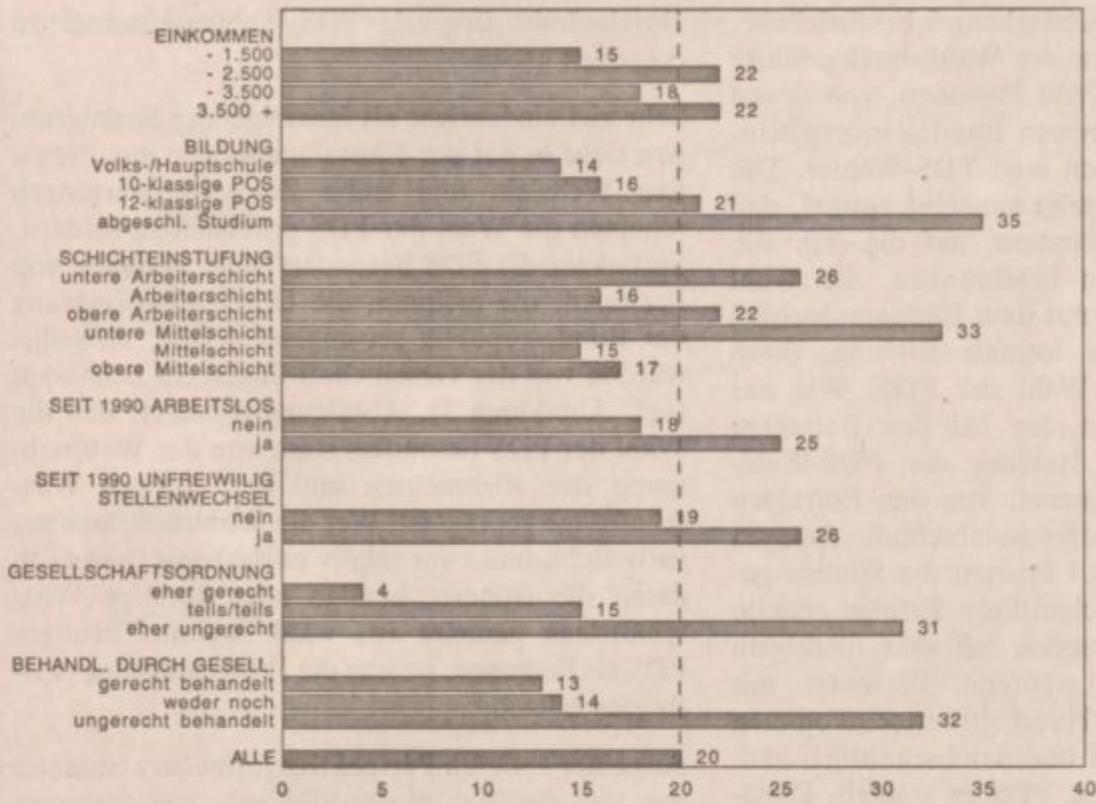
Größere Ost-West-Differenzen bestehen beim Beruf. So konnte die PDS in den neuen Bundesländern erstaunlich große Erfolge bei Angestellten und vor allem bei Beamten erzielen. Jeder vierte Angestellte und jeder dritte Beamte (!) gab ihr, falls er sich an der Wahl beteiligte, die Stimme. Man kann mit einiger Berechtigung vermuten, daß es sich bei diesen Berufsgruppen, die ja in der Hauptsache dem öffentlichen Dienst angehören, um die Privilegienträger des alten Systems handelt. Größere Erfolge hatte die PDS ferner bei Arbeitslosen und in der Ausbildung befindlichen Wählern. Überdurchschnittlich häufig stimmten im Osten schließlich auch Gewerkschaftsmitglieder, Konfessionslose sowie Groß- und Kleinstadtbewohner für sie. Bei Arbeitern, Selbständigen und Rentnern sowie bei Landbewohnern dagegen war die Partei des Demokratischen Sozialismus im Osten mit lediglich 13 Prozent bis 17 Prozent der abgegebenen Stimmen wie schon 1990 weit weniger erfolgreich als beim Durchschnitt aller Wähler⁸. Im Westen erzielte die PDS nennenswerte, deutlich über dem Durchschnitt liegende Resultate vor allem bei Arbeitslosen und in Ausbildung befindlichen Wählern sowie bei den (zahlenmäßig allerdings weit schwächer als im Osten vertretenen) Konfessionslosen und den Bewohnern von Großstädten, während sie unter Katholiken, vor allem den praktizierenden, bei Bewohnern kleiner Gemeinden und Rentnern nicht sonderlich erfolgreich war.

V. Die PDS – Eine Partei der Vereinigungsverlierer?

An dieser Stelle enden für uns zunächst einmal die Möglichkeiten des Ost-West-Vergleiches der PDS-Wählerschaft, da unter Berücksichtigung des Fall-

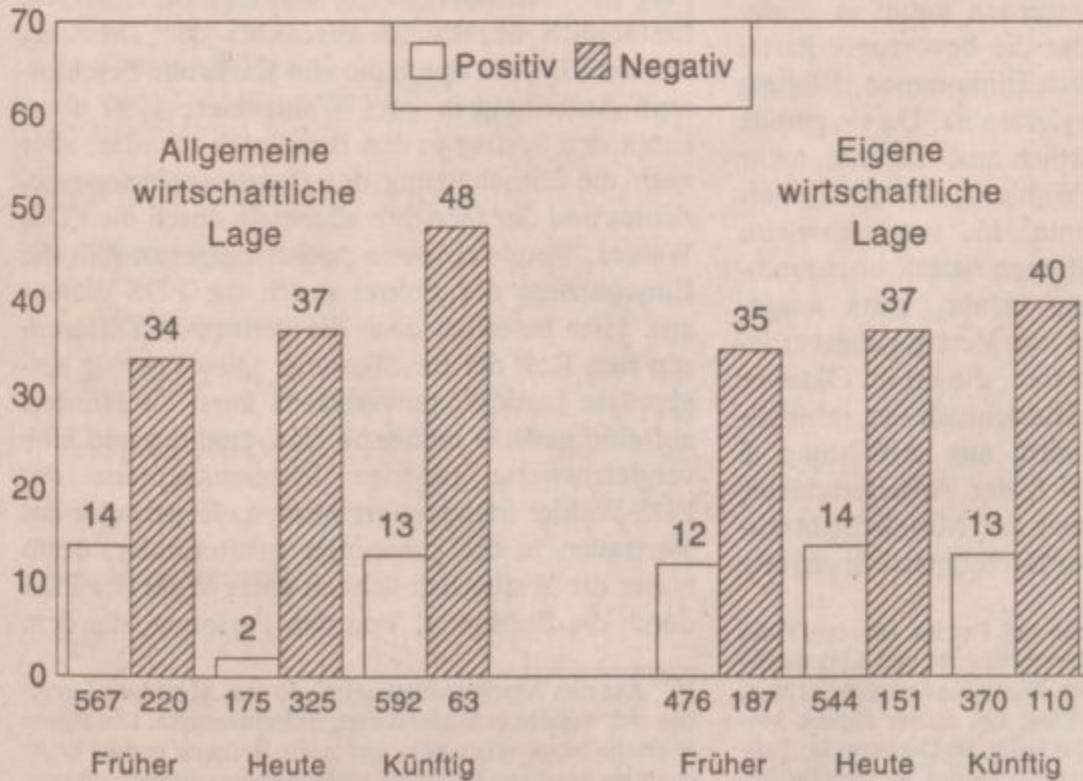
8 Der Durchschnitt für alle ostdeutschen Befragten wird in den Abbildungen 4 und 5 durch die gestrichelte, bei 20 Prozent liegende Linie abgebildet. Für die alten Bundesländer liegt der PDS-Durchschnitt bei 1 Prozent; er wird in Abbildung 4 durch die linke der beiden gestrichelten Linien symbolisiert. Alle rechts von der jeweiligen gestrichelten Linie liegenden Säulen repräsentieren überdurchschnittliche PDS-Wahlerfolge innerhalb der jeweiligen Sozialkategorie, alle links von der jeweiligen Linie liegenden Säulen stehen für unterdurchschnittliche PDS-Erfolge. Die Prozentangaben in Abbildung 4 stützen sich auf die Wahltagsbefragungen der Forschungsgruppe Wahlen und des FORSA-Instituts, die in Abbildung 5 auf eigene, in Anmerkung 6 erwähnte Umfragen.

Abbildung 5: Die Wahl der PDS nach Einkommen, Bildung, Schichtinstufung, Arbeitslosigkeit und weiteren Merkmalen (nur Ostdeutschland)



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 6: Die Wahl der PDS nach der Wahrnehmung der allgemeinen und der eigenen wirtschaftlichen Lage (nur Ostdeutschland; Prozentanteil PDS-Wähler in der jeweiligen Kategorie)



Quelle: Eigene Darstellung.

zahlenproblems für weitergehende Fragestellungen derzeit nur Daten für die neuen Bundesländer zur Verfügung stehen. Wir stützen uns im folgenden auf die in Anmerkung 6 beschriebene, in den vier Wochen vor der Wahl durchgeführte Umfrage unter zirka 2 650 Personen, von denen gut die Hälfte in den neuen Bundesländern lebt. Rund ein Fünftel davon sind PDS-Wähler. Die Analyse dieser Daten zeigt zunächst einmal, daß in den neuen Bundesländern, auf die sich alle weiteren Ausführungen beschränken, die Wahl der PDS sehr deutlich mit dem Bildungsabschluß variiert: Je höher die formale Bildung, desto wahrscheinlicher eine Wahl der PDS. Wie aus Abbildung 5 hervorgeht, lag bei den Befragten mit abgeschlossenem Studium die PDS-Wahlabsicht bei rund 35 Prozent; von den Befragten mit Volks- oder Hauptschulabschluß dagegen wollten ihr nur ganze 14 Prozent die Stimme geben. Weit unterdurchschnittliche Erfolge erzielte die PDS auch bei Personen mit sehr niedrigem Haushaltseinkommen, während Personen mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von mehr als 3 500 DM überdurchschnittlich häufig die Absicht äußerten, PDS zu wählen. Daneben wurde sie häufiger von Personen gewählt, die seit 1990 unfreiwillig ihre Stellung wechseln mußten und/oder zwischen 1990 und 1994 schon einmal arbeitslos geworden waren⁹.

Die objektiven Sozialindikatoren liefern mithin kein einheitliches Bild. Sie belegen, daß die PDS in recht unterschiedlichen Sozialgruppen erfolgreich war. Festgehalten werden kann an dieser Stelle, daß die PDS weder die bevorzugte Partei der Arbeiter noch der nach Einkommen, Bildung oder Schicht Unterprivilegierten ist. Da sie gerade auch von überdurchschnittlich qualifizierten, mehr als andere verdienenden Wählern, die zum Teil als Angestellte oder Beamte in vergleichsweise sicheren beruflichen Positionen sitzen, überdurchschnittliche Unterstützung erfuhr, kann ausgeschlossen werden, daß es nur Vereinigungsverlierer im objektiven Sinne waren, die ihr im Oktober 1994 die Stimme gaben. Hinsichtlich der subjektiven Schichteinstufung wird aus Abbildung 5 deutlich, daß einerseits sich der Arbeiterschicht, andererseits aber auch sich der Mittelschicht zurechnende Befragte überdurchschnittlich häufig

PDS gewählt haben. In das bisherige Bild paßt dabei, daß gerade sich zur unteren Mittelschicht zählende Personen mit 33 Prozent eine weit über dem Durchschnitt liegende PDS-Wahlbereitschaft zu erkennen gaben.

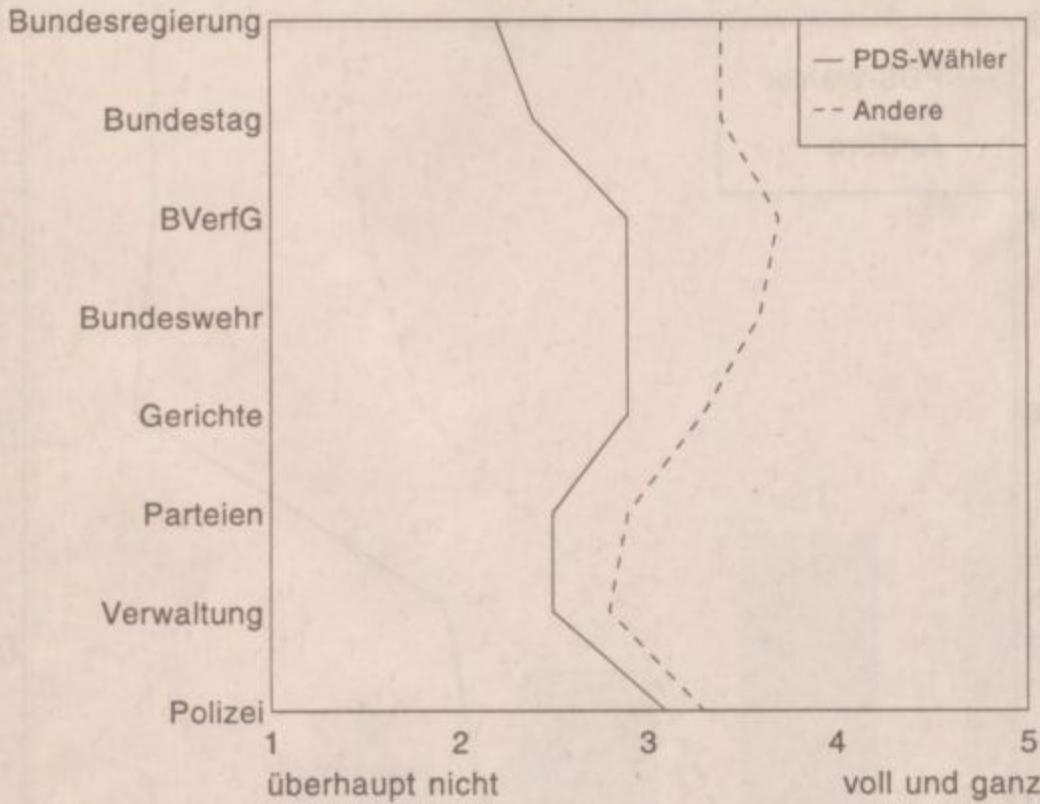
Sehr viel eindeutiger als innerhalb der Sozialgruppen sieht es auf der Einstellungsebene aus. Negative Weltsicht und trübe Zukunftserwartungen scheinen die Wahl der PDS erheblich zu fördern. So bekam die PDS besonders viele Stimmen von Personen, die meinten, die Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik sei ungerecht bzw. sie selbst würden von der Gesellschaft ungerecht behandelt (vgl. Abbildung 5). Abbildung 6 belegt, daß die Wahl der PDS besonders stark von der Wahrnehmung der allgemeinen und der eigenen Wirtschaftslage geprägt ist: Wer die Wirtschaftslage negativ sieht, und zwar relativ unabhängig davon, ob damit die frühere, heutige oder künftige Wirtschaftslage gemeint ist, wählt weitaus häufiger PDS als Personen, welche die Wirtschaftslage positiv einschätzen¹⁰.

Aus einer anderen Perspektive formuliert bedeutet das, daß die Wähler der PDS sehr viel düsterere Wirtschaftserwartungen haben als andere. Diese pessimistische Weltsicht erstreckt sich auch auf andere Einstellungsdimensionen. So belegt Abbildung 7, daß die Wähler der PDS praktisch alle staatlichen Institutionen der Bundesrepublik sehr viel negativer beurteilen als der Rest der ostdeutschen Wähler. Besonders negativ ist die Bewertung der Bundesregierung und des Bundestages. Erstaunlich negativ ist angesichts der Tatsache, daß die PDS nur durch die von Karlsruhe beschlossene Aufteilung in zwei Wahlgebiete 1990 überhaupt den Sprung in den Bundestag schaffte, aber auch die Einschätzung des Bundesverfassungsgerichtes und der Gerichte allgemein durch die PDS-Wähler. Vergleichsweise positiv hingegen fällt die Einschätzung der Polizei durch die PDS-Wähler aus. Hier bestehen auch die geringsten Differenzen zum Rest der Bevölkerung. Dieses gering ausgeprägte Institutionenvertrauen kann als Hinweis auf eine gewisse politische Entfremdung und eine vergleichsweise niedrige Systemakzeptanz der PDS-Wähler interpretiert werden. Je geringer das Vertrauen in die genannten Institutionen, desto höher die Wahrscheinlichkeit einer Wahl der PDS durch die Befragten. Von den Personen, die dem

9 Ähnliche Ergebnisse bereits bei Patrick Moreau/Viola Neu, Die PDS zwischen Linksextremismus und Linkspopulismus, in: Interne Studien der Konrad-Adenauer-Stiftung, Nr. 76/1994, Sankt Augustin 1994; vgl. ferner Patrick Moreau/Jürgen P. Lang, PDS - Das Erbe der Diktatur, in: Politische Studien, Sonderdruck 1/1994; Patrick Moreau (in Zusammenarbeit mit Jürgen Lang und Viola Neu), Was will die PDS?, Frankfurt - Berlin 1994, S. 156ff.

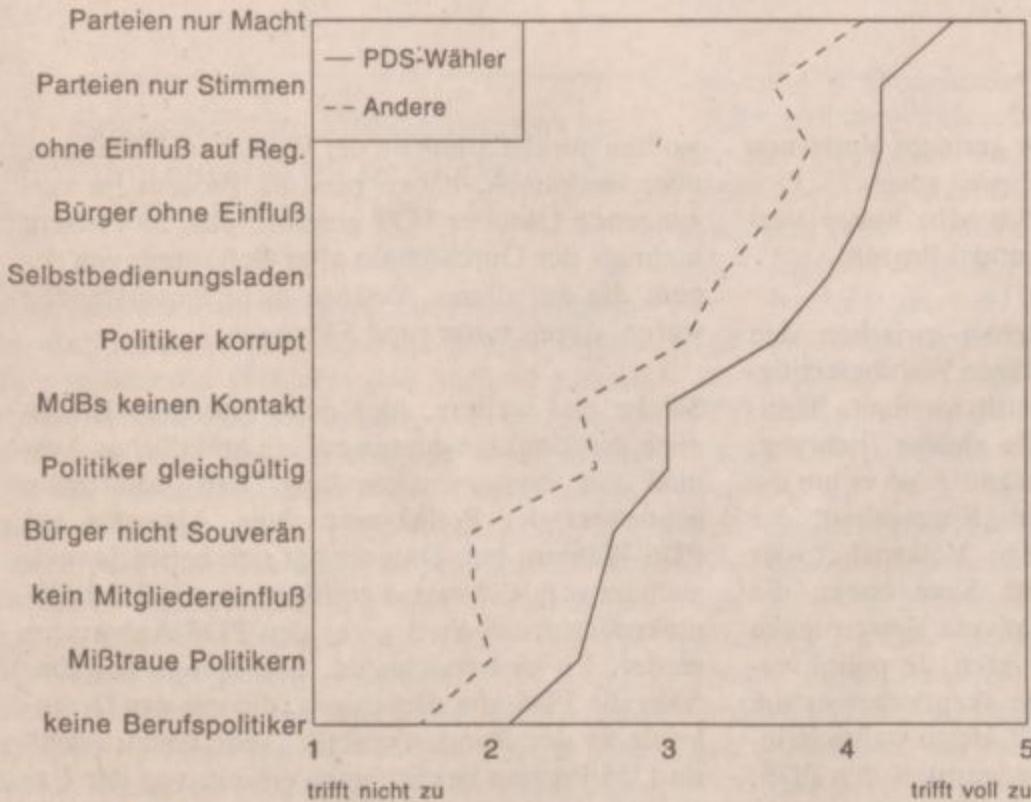
10 Aus den Absolutzahlen unterhalb von Abbildung 6 ergeben sich weitere bemerkenswerte Informationen. Die eigene Wirtschaftslage sehen sehr viel mehr Befragte bereits heute in einem positiven Lichte als die allgemeine Wirtschaftslage, wobei v. a. hinsichtlich letzterer die optimistischen Zukunftserwartungen dominieren.

Abbildung 7: Das Institutionenvertrauen bei PDS-Wählern und dem Rest der Wahlberechtigten (nur Ostdeutschland; arithmetisches Mittel)



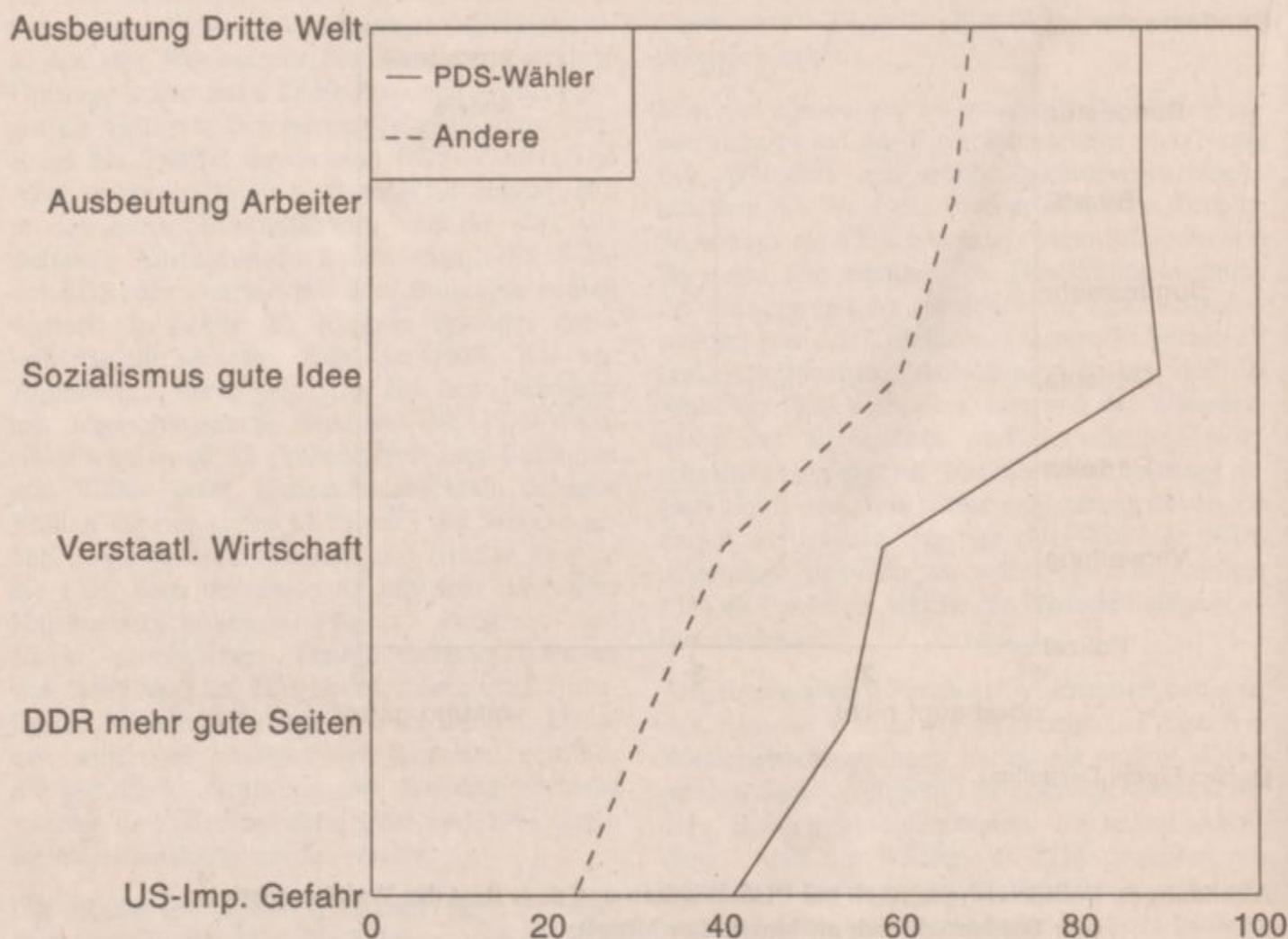
Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 8: Politikverdrossenheit bei PDS-Wählern und dem Rest der Wahlberechtigten (nur Ostdeutschland; arithmetisches Mittel)



Quelle: Eigene Darstellung.

Abbildung 9: Die Zustimmung zu den Einzelfragen der Sozialismusskala bei PDS-Wählern und dem Rest der Wahlberechtigten (nur Ostdeutschland; Prozentanteil zustimmende Antworten)



Quelle: Eigene Darstellung.

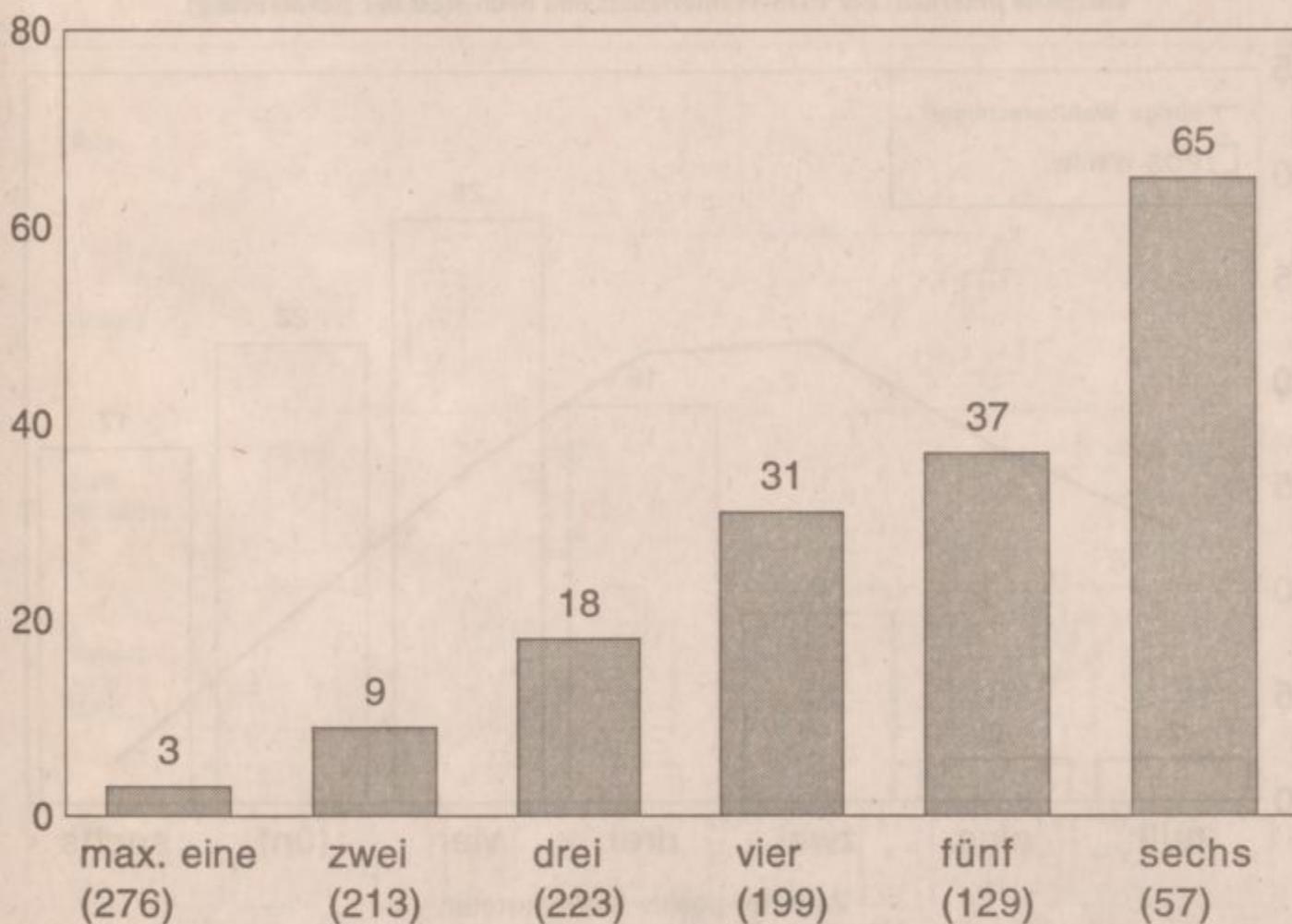
Bundesverfassungsgericht sehr geringes Vertrauen entgegenbringen, wählen beispielsweise 53 Prozent PDS; von denen, die ihm sehr hohes Vertrauen entgegenbringen, nur rund 5 Prozent.

Ähnliche Unterschiede bestehen zwischen den Wählern der PDS und den übrigen Wahlberechtigten im Ausmaß der Politikverdrossenheit. Sämtliche Indikatoren weisen in die gleiche Richtung, wie Abbildung 8 belegt. Gleichgültig, ob es um die „Machtgier“ der Parteien, die „Korruptheit“ der Politiker oder die „zu geringe Volksnähe“ der Bundestagsabgeordneten geht: Stets haben die Wähler der PDS weitaus negativere Bewertungen als der Rest der Wahlberechtigten. Je politikverdrossener ein Befragter ist, je skeptischer er die Parteien und Politiker beurteilt, desto wahrscheinlicher ist eine Stimmabgabe zugunsten der PDS. Auch hier möge ein Beispiel zur Illustration genügen: Von denen, die mit der Aussage, die Parteien

wollten nur die Stimmen der Wähler, voll und ganz übereinstimmen, haben rund 31 Prozent im vergangenen Oktober PDS gewählt, also 50 Prozent mehr als der Durchschnitt aller Befragten; von denen, die mit dieser Aussage nicht einverstanden waren, dagegen nur rund 5 Prozent.

Solche und weitere, hier nicht referierte Ergebnisse der Umfrage deuten auf ein erhebliches Ausmaß an Systemfremdung und Mißtrauen gegenüber der Politik und ihren Akteuren bei PDS-Wählern hin. Dies schlägt sich beispielsweise auch im vergleichsweise geringen Ausmaß der Demokratiezufriedenheit unter den PDS-Anhängern nieder. Es ist bezeichnend, daß in unserer Umfrage die PDS von denjenigen, die mit der Demokratie in der Bundesrepublik „sehr unzufrieden“ sind, 55 Prozent der Stimmen erhielt, von der Gegengruppe der „sehr Zufriedenen“ dagegen keine einzige Stimme.

Abbildung 10: Die Wahl der PDS nach der Häufigkeit der Zustimmung zu den Aussagen der Sozialismusskala (nur Ostdeutschland; Prozent PDS-Wähler in der jeweiligen Kategorie)



Quelle: Eigene Darstellung.

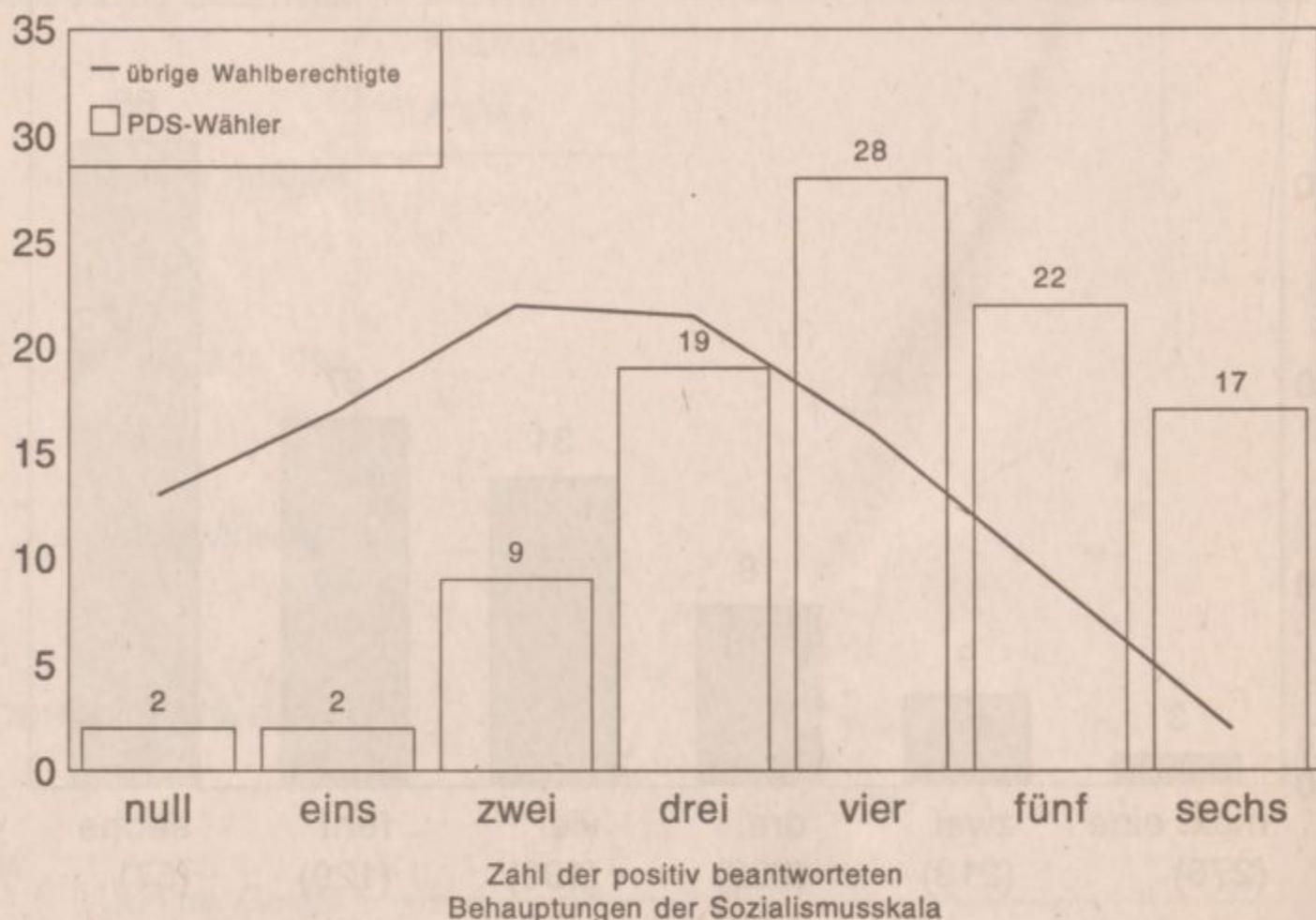
VI. Sozialistische Einstellungen als Bestimmungsfaktor der PDS-Wahl

Auf mindestens einer weiteren Einstellungsdimension unterscheiden sich die PDS-Wähler signifikant von anderen Wählern, wie Abbildung 9 belegt. Es handelt sich hierbei um insgesamt sechs Indikatoren einer kleinen, von uns konstruierten Skala zur Messung sozialistischer Vorstellungen. Abbildung 9 belegt, daß die Wähler der PDS jeder einzelnen der sechs Aussagen weitaus häufiger zustimmen als der Rest der Befragten in den neuen Bundesländern. So billigen über 50 Prozent der PDS-Wähler der untergegangenen DDR „mehr gute als schlechte Seiten“ zu, unter den übrigen Befragten sind es rund 30 Prozent. Weiter sind ziemlich genau 60 Prozent der PDS-Wähler (gegenüber 40 Prozent der anderen Wahlberechtigten) für eine Verstaatlichung der Wirtschaft, hal-

ten rund 90 Prozent der PDS-Wähler (gegenüber 60 Prozent der übrigen Befragten) den Sozialismus für eine gute, wenn auch bisher schlecht verwirklichte Idee. Fast zwei Drittel der PDS-Wähler sind „voll und ganz“ von der Richtigkeit dieser Aussage überzeugt, weitere 24 Prozent stimmen ihr „eher zu“. Wechselt man die Perspektive, dann finden sich unter denjenigen, die der Sozialismus-Aussage „voll und ganz“ zustimmen, 41 Prozent Wähler der PDS; unter denen, die ihr „überhaupt nicht“ zustimmen, dagegen nur 6 Prozent.

Faßt man die sechs Indikatoren aus Abbildung 9 zu einer „Sozialismusskala“ zusammen, dann zeigt sich ein bemerkenswerter, fast linearer Zusammenhang: Je mehr Aussagen der Skala zugestimmt wird, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit einer Wahl der PDS. Von denen, die allen sechs Aussagen zustimmen, wollten bei der Bundestagswahl 1994 fast zwei Drittel für die PDS votieren, von denen, die nur maximal einer Aussage zustimmen, dagegen lediglich 3 Prozent (vgl. Abbildung 10).

Abbildung 11: Die Häufigkeit der Zustimmung zu den Aussagen der Sozialismusskala bei PDS-Wählern und dem Rest der Wahlberechtigten (nur Ostdeutschland; Anteil der jeweiligen Antwortkategorie innerhalb der PDS-Wählerschaft und beim Rest der Bevölkerung)



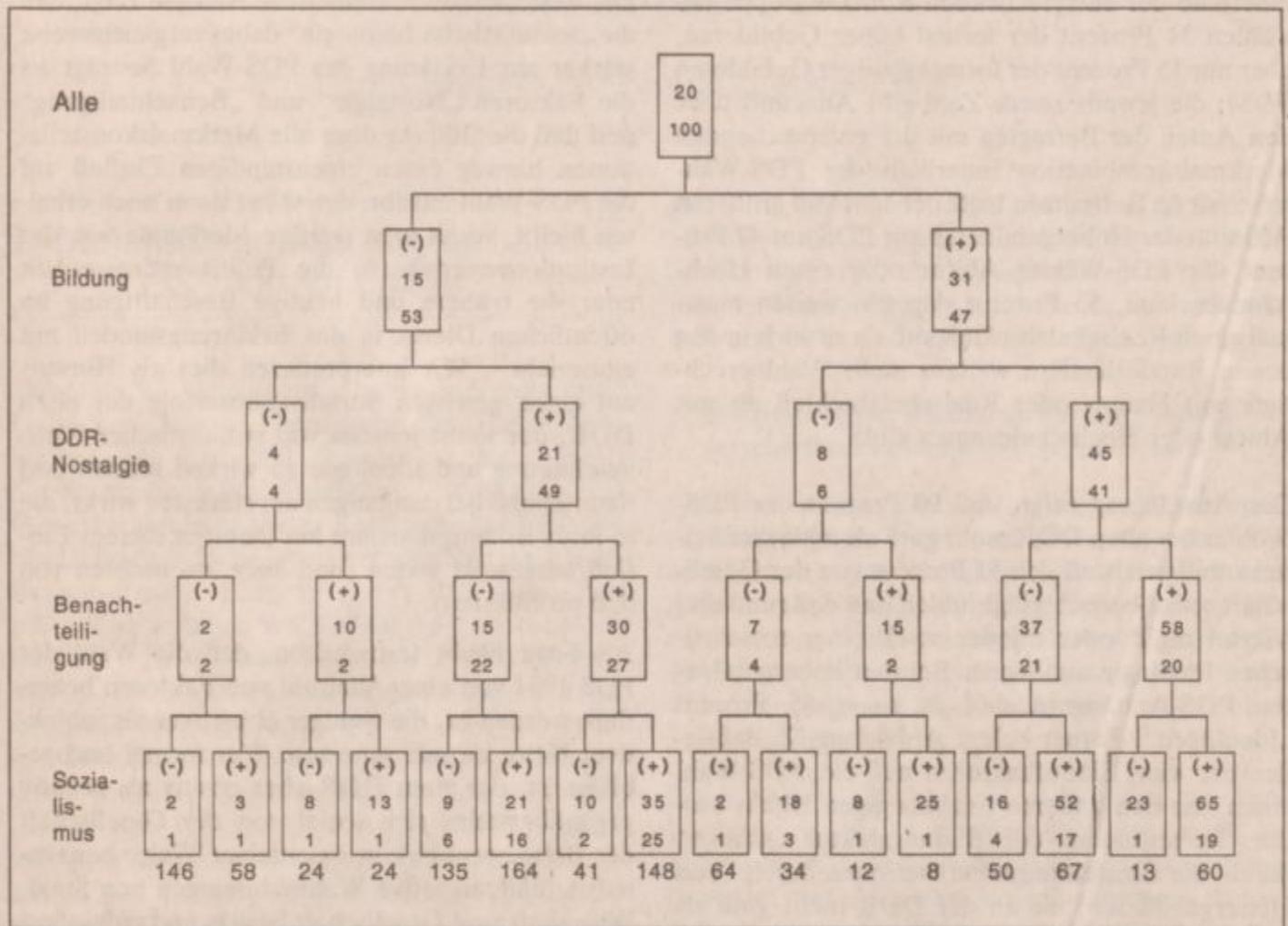
Quelle: Eigene Darstellung.

Dreht man die Perspektive um und vergleicht den Anteil der Befragten mit ausgeprägter sozialistischer Ideologie innerhalb der PDS mit dem innerhalb der übrigen Wählerschaft, so zeigt sich zunächst, daß es unter den PDS-Wählern – im Gegensatz zu den übrigen Wahlberechtigten – kaum Personen ohne deutlich erkennbare Elemente sozialistischer Ideologie gibt. Rund 40 Prozent der PDS-Wähler stimmen mindestens fünf der sechs Aussagen der Skala zu, sind also nach unserer Definition eindeutig sozialistisch orientiert. In der restlichen Wahlbevölkerung sind es nur rund 10 Prozent (vgl. Abbildung 11). Legt man einen etwas weicheren Maßstab an und geht von mindestens vier positiv beantworteten Aussagen aus, um vom Vorhandensein sozialistischer Grundorientierungen zu reden, weisen sogar zwei Drittel aller PDS-Wähler (gegenüber 27 Prozent der übrigen Wahlberechtigten) solche Orientierungen auf. Gänzlich oder zumindest fast vollständig frei von derartigen Elementen sozialistischer Ideologie sind innerhalb der PDS-Wählerschaft lediglich zwei

und vier Prozent, innerhalb der übrigen Wahlberechtigten hingegen rund 30 Prozent.

Dabei zeigt ein Vergleich zwischen der Platzierung der Befragten auf der Sozialismusskala und ihrer Wahrnehmung der eigenen und der allgemeinen Wirtschaftslage, daß diese um so negativer ausfällt, je höher man auf der Sozialismusskala rangiert. So weisen 63 Prozent aller Befragten, die allen sechs Aussagen der Sozialismusskala zustimmen, zugleich eine negative Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage auf, während es bei denjenigen, die maximal einer Aussage der Skala zustimmen, nur 17 Prozent sind. Analoge Zusammenhänge lassen sich zwischen anderen Einstellungsdimensionen wie der Politikverdrossenheit, dem Institutionenvertrauen oder der Demokratiezufriedenheit und dem Rang, den ein Individuum auf der Sozialismusskala einnimmt, nachweisen. Derartige Zusammenhänge können als Indiz dafür angesehen werden, daß das Vorhandensein eines relativ geschlossenen sozialistischen Überzeu-

Abbildung 12: Der gemeinsame Einfluß von Bildung, DDR-Nostalgie, sozialer Benachteiligung und sozialistischen Einstellungen auf die Wahlentscheidung zugunsten der PDS (nur Ostdeutschland)



Lesehilfe: Von den Befragten mit niedriger Bildung und ausgeprägter DDR-Nostalgie wählen 21 Prozent die PDS (2. Kästchen von links auf der 3. Ebene). Diese Gruppe macht 49 Prozent aller PDS-Wähler aus. Befragte mit hoher Bildung und DDR-Nostalgie hingegen wählen zu 45 Prozent die PDS (4. Kästchen von links auf der 3. Ebene). Diese Gruppe macht 41 Prozent aller PDS-Wähler aus. Sieht man nun in der Betrachtung vom Merkmal Bildung ab, so heißt dies, daß 90 Prozent aller PDS-Wähler DDR-Nostalgiker sind.

Anmerkung: Um eine einigermaßen gleichmäßige Besetzung der Kontrastgruppen auf der letzten Ebene des Baumes zu erreichen, wurden (anders als in Abb. 9) Befragte, die auf das Statement „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten“ mit „teils/teils“ antworteten, als DDR-Nostalgiker eingestuft.

Quelle: Eigene Darstellung.

gangsystems die Wahrnehmungen und Einschätzungen des einzelnen prägt und auf diesem Wege sein politisches Handeln mitbestimmt.

VII. Die Überlagerung der Einflußfaktoren im Kontrastgruppenvergleich

Wir wollen zum Abschluß ein Erklärungsmodell vorstellen, in das einerseits der wichtigste von uns ermittelte Sozialfaktor, die formale Bildung, und

andererseits einige signifikant mit der PDS-Wahl zusammenhängende Einflüsse auf der Einstellungsebene eingehen. Hierbei handelt es sich um das Gefühl, die DDR habe mehr gute als schlechte Seiten gehabt („DDR-Nostalgie“), den Eindruck, man werde von der Gesellschaft sozial benachteiligt („Benachteiligung“) und die im vorangegangenen Abschnitt vorgestellte Sozialismusskala (allerdings ohne das Merkmal „DDR-Nostalgie“). Die Überlagerung dieser Faktoren wird in Form eines sogenannten Kontrastgruppenvergleichs dargestellt. Dabei werden die Befragten in mehreren aufeinanderfolgenden Schritten in immer homogenere Merkmalsklassen eingeordnet. In den Käst-

chen von Abbildung 12 werden zwei Arten von Informationen wiedergegeben: Die jeweils *erste* Zahl informiert über den Prozentsatz der PDS-Wähler innerhalb der entsprechenden Kontrastgruppe (so wählen 31 Prozent der formal höher Gebildeten, aber nur 15 Prozent der formal weniger Gebildeten PDS); die jeweils *zweite* Zahl gibt Auskunft über den Anteil der Befragten mit der entsprechenden Merkmalskombination innerhalb der PDS-Wählerschaft (z. B. besitzen trotz der sehr viel größeren Affinität der Höhergebildeten zur PDS nur 47 Prozent der PDS-Wähler Abitur oder einen Hochschulabschluß, 53 Prozent dagegen weisen maximal einen Realschulabschluß auf, da es auch in den neuen Bundesländern weitaus mehr Wahlberechtigte mit Haupt- oder Realschulabschluß als mit Abitur oder Hochschulexamen gibt).

Die Auszählung zeigt, daß 90 Prozent der PDS-Wähler der alten DDR mehr gute als schlechte Seiten zubilligen, daß sich 51 Prozent von der Gesellschaft sozial benachteiligt fühlen und daß rund drei Viertel mehr oder minder stark einer sozialistischen Ideologie anhängen. Bei den höhergebildeten PDS-Anhängern sind es sogar 85 Prozent „Ideologen“. Ferner belegt Abbildung 12, daß jeder der vier Einflußfaktoren auf die PDS-Wahl einen von den anderen unabhängigen Effekt ausübt. Insbesondere der Bildungsfaktor „schlägt“ durch alle Einstellungskombinationen durch. Von Höhergebildeten, die an der DDR mehr gute als schlechte Seiten sehen, sich sozial benachteiligt fühlen und mindestens drei der fünf Aussagen der Sozialismusskala zustimmen, haben 65 Prozent die PDS gewählt, von den Niedrigergebildeten mit genau der gleichen Einstellungskombination dagegen „nur“ 35 Prozent. Aber auch der Indikator „DDR-Nostalgie“ steigert die Wahl der PDS noch einmal beträchtlich: bei den weniger Gebildeten um 17 Prozentpunkte von 4 auf 21 Prozent, bei den Höhergebildeten sogar um 37 Prozentpunkte

von 8 auf 45 Prozent. Von kaum geringerer Bedeutung ist der Effekt des Gefühls sozialer Benachteiligung und des Faktors „Sozialismus“. Die weiterführende statistische Analyse zeigt, daß die „sozialistische Ideologie“ dabei vergleichsweise stärker zur Erklärung der PDS-Wahl beiträgt als die Faktoren „Nostalgie“ und „Benachteiligung“ und daß die Bildung über alle Merkmalskonstellationen hinweg einen eigenständigen Einfluß auf die PDS-Wahl ausübt, der selbst dann noch erhalten bleibt, wenn man weitere Merkmale wie das Institutionenvertrauen, die Politikverdrossenheit oder die frühere und heutige Beschäftigung im öffentlichen Dienst in das Erklärungsmodell mit einbezieht¹¹. Wir interpretieren dies als Hinweis auf einen gewissen Sozialisationserfolg der alten DDR, der selbst jenseits von sozialistischer Weltanschauung und Ideologie zu wirken scheint und naturgemäß bei denjenigen am stärksten wirkt, die in ihrer Bildungskarriere am längsten diesem Einfluß ausgesetzt waren (und auch am meisten von ihm profitierten).

Als Fazit bleibt festzuhalten, daß die Wahl der PDS 1994 von einer Vielzahl von Faktoren beeinflußt worden ist, die weniger objektiver als subjektiver Natur zu sein scheinen. Wer formal hochgebildet ist, der alten DDR eher positiv als negativ gegenübersteht, sich sozial von der Gesellschaft der Bundesrepublik in irgendeiner Weise benachteiligt fühlt, negative Wahrnehmungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft besitzt und zumindest einige Kernaussagen des Sozialismus bejaht, erscheint nach unseren Ergebnissen geradezu prädestiniert für die Wahl der PDS. Insofern sind die Motive der PDS-Wähler der Bundestagswahl 1994 in der Tat durch eine Mischung aus Ideologie, Nostalgie und Protest gekennzeichnet.

11 Die Überprüfung dieser und einer Vielzahl weiterer, alternativer Erklärungsmodelle erfolgte mit Hilfe des statistischen Verfahrens der logistischen Regression.

Nichtwähler 1994

Eine Analyse der Bundestagswahl 1994

I. Mobilisierungskampagnen und ihre begrenzten Effekte

„Wahlen '94: Alle reden davon – ich gehe hin.“ Unter dem Motto „Gemeinsam für Demokratie“ hatten sich über 200 Prominente aus Kultur, Showbusiness, Sport, Publizistik, Verbänden und Gewerkschaften an dieser Kampagne auf Initiative des Deutschen Bundestags beteiligt und als Identifikationsfiguren honorarfrei für den demokratischen Zweck hoher Wahlteilnahme geworben. Sie traten in Anzeigen, auf Plakaten, in Kino-, Radio- und TV-Spots auf. Zudem wurden die Medien von den Initiatoren der Kampagne zu entsprechenden redaktionellen Beiträgen motiviert. Im ganzen soll der so erzeugte Gegenwert der Aktion zur Stimulierung der Wahlbeteiligung ein Mediavolumen von über 20 Mio. DM dargestellt haben¹. Gemessen an den 132 Mio. DM staatlicher Wahlkampf-kostenerstattung, die den Parteien 1994 nach der Bundestagswahl, der Europawahl und den Wahlen zu den acht Landtagswahlen zustehen, ist dies ein schöner Brocken kostenloser Werbung².

Was hat das Engagement der populären Vorbilder für die formaldemokratische Teilnahme im Wahljahr 1994 bewirkt? Betrachtet man nur die Wahlgänge zu den Landtagen, zum Europaparlament und zum Bundestag, läßt also die Kommunalwahlen des Jahres 1994 außer acht, so ist das Resümee schnell gezogen (vgl. Tabelle 1): Das ‚Jahr der Demokratie‘, mit seinem Wechselspiel zwischen den verschiedenen Wahlebenen hat keine Wende im Wahlengagement der Bürger/Innen gebracht. Im Osten, insbesondere bei den dortigen Landtagswahlen, die nicht zugleich mit der Bundestagswahl stattfanden, wurden Tiefstände der Wahlbeteiligung beobachtet, die amerikanischen Maßstäben entsprechen; auf deutschem Boden gibt es zu so

geringem Wahleifer wie 1994 kaum historische Parallelen. In der Weimarer Zeit lag die Wahlbeteiligung bei Reichstagswahlen nie unter 75 Prozent, im Kaiserreich davor wurde sie nur zweimal, 1871 und 1881, unter 60 Prozent registriert³.

1. Indizien für den Wandel im Parteiensystem, verschärft durch den Ost-West-Gegensatz

Was die wohlgemeinte Mobilisierungskampagne der Prominenten nicht vermochte, hat auch das hochkonzentrierte Wahljahr 1994 unter dem dramatisierenden Druck einer möglichen Richtungsentscheidung nicht geschafft, obwohl 53 Prozent der Wahlbevölkerung tatsächlich davon überzeugt waren, es ginge am 16. Oktober um eine weichenstellende Entscheidung⁴.

Die in der vielfältigen Analyse zur Krise des Parteiensystems bisher zusammengetragenen Indizien, wonach sich das westdeutsche Parteiengefüge in einem tiefgreifenden Wandlungsprozeß befindet, wurden nicht widerlegt, im Gegenteil; zentrifugale Kräfte auf dem Wählermarkt und starker Rückgang der Wahlbeteiligung spiegeln auch 1994 die nachlassende Bindungsfähigkeit des Parteiensystems gegenüber einer sich mehr und mehr ausdifferenzierenden Gesellschaft. Unterschiedliche Lebensstile und moderne Arbeitswelten werden für die politische Orientierung maßgeblicher als traditionelle Zugehörigkeit zu Schichten und Klassen oder soziokulturellen Milieus, die das alte Parteiensystem sozial konstituiert und lange Zeit als dessen Säulen gedient haben⁵.

Zugleich stößt inzwischen der Import des westdeutschen Parteiensystems, 1990 scheinbar unaufhaltsam und organisch Prämisse und Bestandteil des deutschen Vereinigungsprozesses, auf ostdeutsche Ablehnung. Mit Ausnahme der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt, der ersten in der ostdeutschen

3 Vgl. Michael Eilfort, Die Nichtwähler. Wahlenthaltung als Form des Wahlverhaltens, Paderborn 1994, S. 44 ff.

4 Vgl. infas-Repräsentativerhebung, Oktober 1994, 2 500 Fälle.

5 Vgl. Hans-Georg Betz, Krise oder Wandel? Zur Zukunft der Politik in der postindustriellen Moderne, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/93, S. 3–13.

1 Vgl. IPR & O/PURCOM CORPORATE & PR, „Gemeinsam für Demokratie“. Eine Initiative des Deutschen Bundestages. Dokumentation der Kampagne, Oktober 1994.

2 Vgl. „Parteien erhalten 132 Millionen Mark vom Staat“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. November 1994, S. 2.

Tabelle 1: Wahlbeteiligung 1994 (in Prozent)

Wahltag	Landtagswahl	Wahlbeteiligung	Differenz gegenüber Vorwahl
13. März	Niedersachsen	73,8	- 0,8
12. Juni	Europawahl	60,0	- 2,3 ¹
26. Juni	Sachsen-Anhalt	54,8	-10,3
11. Sept.	Sachsen	58,4	-14,4
11. Sept.	Brandenburg	56,3	-10,8
25. Sept.	Bayern	67,8	+ 1,9
16. Oktober	Mecklenburg-Vorpommern	72,9	+ 8,2
16. Oktober	Thüringen	74,8	+ 3,1
16. Oktober	Saarland	83,5	+ 0,3
16. Oktober	Bundestagswahl	79,0	+ 1,2

1 Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet ohne Berlin-West

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1994.

Wahlserie, erwählten alle vier übrigen neuen Bundesländer gegen westdeutsche Vorbilder jeweils ein Drei-Parteien-System, bestehend aus CDU, SPD und PDS. Nur in Sachsen blieb es bei einer CDU-Mehrheit, ansonsten geben überall die Stimmen für die Linksparteien SPD und PDS rechnerisch den Ton an.

Zwar setzten sich in den neuen Ländern die Bündnis-Grünen bei der Bundestagswahl als weitere, als vierte Partei durch, aber als Oppositionspartei sind sie von der PDS weit an den Rand gedrängt worden. Deren Bindungsfähigkeit gegenüber bestimmten, DDR-verhafteten Milieus analysiert Rainer-Olaf Schultze als Ausdruck eines doppelten Konflikts: Zum einen gibt es eine Differenz zwischen Zentrum (Berlin, die alten Bezirkshauptstädte und NVA-Standorte) und Peripherie innerhalb der ehemaligen DDR, wodurch die Nähe zur PDS heute unterschiedlich beeinflusst wird und was sich in einem gewissen Nord-Süd-Gefälle niederschlägt. Zugleich spiegelt sich in der PDS-Wahl auch ein Konflikt zwischen Ost- und Westdeutschland: Die außerordentlichen sozio-ökonomischen Disparitäten zwischen den beiden Teilen Deutschlands gerinnen zu soziostrukturellen Unterschieden⁶. Der Konflikt speist sich zudem psychologisch aus der Mentalität von Siegern und Besiegten im Wettkampf der ehemals antagonistischen Systeme von Kapitalismus und Kommunismus. Für die Unterlegenen ist dies eine depressive und verletzende

Erfahrung wie jeder Verlust. Sie haben den Untergang der DDR samt ihren Werten erlebt und als Folge das Gefühl verarbeiten müssen, wie die eigene Biographie, ob systembeteiligt oder nicht, entwertet wurde.

Der Import des westdeutschen Parteiensystems in die ehemalige DDR mit seiner kurzfristigen Erfolgsbilanz entpuppt sich nun dialektisch als eine gedankenlos westzentrierte Strategie, die nicht bloß am Sentiment ostdeutscher Identität abprallt, sondern auch die Stärkung der PDS als ostdeutscher Regionalpartei gefördert hat. Die Ergebnisse der Bundestagswahl 1994 zeigen: Die politischen Kulturen in Ost- und Westdeutschland driften auseinander, und indirekt gewinnt dadurch die Entwicklung im Osten Einfluß auf das westdeutsche Parteiensystem. Die gegenwärtige Schwäche der FDP und die Öffnung der Union gegenüber den Grünen durch die gemeinsame Wahl von Antje Vollmer zur Bundestagsvizepräsidentin beschleunigten zusätzlich das Tempo dieser Entwicklung.

2. Indizien für die Krise konventioneller politischer Beteiligung

Nach Abschluß des Superwahljahres 1994 steht das deutsche Parteiensystem auch weiterhin unter Druck – nicht bloß durch die veränderte Parteienlandschaft mit dem neuen Ost-West-Gegensatz, vor allem auch durch die selbst bei einer nationalen Wahl nachlassende bzw. geringe Bereitschaft des Wahlvolks, sich an Wahlen zu beteiligen. Es stellt damit – im Osten noch mehr als im Westen –

6 Vgl. Rainer-Olaf Schultze, Aus Anlaß des Superwahljahres: Nachdenken über Konzepte und Ergebnisse der Wahlsoziologie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl.), (1994)3, S. 472–495.

den formalen Modus der Interessenvermittlung durch Wählerauftrag an die Parteien in Frage, die eigentliche Legitimation für deren Handeln, wollen sie nicht wie manche Elite-Theoretiker am Ende mit einer „Demokratie ohne Volk“ dastehen. Rainer-Olaf Schultze resümiert die Ergebnisse der jüngeren Wahlsoziologie mit folgender Feststellung: „Der Wähler – daran besteht kein Zweifel – ist mobiler geworden; er handelt politisch bewußter und begegnet den repräsentativ-demokratischen Institutionen und Formen politischer Partizipation mit wachsender Skepsis.“⁷

Die nachlassende Wahlbeteiligung ist aus dieser Sicht Zeichen eines sich verstärkenden Trends, unter dessen Einfluß sich die Politik aus der Sphäre des Staates in die Zivilgesellschaft zurückverlagert, zu der auch die Arbeitswelt mit ihrem Angebot an Selbstverwirklichungsmöglichkeiten zählt, die aber nicht allen gleichermaßen offenstehen. Ohnmacht und Frustration, daß „das Gewicht der Stimme“⁸ oder überhaupt das Gewicht der Person nicht zählt, stehen als Ergebnis allgemeinen Wertewandels gegen den Wunsch nach mehr Einfluß, nach mehr Mit- und Selbstbestimmung. Nicht Beteiligung entlang der alten konventionellen Wahlnormen ist der Schlüssel zur Überwindung der Verweigerung, sondern qualifizierte, subjektnähere Beteiligung auf allen Ebenen.

Unter diesem Blickwinkel ist der Rückgang der Wahlbeteiligung in Deutschland sicher ein Stück weit Anpassung an internationale Demokratie-Standards, er legt in seinen Strukturen aber auch Symptome einer schwelenden Legitimitätskrise der bisher akzeptierten Stellvertreter-Demokratie frei⁹. Dies mag in noch stärkerem Maße für die in Demokratie ungeübten Bürger/Innen in Ostdeutschland gelten, die offenbar manche Illusion über das, was Demokratie zu leisten vermag, verloren haben und nun nach Jahren der Pseudowahlen mit entsprechendem Zwangscharakter vom Recht zur Verweigerung reichlich Gebrauch machen. Auf jeden Fall weit häufiger, als sie den Schritt ins PDS-Lager tun. Der Dissens in Politik und Gesellschaft, den der Prozeß der Einheit auslöst, hat sich demnach vor allem durch Nichtwählen artikuliert.

7 Ebd., S. 494.

8 Uwe Koch, *Das Gewicht der Stimme. Die Verteidigung des Nichtwählers*, Nördlingen 1994.

9 Vgl. Dieter Roth, *Sinkende Wahlbeteiligung – eher Normalisierung als Krisensymptom* und Ursula Feist, *Niedrige Wahlbeteiligung – Normalisierung oder Krisensymptom der Demokratie in Deutschland?*, in: Karl Starzacher u.a. (Hrsg.), *Protestwähler und Wahlverweigerer. Krise der Demokratie?*, Köln 1992.

3. Einflußfaktoren auf die Wahlbeteiligung

Nichtwählen ist keineswegs hinreichend erklärbar durch geringes politisches Interesse, was in sich selbst auch pure Tautologie wäre. Es ist nicht bloß Resultat fehlender Dramatik im Wahlkampf¹⁰ oder allein verursacht durch Verdrossenheit und Mißtrauen gegenüber der politischen Klasse, durch Zweifel an deren Kompetenz. Denn widersprüchlich genug: Das politische Interesse ist in Westdeutschland im Laufe der Jahrzehnte trotz sinkender Wählerzahlen stetig gewachsen, von knapp unter 30 Prozent Anfang der fünfziger Jahre auf nahezu 60 Prozent 1993¹¹. In den frühen Jahren der Bonner Republik war die Wahlnorm offenbar allgemein verbindlicher. Es müssen recht viele als brave Untertanen, wie amerikanische Forscher damals das Demokratieverständnis der Deutschen charakterisierten, wählen gegangen sein ohne besonders großes Interesse an Politik. Heute wird Wählen nicht mehr generell als Pflicht empfunden, da ist der Zusammenhang möglicherweise eher umgekehrt. Politischer Zynismus, also Zweifel und Mißtrauen, ist im übrigen kein neues Phänomen. Schon in den vierziger Jahren wurden in Amerika entsprechende Meßinstrumente entwickelt. Für das Sinken der Wahlbeteiligung in den letzten Jahren muß es also auch andere Ursachen geben.

Was die Wahlteilnahme wesentlich beeinflußt, haben unter anderen Jürgen W. Falter und Siegfried Schumann systematisch untersucht. Sie bestätigen die bedeutsame Rolle von Faktoren wie Alter, sozio-strukturelles Umfeld des Lebensraums von Wahlberechtigten, historische Tradition von Wahlgebieten, etwa die Parteihochburgen, schließlich aber auch die heute zunehmend bedeutsamere, rationale Entscheidung, aus Unzufriedenheit mit dem Lauf der Politik die Stimme zu verweigern¹². Die Forschung unterscheidet zudem traditionelle und moderne Typen von Nichtwählern. Zu den klassischen Nichtwählern zählen zunächst die „unechten“, die aus technischen Gründen gar nicht

10 So hatten laut einer infas-Befragung vor der Bundestagswahl 1994 49 Prozent aller westdeutschen Wahlberechtigten und ein nahezu ebenso großer Anteil der bekennenden Nichtwähler, 52 Prozent, den Wahlkampf als langweilig bezeichnet. In Ostdeutschland waren die Unterschiede etwas prägnanter: Dort empfanden 45 Prozent der Wahlberechtigten den Wahlkampf als spannungslos; weit mehr, nämlich 57 Prozent der bekennenden Nichtwähler, nahmen die Wahlkampagne in dieser Weise wahr.

11 Vgl. Wilhelm Bürklin, *Verändertes Wahlverhalten und der Wandel der politischen Kultur*, in: ders./Dieter Roth (Hrsg.), *Das Superwahljahr. Deutschland vor unkalkulierbaren Regierungsmehrheiten*, Köln 1994.

12 Vgl. Jürgen W. Falter/Siegfried Schumann, *Nichtwahl und Protestwahl: Zwei Seiten einer Medaille*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/93, S. 36–49.

an der Wahl teilnehmen können. „Dauer-Nichtwähler“ verweigern sich aus grundsätzlichen Erwägungen, oftmals aus politischen oder weltanschaulichen Gründen. Beide Gruppen sind für die Parteien nahezu unerreichbar. Variabel ist die dritte Gruppe, die der „konjunkturellen Nichtwähler“. Ihre Zahl wechselt mit den Wahlebenen, sie ist zudem im Laufe der letzten Jahre dramatisch gestiegen. Mutmaßliche Motive sind Protest aus aktuellem Anlaß, Zweifel am Sinn des Wählens, neue Identität vor allem bei (jungen) Frauen, radikaler Individualismus mit entsprechendem Kosten-Nutzen-Kalkül.

Die Wahlbeteiligung hängt schließlich auch von der Bedeutungshierarchie der verschiedenen Wahlleben ab; trotz der allgemein niedrigen Wahlbeteiligung war dies auch 1994 der Fall. Zur Hauptwahl, nämlich zur Bundestagswahl am 16. Oktober, lag die Wahlbeteiligung rund gerechnet maximal zwischen 17 Punkten im Osten (Sachsen-Anhalt) und 12 Punkten im Westen (Bayern) höher als bei der davon abgekoppelten Landtagswahl, die damit eher den Charakter von Nebenwahlen hatten.

Haupt- und Nebenwahlen produzieren eine unterschiedliche Mobilisierung. Das Bonner Regierungslager hat es bisher, so auch 1994 wieder, stets geschafft, seine Anhänger, die in den Zwischenwahlen zu Hause blieben – sei es aus Unzufriedenheit, sei es aus wohlwollender Gleichgültigkeit –, bei Bundestagswahlen erneut an die Urnen zu bringen. Trotz gestiegener Nichtwählerzahlen als Indiz für abgeschwächte Legitimation der politisch Handelnden hat dieser Mobilisierungsmechanismus bisher einen Machtwechsel durch Wahlen in Bonn verhindert. Der von einer Bundestagswahl über die Zwischenwahlen zur nächsten Bundestagswahl ablaufende Mobilisierungsvorgang läßt sich als eine U-Kurve charakterisieren. Früher gehörte zu dieser Regel, daß die größte Bonner Oppositionspartei in den Zwischenwahlen von der niedrigeren Wahlbeteiligung und einem gegen die Bonner Regierungsparteien gerichteten Denkkzettel profitierte. In der Wahlperiode 1990–1994 stärkten sich durch diesen Mechanismus dagegen eher die kleinen Parteien, mit Ausnahme der FDP. Im Endspurt des Wahljahres 1994 hat aber die SPD, nicht nur im Westen, dieses Mobilisierungsdefizit auffüllen können.

Nachfolgend wird anhand der Wahlstatistiken das Volumen der Wahlverweigerung in Ost und West dokumentiert; aufgrund von Modellrechnungen zur Wählerwanderung werden die Effekte der Mobilisierungsstärken und -schwächen für die Parteien beschrieben. Mit dem Blick auf regionale Unterschiede in der Wahlbeteiligung richtet sich das

Interesse auf soziostrukturelle Faktoren, die die Wahlenthaltung beeinflussen. In diesem Zusammenhang wird das Ergebnis einer Segmentationsanalyse der 328 Wahlkreise, getrennt nach Ost und West, vorgestellt und ergänzt um eine entsprechende Segmentationsanalyse der Nichtwähler, die sich in Vorwahlbefragungen zur Wahlenthaltung bekannt haben oder unentschlossen waren. Schließlich werden die möglichen Motive von Nichtwählern näher beleuchtet.

II. Volumen der Nichtwähler und Effekte für die Parteien

1. Größenordnungen der Nichtwähler

Gemessen an der Spitzenmobilisierung – in Westdeutschland war dies die Bundestagswahl 1972 mit der Entscheidung für den Kanzlerkandidaten der SPD Willy Brandt, im Osten war dies die erste und einzige freie Volkskammerwahl der DDR im März 1990 – ist die Wahlbeteiligung 1994 wie schon 1990 dramatisch niedrig. Im Westen steht dahinter eine langfristige Erosion, begleitet von der nachlassenden Bindungsfähigkeit der beiden großen Volksparteien. In Ostdeutschland war die hohe Mobilisierung wenige Wochen nach Vollzug der Einheit, also ganz kurzfristig binnen eines Jahres, auf ein mittleres Maß geschrumpft, und dieser Abwärtstrend kam auch 1994 nicht zum Stillstand. Während in den alten Ländern die Wahlbeteiligung 1994 immerhin moderat um 1,9 Punkte anstieg, fiel sie in den neuen Bundesländern, schon 1990 deutlich unter dem Niveau des Westens, um eben die gleiche Punktzahl noch weiter zurück. Im Osten betrug so die Zahl der Nichtwähler 1994 ein gutes Viertel, im Westen knapp ein Fünftel (vgl. Tabelle 2).

Natürlich kann keine Demokratie-Theorie festlegen, welche Höhe an Wahlbeteiligung optimal für ein Gemeinwesen wäre. Eine totale Mobilisierung muß ebenso Skepsis hervorrufen wie ein extrem geringes Engagement, das etwa bei russischen Regionalwahlen zu beobachten war. Obwohl dort das Quorum für die Gültigkeit der Wahl mit 25 Prozent Wahlbeteiligung extrem niedrig angesetzt ist – in Ungarn legte man beispielsweise die Grenze bei 50 Prozent fest –, kam es in Rußland als Indiz für die aufgelöste politische Struktur, die in der Demokratie noch keinen rechten Neuanfang gefunden hat, zu einer Reihe von ungültigen Wahlen. Gemessen an der politischen Kultur Westdeutschlands zieht der Wahlsoziologe Rainer-Olaf Schultze zur Frage

Tabelle 2: Wahlteilnahme bei nationalen Wahlen

	Wahl- berechtigte	Wähler		Nichtwähler	
		Abs.	Prozent	Abs.	Prozent
1972					
Früheres Bundesgebiet	41 446 302	37 761 589	91,1	3 684 713	8,9
1990					
Volkskammer- wahl DDR	12 426 443	11 604 418	93,4	822 025	6,6
1990					
Insgesamt	60 436 560	46 995 915	77,8	13 440 645	22,2
Ost	12 303 512	9 163 454	74,5	3 140 058	25,5
West	48 133 048	37 832 461	78,6	10 300 587	21,4
1994					
Insgesamt	60 452 009	47 737 999	79,0	12 714 010	21,0
Ost	11 989 205	8 708 496	72,6	3 280 709	27,4
West	48 462 804	39 029 503	80,5	9 433 301	19,5

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, Endgültige Ergebnisse, November 1994; infas-Wahlberichterstattung zur Volkskammerwahl.

der Höhe von Wahlbeteiligung folgendes Resümee: „Eine Beteiligung von um oder gar unter 50 Prozent der Wahlberechtigten, wie bei der Europawahl, aber auch bei einigen Landtagswahlen der letzten Jahre in den jüngeren Altersgruppen, muß ein Warnsignal sein. Schlägt nämlich die kurzfristige Wahlenthaltung in dauerhafte politische Apathie, insbesondere in der jüngeren Generation, um, führt dies zu nachhaltigen Legitimationsproblemen für das politische System, die sicherlich schwerwiegender sein werden als die von den Konservativen als Folge gesteigener Partizipation beschworenen Regierbarkeitsprobleme.“¹³

Die Tendenzen zur politischen Desintegration sind also im Osten, dem im Einheitsprozeß das größere Maß an Anpassung abverlangt wird, sichtlich virulenter. Andererseits haben die harten sozialen und finanziellen Opfer, die von beiden Seiten für die Einheit zu tragen sind, den Trend in die politische Verweigerung seit 1990 nicht dramatisch verschärft, so wenig wie sie am 16. Oktober dem Rechtsradikalismus eine wirkungsvolle Plattform boten.

Schon 1990 stellten die Nichtwähler die drittgrößte Formation unter den Wahlberechtigten – ein Sammelbecken, das somit größer ausfiel als die Zahl der Stimmen für alle kleinen Parteien zusammen. Dies wiederholte sich auch 1994. Die Nichtwähler

als eine Art „Volkspartei“ zu bezeichnen trifft zumindest dem Volumen nach einen richtigen Kern. Im Unterschied zu den Volksparteien braucht sich das Lager der Nichtwähler wohl nicht um seinen Bestand zu sorgen.

Keine der großen Volksparteien, weder die stärkere Union, noch die schwächere SPD, hat 1994 noch ein Drittel der Wahlberechtigten hinter sich (vgl. Tabelle 3). Die Front der Verweigerer, von denen sie kein Mandat zur Interessenvermittlung erhalten haben, bekommen sie einstweilen aber nur an ihren Finanzen zu spüren. Bei der Wahlkampfkostenerstattung ist nach jüngstem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Zahl der Wähler zu berücksichtigen und nicht wie bisher die Umlage auf die Zahl der Wahlberechtigten.

2. Effekte der Mobilisierung für die Parteien

Die unterschiedliche Tendenz in Ost und West, hier Zunahme der Nichtwähler, dort Rückgang, hat sich auf die Parteien in bedeutsamer Weise ausgewirkt: für die FDP nachteilig in beiden Wahlgebieten, für SPD und PDS hier wie dort zum Vorteil, während für die Union, auch für Bündnis-Grüne wie für die anderen Parteien gegensätzliche und damit gemischte Effekte zu verzeichnen waren. Welche Größenordnungen dies im einzelnen angenommen hat, dokumentiert Tabelle 4.

Die FDP wurde in beiden Wahlgebieten durch den Trend in die Wahlenthaltung dezimiert, dabei

¹³ R.-O. Schultze (Anm. 6), S. 483.

Tabelle 3: Zweitstimmenanteile bei den Bundestagswahlen 1994 und 1990

	Bundestagswahl 1994		Bundestagswahl 1990	
	Absolute Zahlen	Prozent	Absolute Zahlen	Prozent
Wahlberechtigte	60 452 009	100,0	60 436 560	100,0
Nichtwähler	12 714 010	21,0	13 440 645	22,2
Wähler, Wahlbeteiligung	47 737 999	79,0	46 995 915	77,8
Ungültige Stimmen	632 825	1,0	540 143	0,9
Gültige Stimmen	47 105 174	78,0	46 455 772	76,9
1. Basis: Wahlberechtigte				
Stimmen und Anteile				
CDU/CSU	19 517 156	32,3	20 358 096	33,7
SPD	17 140 354	28,4	15 545 366	25,7
FDP	3 258 407	5,4	5 123 233	8,5
B 90/Grüne	3 424 315	5,7	1 788 200	3,0
PDS	2 066 176	3,4	1 129 578	1,9
Andere	1 698 766	2,8	2 511 299	4,2
Gültige Stimmen	47 105 174	78,0	46 455 772	76,9
2. Basis: Gültige Stimmen				
Stimmen und Anteile				
CDU/CSU	19 517 156	41,5	20 358 096	43,8
SPD	17 140 354	36,4	15 545 366	33,5
FDP	3 258 407	6,9	5 123 233	11,0
B 90/Grüne	3 424 315	7,3	1 788 200	3,8
PDS	2 066 176	4,4	1 129 578	2,4
Andere	1 698 766	3,5	2 511 299	5,4
Gültige Stimmen	47 105 174	100,0	46 455 772	99,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, Endgültige Ergebnisse, Wiesbaden, November 1994.

Tabelle 4: Bundestagswahl 1994: Saldiertes Nichtwählerkonto

	Ost	West
Mobilisierung (+) bzw. Verluste durch Wahlenthaltung (-) für ...		
CDU/CSU	- 65 000	+ 240 000
SPD	+ 115 000	+ 350 000
FDP	- 190 000	- 150 000
B 90/Grüne	- 65 000	+ 230 000
PDS	+ 110 000	+ 35 000
Andere	- 30 000	+ 55 000
Saldo der Parteienmobilisierung	- 125 000	+ 760 000

Quelle: infas-Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD.

überproportional stark im Osten, wo sie 1990 als Mit-Architektin der Einheit besonders honoriert worden war. Die Union konnte im Westen aus dem Nichtwählerlager aktivieren und damit die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche U-Kurven-Mobilisierung schaffen. Ihre Richtungskampagne, deren wichtigstes Versatzstück in der Dramatisierung der „Roten Socken“ bestand, hatte in den alten Ländern antikommunistische Affekte revitalisiert und entsprechend sich dort für die Union positiv ausgewirkt. Im Osten dagegen schien diese Kampagne eher kontraproduktiv. Jedenfalls speiste die CDU hier aus ihrem bisherigen Stimmen-Reservoir die Abwanderung ins Lager desillusionierter Nichtwähler. Ähnlich wie der Union erging es Bündnis '90/Die Grünen, die als Partei kein konsistentes Ost-West-Profil aufzubieten hatten.

Die ostdeutsche Anti-Regierungsstimmung schlug für SPD wie PDS positiv zu Buche. Der SPD gelang es – noch erfolgreicher im Westen als im Osten –, die Zahl der Nichtwähler von 1990 zu reduzieren und große Teile dieser Gruppe diesmal für sich zu gewinnen. Nur die PDS tat es ihr gleich, wobei die Nichtwähler-Mobilisierung der PDS in Ostdeutschland nahe an das entsprechende Volumen, das die Sozialdemokraten aktivierten, heranreichte. Dies unterstreicht die besondere Konkurrenzsituation der beiden Parteien in den neuen Bundesländern.

3. Regionale Struktur der Wahlenthaltung

Mehr denn je haben sich 1994 die Ländergrenzen als sozio-kulturelle Schwellen erwiesen, von denen ein bestimmtes Maß an Mobilisierung ausgeht. Neben dem schon erwähnten Ost-West-Gefälle in der Wahlbeteiligung ist eine Nord-Süd-Achse zu beobachten, nur durchbrochen von der aus dem Nord-Süd-Schema ausscherehenden Reaktion der Stadtstaaten Bremen, Hamburg und auch Berlin. Hier war die Wahlbeteiligung mit Werten unter 80 Prozent ähnlich der im Süden gewesen. Bayern und Baden-Württemberg gehören traditionell zu jenen Regionen mit schwacher Wahlbeteiligung. Ein plausibles Erklärungsraster führt dies auf den Umstand zurück, daß in jenen Gebieten, in denen sich hegemonial die Vormachtstellung einer Partei herausgebildet und über lange Zeit gehalten hat, die Wahlnormen mangels effektiven Parteienwettbewerbs unterentwickelt blieben, ein politisch-kulturelles Moment, das über lange Zeit fortbestehen kann.

Das Saarland und West-Berlin sind die einzigen Westgebiete, in denen 1994 die Wahlbeteiligung rückläufig war. Zu erinnern ist daran, daß am 16. Oktober im Saarland zusammen mit der Bun-

destagswahl auch Landtagswahlen abgehalten wurden: eine doppelte Motivation zu wählen, die aber offenbar ausblieb. Andererseits zählt das Saarland seit jeher zu den mobilisierungsstärksten Bundesländern, und diesem Ruf blieb es auch 1994 treu. In West-Berlin sackten die Bonner Regierungsparteien besonders ab, mangelnde Wahlbeteiligung verschärfte diesen Trend.

Umgekehrt war in Mecklenburg-Vorpommern, wo ebenfalls wie im Saarland und in Thüringen zusammen mit der Bundestagswahl Landtagswahlen stattfanden, ein besonderer Mobilisierungssog zu verspüren. Im Nord-Osten stieg als einzigem der neuen Bundesländer die Wahlbeteiligung an. Etwas von diesem Mobilisierungsdruck war wohl auch in Thüringen zu erkennen, das am Ende die höchste Beteiligungsquote aller ostdeutschen Länder aufwies (vgl. Tabelle 5).

Eine Segmentationsanalyse der 328 Wahlkreise, getrennt vorgenommen nach Ost und West, bestätigt im wesentlichen die dominante Erklärungskraft der Ländergrenzen¹⁴. In der Analyse werden homogene Gruppen gebildet, die in sich ein ähnliches Verhalten in bezug auf die Wahlbeteiligung aufweisen. Untereinander sollten die Gruppen diskrepant sein. Dies ermöglicht, trennende Erklärungsgrößen zu bestimmen.

Für den Westen haben zur Erklärung des Anteils der Wahlbeteiligung 1994 die Bundesländer in Kombination mit dem Faktor Stadt/Land sowie der landwirtschaftlichen Nutzung die statistisch signifikanteste Bedeutung. Die Spanne der Kontraste liegt zwischen 29,5 Prozent Nichtwählern im landwirtschaftlichen Raum Bayerns und 17,5 Prozent in den eher ländlichen Wahlkreisen der Bundesländer Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

In Ostdeutschland einschließlich ganz Berlins übernehmen die Bundesländer nicht eine so erklärungskräftige Rolle wie in Westdeutschland, ausschlaggebender ist hier die Höhe des PDS- sowie des CDU-Anteils. Dort kontrastieren die Wahlkreisgruppen mit dem höchsten und niedrigsten Anteil an Nichtwählern zwischen 28,8 Prozent (45 eher städtisch geprägte Wahlkreise, in denen die PDS mittlere Anteile zwischen 15 und 24 Prozent aufweist, die CDU auf eher unterdurchschnittliche Resultate kam) und 18,4 Prozent (fünf Wahlkreise in West-Berlin, in denen die PDS nur eine Randrolle spielt, die CDU aber überdurchschnittlich verlor).

14 Die Analyse wurde mit dem Programm CARTWIN erstellt.

Tabelle 5: Bundestagswahl 1994: Wahlbeteiligung

	Anteil in Prozent	Differenz gegenüber 1990
Deutschland	79,0	+1,2
Ostdeutschland	73,6	-1,9
Westdeutschland	80,2	+1,7
Berlin	78,7	-1,9
Ost-Berlin	77,3	+1,3
West-Berlin	79,6	-3,8
Ostdeutschland		
Sachsen-Anhalt	70,6	-1,6
Brandenburg	71,8	-1,9
Sachsen	72,0	-4,2
Mecklenburg-Vorpommern	73,0	+2,1
Thüringen	75,5	-0,8
Westdeutschland		
Bayern	77,0	+2,6
Bremen	78,6	+2,1
Baden-Württemberg	79,7	+2,3
Hamburg	79,8	+1,6
Schleswig-Holstein	81,0	+2,4
Niedersachsen	81,9	+1,3
Nordrhein-Westfalen	81,9	+3,2
Rheinland-Pfalz	82,3	+0,7
Hessen	82,4	+1,2
Saarland	83,5	-1,6

Quelle: infas-Wahlberichterstattung im Auftrag der ARD.

4. Soziale Struktur der Nichtwähler

Zur sozialen Struktur der Nichtwähler bemerkt der Nichtwähler-Forscher Michael Eilfort: „Frauen neigen eher zur Wahlenthaltung als Männer, junge Leute und Senioren eher als ‚Mittelalte‘, Protestanten eher als Katholiken. Die Stadt beteiligt sich in geringerem Maße als das Land, Menschen mit geringerem Sozialstatus und Randgruppen sind teilnahmsloser als angesehene, integrierte Bürger mit höherem Bildungs-, Einkommens- und Lebensniveau.“¹⁵

Welche dramatische Zuspitzung die Wahlenthaltung im Wahljahr 1994 in einigen ostdeutschen Bundesländern erfahren hat, zeigt Tabelle 6.

Angesichts der großen Wahlverweigerung junger Frauen und Männer kann man nachvollziehen, wenn sich der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Kurt Biedenkopf, über seinen Wahlsieg

nach eigenem Bekenntnis nicht richtig freuen wollte¹⁶.

Eine Segmentationsanalyse mit dem gleichen Ziel wie bei den Wahlkreisen, nämlich die erklärungskräftigsten sozialen Variablen für die Wahlenthaltung 1994 zu finden, deckt Unterschiede zwischen Ost und West auf¹⁷. Um der Analyse eine ausreichende Fallzahl zugrunde zu legen, wurden neben den bekennenden Nichtwählern auch die Unentschlossenen einbezogen, nachdem sich in den ersten Analysegingen eine innere Verwandtschaft beider abgezeichnet hatte.

In Westdeutschland bildet das Modell neun in sich homogene Endgruppen ab, zwischen denen der Nichtwähler-/Unentschlossenenanteil von 9,5 bis nahezu 100 Prozent variiert. Tragende Variable ist in der ersten Stufe das Alter (unter 24 Jahre,

15 Michael Eilfort, Die Nichtwähler, in: Bürger im Staat, Wahlverhalten, Stuttgart 1991, S. 239.

16 Aufgrund 1994 veränderter Rechtsbedingungen wurde die Repräsentative Wahlstatistik bei der Bundestagswahl und bei einigen Landtagswahlen nicht erhoben.

17 Die Analyse wurde mit dem Programm CHAID erstellt.

Tabelle 6: Wahlbeteiligung bei einzelnen Landtagswahlen 1994

Angaben in Prozent	Sachsen-Anhalt, 26. 6. 1994			Sachsen, 11. 9. 1994			Saarland, 16. 10. 1994		
	Insg.	Frauen	Männer	Insg.	Frauen	Männer	Insg.	Frauen	Männer
18-20 Jahre	36,9	37,3	36,6	39,3	38,1	40,2	70,1	68,0	72,4
21-24 Jahre	31,3	31,6	31,1	31,8	31,3	32,4	71,4	70,8	71,9
25-29 Jahre	35,4	36,9	34,1	37,0	37,4	36,6	75,0	74,5	75,5
30-34 Jahre	42,3	44,6	40,1	45,0	47,0	43,0	78,1	78,0	78,2
35-39 Jahre	49,7	51,6	47,8	51,9	53,6	50,3	78,7	78,0	79,3
40-44 Jahre	54,5	55,8	53,1	57,0	57,7	56,4	81,4	82,4	80,4
45-49 Jahre	57,2	57,8	56,5	58,7	58,7	58,7	82,0	81,5	82,4
50-59 Jahre	62,5	63,1	61,9	65,4	65,5	65,3	86,7	86,5	87,0
60-69 Jahre	69,5	68,0	71,4	72,9	71,7	74,3	88,2	87,3	89,1
70 J. u. älter	57,9	54,3	65,8	61,0	57,6	69,2	81,3	79,2	85,6

Quelle: Statistische Länderämter Sachsen-Anhalt, Sachsen und Saarland, jeweils Ergebnisse der repräsentativen Wahlstatistik.

25 bis 49 Jahre, 50 Jahre und älter). Es folgen in der zweiten Stufe die Bildung und in der dritten Stufe das Geschlecht bzw. die Haushaltsgröße. Auf einer letzten Stufe sorgt auch noch der Berufsstatus für eine weitere signifikante Erklärung des Nichtwählerverhaltens.

In Westdeutschland tendierten 1994 Männer in der jüngsten Altersgruppe mit niedrigerem Ausbildungsstatus zu 47 Prozent zu Wahlenthaltung und Unentschlossenheit; die entsprechende Frauengruppe war nahezu vollzählig unentschlossen bzw. nicht zur Wahl bereit. Bei weiterführender Bildung sprach sich nur jeder Dritte der jungen Leute gegen eine Wahlteilnahme aus. In der Altersgruppe der 25- bis 49jährigen fand sich die größte Tendenz zur Wahlabstinenz bei jenen, die einen formalen Schulabschluß unterhalb des Abiturs haben und zugleich entweder aus großen Haushalten stammen oder einen niedrigen Berufsstatus besitzen. In diesen beiden Gruppen, die wahrscheinlich eher den unteren Gesellschaftsschichten zuzurechnen sind, lag der Nichtwähleranteil zwischen 42 und 44 Prozent. Wer dagegen in dieser Altersgruppe einen hohen Berufs- oder Bildungsstatus aufweist, tendierte nur zu 24 bzw. zu 15 Prozent zur Wahlenthaltung. Die älteste Altersgruppe (über 50 Jahre) war in sich am homogensten und wies den höchsten Wahleifer auf. Aber auch hier macht die Bildung noch einen Unterschied. Über 50jährige, die eine hohe Bildung genossen haben, wollten nur zu 9,5 Prozent ihre Stimme verweigern, die Gegengruppe immerhin zu 18 Prozent.

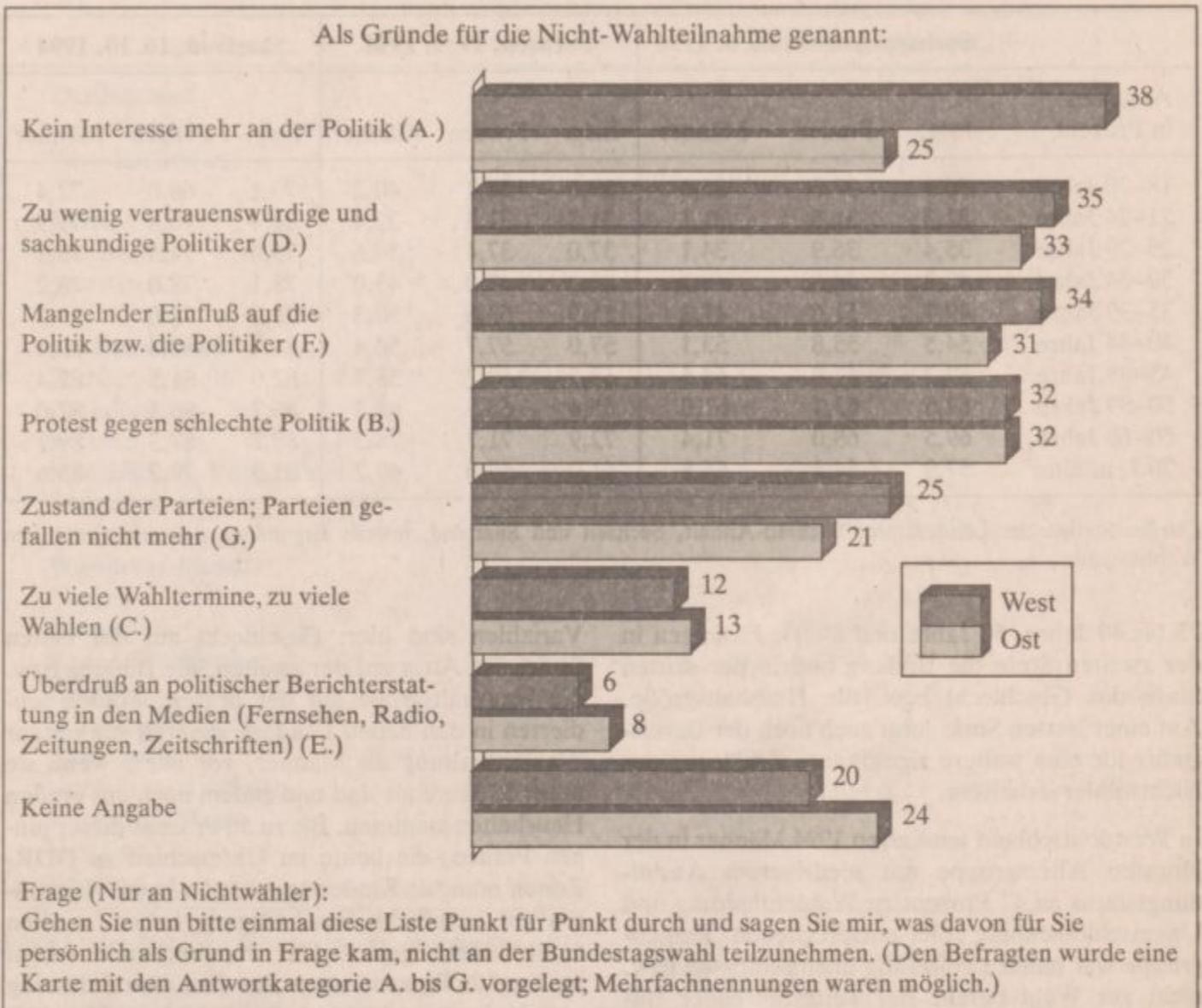
In Ostdeutschland bildet das Modell sechs in sich homogene Gruppen ab. Die erklärungskräftigsten

Variablen sind hier: Geschlecht auf der ersten Stufe; das Alter auf der zweiten, die Bildung bzw. die Haushaltsgröße auf der dritten. Frauen tendierten in den neuen Ländern generell stärker zur Wahlenthaltung als Männer, vor allem wenn sie unter 35 Jahre alt sind und zudem noch aus großen Haushalten stammen. Bis zu 56 Prozent dieser jungen Frauen, die heute im Unterschied zu DDR-Zeiten mangels Kindertagesstätten kaum Aussichten auf berufliche Beschäftigung haben, wollten nicht wählen gehen. Der entsprechende Anteil sank auf 26 Prozent, wenn ihre familiäre Belastung und Verantwortung aus einem kleinen Haushalt herrührte. Sofern Frauen das Alter über 35 Jahre erreicht hatten, wollten sie mit 21 Prozent eher in durchschnittlicher Größenordnung wählen gehen.

Bei den Männern lag der Alterssplit bei 50 Jahren. Die älteren Männer sind – ähnlich wie in Westdeutschland die ältere Generation im ganzen – am wahleifrigsten. Nur etwa 12 Prozent wollten sich verweigern. In der Generation unter 50 Jahre führt ein Mehr oder Weniger an Bildung zu unterschiedlicher Wahlmotivation. Männer der unteren Bildungsstufen, deren Beschäftigungsperspektiven aufgrund geringer Qualifikation trübe sein mögen, bekannten sich zu zwei Fünfteln, die der Gegengruppe nur zu einem Fünftel als Nichtwähler.

Im sozialen Profil der Nichtwähler 1994 spiegeln sich also einerseits die vertrauten geschlechts- und altersspezifischen Unterschiede, es läßt aber auch erkennen, wie stark 1994 die sozioökonomischen Lebensbedingungen und die damit verbundenen Lebensperspektiven die Bereitschaft zur politischen Partizipation mit beeinflusst haben.

Tabelle 7: Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 – Motive der Nichtwähler (in Prozent)



Quelle: infas, Oktober/November 1994.

5. Motive für Wahlenthaltung

1994 war ein Jahr der Demokratie für Deutschland. Würde die Dramaturgie des Wahljahres die Wahlberechtigten eher lähmen oder zum Wahlgang stimulieren, vor allem mit Blick auf den finalen Höhepunkt am 16. Oktober?

Zum Jahresbeginn signalisierten die Wirtschaftsdaten nach der schwersten Rezession eine Tendenz nach oben. An der Massenarbeitslosigkeit hatte sich aber wenig geändert, ebensowenig wie an der hohen Staatsverschuldung und den steigenden Abgaben. Regierung und Parteiensystem standen also nach wie vor unter dem Druck der Frage, wie die Arbeitslosigkeit bekämpft, die Finanzkrise gelöst, der Umbau des Sozialstaates in Angriff genommen werden soll.

Die von manchen erwartete Angleichung des Wählerverhaltens in Ost und West trat nicht ein. Tren-

nende Tendenzen zeigten sich nicht nur in der Wahlteilnahme, sondern auch im Wahlausgang selbst. Im Westen wurde die Regierungsmehrheit geholt, der Osten wählte die Opposition. Auch in den Motiven der Nichtwähler lassen sich einige charakteristische Differenzen feststellen. Vielschichtig mischen sich Ursachen und Motive zu einem abnehmenden Wahlengagement, das seit der Volkskammerwahl 1990, einem Plebiszit für einen raschen Vollzug der deutschen Einheit, im Osten stark gesunken war.

Sowohl traditionelle als auch aktuell-situative Faktoren spielen hier eine Rolle. In Ostdeutschland fehlt es den etablierten, westlich orientierten Parteien an verankerten und fest entwickelten Partei- bindungen, die im Rahmen einer soziokulturellen Vernetzung Wähler und Wählerinnen mobilisieren können. Wählen als repräsentativ-demokratische Verhaltensnorm wird mehr als Recht, denn als

Pflicht eingestuft; dies kann auch bedeuten, das demokratische Recht auf Wahlverweigerung für sich in Anspruch zu nehmen. Wählen als Bürgerpflicht, diesem Verhaltenskodex stimmten im Osten denn auch nur 38 Prozent der Wähler und Wählerinnen gegenüber 52 Prozent im Westen zu¹⁸.

Darüber hinaus spiegelt das Meinungsbild der ostdeutschen Nichtwähler auch Enttäuschung über die Politik und die politischen Akteure in der jüngsten Zeit. Nach der Euphorie über die Errungenschaft der Demokratie und der Hoffnung auf „blühende Landschaften“ ist Ernüchterung über das System der repräsentativen Demokratie eingeleitet, und Unzufriedenheit mit der gesellschaftspolitischen Entwicklung hat sich breitgemacht. Daß ihre Illusionen verlorengegangen seien, bekannte fast ein Drittel der Nichtwähler (31 Prozent), und sie beklagen ihren mangelnden Einfluß auf Politik bzw. Politiker. Sie sind enttäuscht über das geringe Gewicht ihrer Stimme. Gegen die schlechte Politik zu protestieren, ist ebenfalls für ein knappes Drittel (32 Prozent) ein Beweggrund für die Wahlenthaltung.

Im übrigen dominiert unter den bekennenden Nichtwählern *im Osten wie im Westen* die Einschätzung von Kompetenzverlust und Machtversessenheit der politisch Aktiven. Nicht-Wahl gilt hier wohl als eine Variante der Wahlentscheidung, die ein Äquivalent zur Protestwahl bildet. Auf die Wahl einer anderen oder alternativen Partei als Mittel des Protests wird dabei bewußt verzichtet. So klagt jeweils etwa ein Drittel (Ost: 33 Prozent, West: 35 Prozent), es gebe zu wenige vertrauenswürdige und sachkundige Politiker. Kritik am Zustand der Parteien nennen immerhin noch ein Viertel im Westen und gut ein Fünftel im Osten als Grund für ihre Nicht-Teilnahme an der nationalen Wahlentscheidung. Neben der Parteienkritik hört man auch, es stünden keine wirklichen Alternativen unter den zur Auswahl stehenden Parteien zur Verfügung. In diesem Sinne äußerten sich 21 Prozent der Nichtwähler in Bayern anläßlich einer Befragung kurz vor der Landtagswahl im September 1994.

Das Argument „Vielzahl der Wahltermine 1994“ oder eine „Überfrachtung der Medien mit politischer Berichterstattung“ hat in Ost (13 Prozent bzw. 8 Prozent) wie West (12 Prozent bzw. 6 Prozent) nur Minderheiten vom Gang an die Urnen abgehalten.

Die politisch hochaktive Phase im Osten Deutschlands mit offener Teilnahme am politischen Geschehen hat sich immerhin nicht in ihr Gegenteil gewendet, hat nicht mangels Interesse oder aus Enttäuschung zu einem Rückzug ins Private geführt. Nur ein Viertel bekundet, kein Interesse mehr an der Politik zu haben.

Der entsprechende Wert liegt in Westdeutschland deutlich höher. Hier, wo seit Mitte der achtziger Jahre sinkende Wähleranteile der etablierten großen Volksparteien und abnehmende Mitgliederzahlen der Parteien auflösende Parteibindungen signalisieren, verliert auch das Wählen als grunddemokratische Verhaltensnorm politischer Mitwirkung an Bedeutung. Vor dem Hintergrund eines Wertewandels, gefördert von emanzipatorischen und ökologischen Bewegungen, die in ihren Aktivitäten direktdemokratische Praktiken politischer Partizipation favorisieren, finden insbesondere in der nachrückenden Wählergeneration konventionelle Formen politischer Beteiligung im Sinne einer Bürgerpflicht – wie das Wählen – vergleichsweise weniger Anklang.

In diesem Licht – einer Abkehr von der politischen Klasse und ihrem Politikstil – ist auch im Westen das von Nichtwählern geäußerte Desinteresse an der Politik (38 Prozent) zu verstehen: als ein Motivkreis, der sich aus dem Verlust des Vertrauens in die Politiker und ihre Kompetenz, Protest gegenüber der Politik und Kritik am Zustand der Parteien zusammenschließt. Gewichtet man die Motive von Nichtwählern 1994, wird deutlich: Wahlenthaltung ist mehr und mehr eine bewußte und wohl überlegte Entscheidung, nicht bloß Resultat von politischer Apathie und Desinteresse. Neben politischer Unzufriedenheit und aktuellem Protest signalisiert Wahlverweigerung auch wachsende Skepsis gegenüber der Wahl als dem wesentlichsten Instrument repräsentativ-demokratischer und konventioneller Partizipation in ihrer Funktion der Interessenvermittlung zwischen unten und oben.

III. Zusammenfassung

Politisches Handeln durch Wählerauftrag zu legitimieren ist heute ein immer schwierigeres Unterfangen. 1994, das Jahr der Demokratie, hat keinen Durchbruch, geschweige denn Höhepunkt in der Wählermobilisierung gebracht wie etwa vor Jahren in Westdeutschland bei der Bundestagswahl 1972

¹⁸ Vgl. infas-Politogramm, Oktober/November 1994, je 1000 Befragte in Ost und West.

die Entscheidung über die Reformpolitik Willy Brandts oder 1990 in der DDR die erste freie Volkskammerwahl mit Wahlbeteiligungen von über 90 Prozent. Trotz des Versuchs der Regierungs- wie Oppositionsparteien, den Wahlkampf 1994 zu einer Richtungsentscheidung zu dramatisieren und die Lager entsprechend zu polarisieren, blieb das Wahlklima eher müde und emotionslos. Das Ergebnis war eine für nationale Wahlen schwache Wahlbeteiligung, im Westen nur leicht angestiegen, im Osten noch weiter gesunken. Gegen diesen Anschein politischer Lethargie, was die bestehenden Verhältnisse anbelangt, wirkte aber unterschwellig eine Wendestimmung, die kurz vor ihrem Ziel steckenblieb.

So setzte sich 1994 zwar erneut die sogenannte U-Kurve durch. Sie beschreibt den charakteristischen Mobilisierungsverlauf während einer Wahlperiode. Auf den Höhepunkt der Mobilisierung im Bundestagswahljahr folgte stets eine Schwächephase für die Regierungsparteien, die erst gegen Ende der Wahlperiode wieder aufgefangen werden konnte. Dieser U-förmige Mobilisierungsmechanismus hat bislang Machtwechsel durch Wahlen in Bonn verhindert. Denn, wer an der Regierung ist,

hat es in der Hand, im entscheidenden Moment alle Instrumente der politischen Kommunikation und Mobilisierung, die dank der Regierungs-Agenda zur Verfügung stehen, weit wirkungsvoller als die Opposition zum Einsatz zu bringen.

Das Wahlergebnis 1994 reflektiert aber auch – Auswirkung des langfristigen Wandels im Parteiensystem und der veränderten politischen Achsen im vereinigten Deutschland – Widersprüche zu der bisherigen Gesetzmäßigkeit. Die größte Herausforderung für die tonangebenden Volksparteien sind dabei die Nichtwähler. Ihr Lager ist größer als das Stimmenreservoir aller kleinen Parteien zusammengenommen. Bei den Nebenwahlen des Jahres 1994 waren die Nichtwähler bereits stärkste Formation. Strukturell verschärfen sich die Mobilisierungsprobleme, so daß es ziemlich verfehlt wäre, Wahlenthaltung primär auf politisches Desinteresse zurückzuführen statt vielmehr auf soziale Desintegration. Die Problemgruppen 1994, mit unterschiedlichen Akzenten in Ost und West, sind: Junge Menschen, insbesondere junge Frauen, sowie mittlere Altersgruppen mit geringem Qualifikationspotential und somit schlechten Berufs- und Lebensperspektiven.

Die Wahlslogans von 1949 bis 1994

I. Wahlslogans – Wirklich nur leere Phrasen?

Auf Plakatwänden und Litfaßsäulen erinnert längst nichts mehr an den Bundestagswahlkampf im Superwahljahr 1994. *Damit es weiter aufwärts geht* hatte die CDU dort geworben, *Freu' Dich auf den Wechsel, Deutschland*, die SPD frohlockt. *Diesmal geht's um alles* war der politische Überlebenskampf der FDP überschrieben, und *Freiheit statt Volksfront* hatte es bei der CSU schon seit den Landtagswahlen in Bayern geheißen.

Der Wahlslogan gilt in der Literatur über Wahlkämpfe als zentrale Wahlaussage, als pointierte Zusammenfassung einer Wahlkampagne¹. Ein guter Slogan soll zum einen ausdrücken, worum es bei der anstehenden Wahl geht, und zum anderen Erwartungen und Einstellungen der Bevölkerung aufgreifen. Er muß „in der Luft liegen“².

Im Wahlkampf, in dem verschiedene Parteien um die Wählergunst werben, ist die Zielsetzung des Wahlslogans als eine Form politischer Sprache leicht zu definieren: Wie der Werbeslogan zum Kauf eines bestimmten Produktes anreizen soll, so soll der Wahlslogan die Wähler zur Wahl einer bestimmten Partei aktivieren. Allerdings ist es fraglich, in welchem Maße der Wahlslogan die tatsächliche Wahlentscheidung beeinflusst. Vielmehr kommen ihm Funktionen zu, die generell zu einer politischen Mobilisierung der Wähler beitragen sollen. Zunächst soll der Wahlslogan Aufmerksamkeit wecken, sich einprägen und an die jeweilige Partei erinnern. Er kann u. a. Identifizierungs- oder Solidarisierungsmöglichkeiten bieten, zugleich aber auch polarisieren, provozieren und/oder auf den politischen Gegner Bezug

nehmen. Vor allem aber kommt ihm eine Rationalisierungsfunktion zu, indem er komplexe politische Sachverhalte reduziert und auf bestimmte politische Schlüsselbegriffe verdichtet, um so Meinungen und Haltungen wiederzugeben³. Und just diese Funktion bringt dem Wahlslogan regelmäßig die Schelte von Publizisten und Journalisten ein, die ihn nicht selten als inhaltslose und austauschbare Phrase abqualifizieren⁴.

Trotz aller Häme und Kritik, denen die Wahlslogans begegnen, sollen sie hier als zeitgeschichtliche Zeugnisse verstanden und beschrieben werden, denen eine Aussage über Situationen, Ereignisse und politische Vorstellungen vor und während ihrer Entstehungszeit zu entnehmen ist⁵. Folglich ist es wichtig, diese Entstehungszeit in die Betrachtung miteinzubeziehen: Was beschäftigte die Öffentlichkeit, wie wollten sich die Parteien voneinander abgrenzen und sich im Wahlkampf präsentieren? Worüber wurde zwischen und innerhalb der Parteien diskutiert, welche Strategien verfolgten sie, worauf (vorausgegangene Ereignisse, Krisen, Skandale) und in welcher Weise nahmen sie Bezug, was wurde zum Thema im Wahlslogan?

Niemals lassen sich alle Kriterien auf einmal an einem einzigen Slogan ablesen, aber – um ein Ergebnis vorwegzunehmen – ein bestimmter Schwerpunkt ist immer vorhanden. Im folgenden Überblick soll dies an den charakteristischsten Wahlslogans von CDU, CSU, FDP und SPD bei den Bundestagswahlen von 1949 bis 1994 herausgestellt werden, auch um die Kontinuität oder die Veränderungen in der Wahlwerbung derjenigen Parteien aufzuzeigen, die seit der Gründung der Bundesrepublik im Bundestag vertreten sind.

3 Vgl. zu den Sloganfunktionen Robert E. Denton jr., *The Rhetorical Functions of Slogans: Classification and Characteristics*, in: *Communication Quarterly*, (1980) 2, S. 13ff.

4 Als jüngeres Beispiel vgl. Peter Zolling, *Dummheiten zur Erinnerung. Den mündigen Bürger erwarten platte Parolen*, in: *Spiegel Spezial, Super-Wahljahr '94*, S. 124ff.

5 Vgl. Monika Toman-Banke, *Die Wahlslogans der Bundestagswahlen 1949 bis 1990. Eine linguistische Untersuchung*, Dissertation, Mainz 1994 (noch nicht veröffentlicht), S. 1.

1 Vgl. Peter Radunski, *Wahlkämpfe. Moderne Wahlkampfführung als politische Kommunikation*, München u. a. 1980, S. 100.

2 Vgl. Werner Wolf, *Die Entstehung des Slogans der hessischen CDU zur Landtagswahl 1974*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, (1978) 3, S. 316.

II. Zeitgeschichte und Wahlslogans

1. Die Nachkriegswahlkämpfe: hart und ideologisierend

Die Ausgangssituation vor der Wahl 1949 war eigentlich von einem Konsens über das demokratische Prinzip des neuen Staates geprägt: Das Scheitern der Weimarer Republik, der Aufstieg der Nationalsozialisten, der Zweite Weltkrieg, die Teilung Deutschlands und die Stärke des sowjetischen Kommunismus boten den deutschen Parteien einen gemeinsamen Bezugsrahmen, aus dem nur Kommunisten und rechtsextreme Gruppen herausfielen⁶. Dennoch gehörten heftige Auseinandersetzungen, sogar Beleidigungen und Diffamierungen, zum ersten Bundestagswahlkampf in der Bundesrepublik⁷. Zu unterschiedlich waren die Auffassungen über die Ausgestaltung der Demokratie und der Wirtschaftsordnung. Sozialismus oder soziale Marktwirtschaft, Weststaat-Lösung oder der „Dritte Weg“ zwischen den Blöcken – das waren hier die Fragen. Diese ordnungspolitischen Gegensätze wurden zum Inhalt der Wahlslogans 1949.

Unser Ziel ist der Sozialismus! Wir rufen unsere Gesinnungsgenossen in Stadt und Land auf, uns auf diesem Wege zu folgen! Sozialdemokratische Partei Deutschlands – so forderte die SPD ihre Anhänger und Sympathisanten noch in der Tradition des Klassenkampfes auf⁸. Das eindeutige Bekenntnis zum Sozialismus entsprach der wirtschaftspolitischen Programmatik der SPD nach 1945. Sozialisierung, staatliche Planung und Lenkung waren Grundbestandteile der „Dürkheimer 16 Punkte“⁹. Die CDU dagegen machte das Konzept der sozialen Marktwirtschaft zu ihrem Wahlprogramm, den „Düsseldorfer Leitsätzen“¹⁰. Sie unterstrich im

Wahlkampf ihren Erfolg bei der wirtschaftlichen Entwicklung seit Ende des Zweiten Weltkrieges: *1947 Hunger – Not – Elend/1949 Vorwärts! Aufwärts! Der Erfolg der CDU*. Neben den negativ konnotierten Ausdrücken im ersten Teil des Slogans, mit denen die Nachkriegsjahre nominiert¹¹ wurden, sollten vor allem die Jahreszahlen Aufmerksamkeit wecken. Auffällig dabei war, daß die CDU nicht 1945 als Beginn der Notjahre nach dem Weltkrieg zugrunde legte, sondern 1947 – das Jahr, in dem der Frankfurter Wirtschaftsrat eingerichtet wurde. Dort hatten FDP und CDU eine bestimmende Rolle. Die spätere Jahreszahl sollte das wirtschaftspolitische Engagement der CDU seither verdeutlichen. Die Jahreszahl 1949 sowie die positiv konnotierten und motivierenden Adverbien *Vorwärts* und *Aufwärts* sollten auf das künftige erfolgreiche Handeln der Partei hinweisen.

Die außen- und deutschlandpolitische Orientierung besaß für den SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher genauso erste Priorität wie für den CDU-Kandidaten Konrad Adenauer¹². Mit fast identisch lautenden Slogans warben SPD und CDU für ihre deutschlandpolitischen Vorstellungen: *SPD / Das ganze Deutschland soll es sein* hieß es bei den Sozialdemokraten, und die CDU fügte hinzu: *Das ganze Deutschland soll es sein – Zum ungeteilten Vaterland durch die CDU*. Doch während die SPD damit den programmatischen Aussagen ihres Vorsitzenden folgte und sich für den „Dritten Weg“ zwischen Kommunismus und Kapitalismus aussprach¹³, betonte die CDU mit diesem Slogan ihre Westorientierung, das heißt die Eingliederung der Westzonen in ein wirtschaftliches, politisches und längerfristig auch militärisches Bündnis Westeuropas, um die Handlungsfreiheit für den westlichen Teil Deutschlands zurückzugewinnen¹⁴.

Kennzeichnend für die CSU war bereits 1949 ein bayerisch-staatliches Bewußtsein, zumal hier die territoriale und staatliche Kontinuität gewahrt werden konnte. Der Freistaat Bayern wurde 1945

6 Vgl. Wolfgang Bergsdorf, *Herrschaft und Sprache*. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland, Pfullingen 1983, S. 126.

7 Vgl. Wolfgang Benz, *Das Ende der Besatzung*, in: Theodor Eschenburg (Hrsg.), *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart u.a. 1983 (= *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1), S. 525 ff.

8 Bei der Nennung der Slogans wird weitgehend der Originalschreibweise auf dem Wahlplakat gefolgt, Satzzeichen werden gegebenenfalls angeglichen oder Schrägstriche zur Kenntlichmachung von Sinneinheiten eingefügt.

9 Vgl. Siegfried Heimann, *Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hrsg.), *Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*, Sonderausgabe, Opladen 1986, S. 2051.

10 Vgl. Gerold Ambrosius, *Das Wirtschaftssystem*, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland, Geschichte in drei Bänden, Band 1: Politik*, Frankfurt a. M. 1983, S. 273.

11 Unter dem Begriff *Nomination* wird hier die Benennung der Abbilder von Erscheinungen und Sachverhalten der realen Welt und ihre gleichzeitige Wertung verstanden. Vgl. Cordula Krahl/Manfred Schentke/Barbara Hansen, *Zur Nomination in politischen Texten der modernen englischen Presse. Ein Beitrag zum Gebrauch von Lexembedeutungen*, Berlin (Ost) 1986 (= *Linguistische Studien*, Reihe A.141), S. 17.

12 Vgl. S. Heimann (Anm. 9), S. 205; Ute Schmidt, *Die Christliche Union Deutschlands*, in: R. Stöss (Anm. 9), S. 503.

13 Vgl. S. Heimann (Anm. 9), S. 2048.

14 Vgl. U. Schmidt (Anm. 12), S. 502.

wiederhergestellt. Auch die bayerische katholische Tradition schien ungebrochen, und daraus resultierte das Selbstverständnis der Partei als „christliches Bollwerk Westeuropa“¹⁵. Eine anti-kommunistische Grundhaltung und die Betonung regionaler Zugehörigkeit prägten daher einen CSU-Slogan von 1949: *Was erzählt Euch der Heimkehrer vom sozialistisch-kollektivistischen Staat? Bleibt deshalb Eurer bayerischen Heimat treu! Wählt Christlich Soziale Union*. Interessant ist dabei der Ausdruck *Heimkehrer*. Damit wurde eine Personengruppe nominiert, der in der Bevölkerung wegen des Schicksals, das sie erleiden mußte, ein hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Die Kriegsheimkehrer aus dem Osten wurden zur Legitimationsquelle der Sloganaussage. Ohne das Schicksal der Heimkehrer direkt zu beschreiben, wurden dennoch die Ängste vor dem Kommunismus geschürt. Verstärkt wurde dies durch die Bezeichnung der Sowjetunion mit dem negativ konnotierten Ausdruck vom *sozialistisch-kollektivistischen Staat*.

Das weitaus größte Themenspektrum griff die FDP im ersten Bundestagswahlkampf auf. Diese Vielfalt ist auf die Zusammenfassung der unterschiedlichen liberalen Gruppierungen – von links bis nationalliberal – unter dem Namen FDP nach 1945 zurückzuführen. Neben der Frage der Wiedervereinigung und der künftigen wirtschaftspolitischen Konzeption wurden rechtliche Probleme (z. B. Entnazifizierung), wirtschaftliche Schwierigkeiten (z. B. Schwarzmarkt) oder soziale Spannungen thematisiert: Angesichts von zwölf Millionen Flüchtlingen und Heimatvertriebenen nach dem Krieg¹⁶ hatte die FDP in der „Bremer Plattform“, dem ersten gemeinsamen Parteiprogramm von 1949, als eines ihrer Ziele die Eingliederung der Heimatvertriebenen genannt¹⁷. Dieses Integrationsbestreben wurde in einem Slogan des Landesverbandes Hessen deutlich: *Altbürger! – Flüchtlinge! Nicht gegeneinander – sondern miteinander! Für ein Deutschland in Einigkeit und Recht und Freiheit! Wählt FDP / Freie Demokratische Partei (bisher LDP)*. Durch diesen Slogan wurden die Wähler unmittelbar mit den bestehenden sozialen Problemen bei der Eingliederung von Heimatvertriebenen konfrontiert¹⁸.

1953 verlief der Bundestagswahlkampf noch nach ähnlichen Mustern wie 1949. Auch er war stark ideologisierend, wenngleich es nicht mehr um grundsätzliche Richtungsbestimmungen ging. Die SPD-Slogans waren zwar nicht mehr so kämpferisch wie zuvor, betonten aber dennoch die traditionelle Herkunft der Partei: *Wähle Links, wo das Herz schlägt! Wähle Sozialdemokraten!* Nachdem die Weichen für die Wirtschaftsordnung 1949 gestellt worden waren, konzentrierte sich die SPD auf die Kritik an der Wirtschaftspolitik der CDU und des Wirtschaftsministers Ludwig Erhard: *Prof. Erhard – CDU ruiniert die Wirtschaft! Wer SPD wählt – wählt den Aufbau!* Verstärkt wurde diese Aussage, indem auf dem Wahlplakat ökonomische Probleme – Zahl der Arbeitslosen, fehlende Wohnungen, Preissteigerungen – aufgezählt wurden.

Die CDU versuchte, die Angst vor dem Kommunismus, die der Koreakrieg erneut geweckt hatte, wahltaktisch auszunutzen und sich als einzige Wahlalternative darzustellen. Zu einem der bekanntesten Slogans dieser Art gehörte 1953 *Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau! Darum CDU*. Mit dieser Wahlkampfstrategie war die Frage der deutschen Wiedervereinigung verknüpft, eines der Hauptthemen im Wahlkampf. CDU und CSU gingen darauf in einem gemeinsamen Slogan mit unterschiedlichen Parteibezeichnungen ein. *Denkt an uns! Wählt für uns CSU* hieß es auf einem Wahlplakat, auf dem ein älteres, verhärtet wirkendes Ehepaar zu sehen war, das offensichtlich in der Sowjetischen Besatzungszone lebte. Mit diesem Slogan wurde an das Mitgefühl, Verantwortungsbewußtsein und Demokratieverständnis der Wähler im westlichen Teil Deutschlands appelliert. Diese wurden also nicht direkt von einer Partei, sondern von den Deutschen im Osten aufgefordert, stellvertretend deren Rechte wahrzunehmen und zu wählen. Dabei wurde suggeriert, daß die Stimmabgabe der Deutschen im Osten zugunsten der Union ausfiele, wenn sie wählen dürften.

Die Ausgangslage der FDP im Wahlkampf von 1953 war dagegen schwierig: Richtungskämpfe zwischen den einzelnen Landesverbänden, aber auch die Verhaftung hochrangiger ehemaliger Nationalsozialisten innerhalb der FDP schädeten dem Bild der Partei in der Öffentlichkeit¹⁹. Die Profilierung der Partei rückte daher in den Vordergrund

15 Vgl. Alf Mintzel, Die Christlich-Soziale Union in Bayern e. V., in: R. Stöss (Anm. 9), S. 681 ff.

16 Vgl. Hermann Glaser, Kleine Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989, Bonn 1991², S. 13.

17 Vgl. Jürgen Dittberner, Die Freie Demokratische Partei, in: R. Stöss (Anm. 9), S. 1336.

18 Vgl. Wolfgang Benz, Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1989, in: Werner Weidenfeld/Hartmut Zimmermann (Hrsg.): Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz

1949–1989, Bonn 1989 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 275, Studien zur Geschichte und Politik, S. 53.

19 Vgl. Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957, Stuttgart u. a. 1981 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 3), S. 194.

der Wahlkampfstrategie der FDP, die sie mit deutschlandpolitischen Vorstellungen (Deutschland in den Grenzen von 1937) verband. *Wählt FDP / Dann wählt ihr Deutschland* lautete einer ihrer Slogans.

Gegenüber einer dominanten CDU erschien die SPD im Wahlkampf 1957 chancenlos. Obwohl sie den Gesetzen der Regierung zur Wiedereinführung der Wehrpflicht zugestimmt hatte, stellte sie sich im Wahlkampf als Gegner der Wiederbewaffnung dar. Mit dem Slogan *Keine Wehrpflicht / Darum SPD* warb sie vor allem um junge Wähler. Außerdem stand die Frage der Wiedervereinigung in ihrer Wahlkampfstrategie im Vordergrund: *Wiedervereinigung in Freiheit! Schluß mit der Tatenlosigkeit! Sicherheit für alle / SPD*. Ohne die CDU direkt zu nennen, warf die SPD dieser implizit vor, in acht Jahren Regierungszeit die Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands nicht ermöglicht zu haben, und begründete damit die Notwendigkeit des politischen Wechsels.

Siegessicher präsentierte sich die CDU im Wahlkampf. Sie betonte ihre Regierungstätigkeit und stellte in einer erstmals formal und inhaltlich einheitlichen Sloganreihe die Regierungsmitglieder heraus. Dem Konterfei eines Ministers wurde auf dem Wahlplakat jeweils eine ressortspezifische Aussage zugeordnet. *Wohlstand für alle / CDU / Ludwig Erhard* lautete zum Beispiel die Aussage für den Wirtschaftsminister. Der bekannteste Slogan der CDU in diesem Wahlkampf war jedoch *Keine Experimente / CDU*, der die Kontinuität der CDU-Politik unterstreichen und die damalige Grundstimmung des Bewahrens wiedergeben sollte²⁰. Gleichzeitig wurde mit dem Ausdruck *Experimente* das politische Programm der SPD benannt, das – so wurde nicht zuletzt durch die hervorgerufenen Assoziationen suggeriert – nicht konkret faßbar sei und dessen Folgen nicht vorhersehbar seien.

Wie ihre Schwesterpartei setzte die CSU ebenfalls auf die Kontinuität der bisherigen Politik: *Laßt uns weiterbauen / Adenauer / CSU*. Sie stellte die Stärke Adenauers heraus, um von dessen Popularität zu profitieren.

Nach der Spaltung der FDP und dem Bruch der Koalition Ende 1955 in Bonn versuchten die Liberalen 1957, einen innenpolitisch akzentuierten Wahlkampf zu führen, indem sie ihre Unabhängigkeit, Eigenständigkeit und die Notwendigkeit ihrer Zugehörigkeit zum parlamentarischen System und

zur Regierung betonten und das auf dem Berliner Parteitag 1957 beschlossene Konzept der „liberalen Mitte“ und „dritten Kraft“ unterstrichen²¹. Diese Strategie war auch deshalb notwendig geworden, weil der FDP im Wahlkampf von der CDU so gut wie keine Beachtung geschenkt wurde²². Die FDP dagegen griff die CDU an und stellte deren Glaubwürdigkeit in Frage: *Sie sagen „Keine Experimente“ und meinen Alleinherrschaft der CDU / Wählt FDP / Freie Demokratische Partei*. Wegen der vorausgegangenen Parteienspaltung und Adenauers Unterstützung der neugegründeten Freien Volkspartei (FVP) richtete sich der Slogan ausschließlich gegen eine Alleinherrschaft der CDU, indem der CDU-Slogan zitiert und dessen Botschaft geleugnet wurde. Kennzeichnend dafür ist die Verwendung des negativ konnotierten Ausdrucks *Alleinherrschaft*, mit dem vermeintliche Gefahren für das demokratische System und Erinnerungen an das Dritte Reich nominiert werden sollten.

2. Die frühen sechziger Jahre: Harmonie und Sicherheit

In den Slogans des Wahlkampfes von 1961 spiegelte sich der Wandel der SPD zu einer „gemeinwohlorientierten sozialreformerischen Volkspartei“²³, der im Godesberger Programm 1959 programmatisch bestätigt worden war. *Wir sind eine Familie / SPD* war charakteristisch für die Absicht der SPD, einem breiten Publikum innen- und außenpolitische Gemeinsamkeiten mit der CDU zu signalisieren, Koalitionsbereitschaft zu zeigen²⁴ und die eigene Regierungsfähigkeit herauszustellen. Der Slogan erreichte einen hohen Bekanntheitsgrad, zumal eine Starrevue – mit bekannten Künstlern wie Willi Hagara oder Roberto Blanco – den gleichen Titel trug.

Bei der CDU machten sich am Ausgang der fünfziger Jahre Symptome einer politischen, personellen und organisatorischen Krise bemerkbar²⁵. Der soziale Wandel in der Bundesrepublik hatte die Einstellungen und Erwartungen der Wähler verändert. Neuorientierungen standen aber im Widerspruch zu Adenauers Führungsstil²⁶. Ungeachtet der sich abzeichnenden Entwicklung innerhalb der Partei betonte die CDU im Wahlkampf ihre lang-

21 Vgl. J. Dittberner (Anm. 17), S. 1326.

22 Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 19), S. 367f.

23 Vgl. S. Heimann (Anm. 9), S. 2034.

24 Vgl. ebd., S. 2034ff.

25 Vgl. U. Schmidt (Anm. 12), S. 509.

26 Vgl. Erwin Scheuch/Rudolf Wildemann, Der Wahlkampf 1961 im Rückblick, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft, (1965), S. 40.

20 Vgl. H.-P. Schwarz (Anm. 19), S. 336.

jährige Regierungskompetenz: Erfolg und Erfahrung / CDU. Die CSU warb konkreter für die bisherige Regierung: Für Adenauer / Erhard und die seit 12 Jahren erfolgreiche Mannschaft / Darum: lieber wieder CSU.

Der FDP ging es darum, die absolute Mehrheit der CDU zu brechen, um wieder an der Regierung beteiligt werden zu können. Sie führte einen stark personalisierten Wahlkampf, indem sie ihren relativ jungen Spitzenkandidaten, Erich Mende, als Gegenbild zum greisen Adenauer aufbaute. Der Slogan *Erich Mende: ein freies Volk braucht Freie Demokraten / FDP* wies zudem auf die Notwendigkeit dieser Partei als Korrektiv im Parteiensystem²⁷ hin.

Die Bundestagswahl 1965 wurde wie die vorausgegangenen Wahlen weder von großen weltpolitischen Ereignissen beeinflusst, noch galt sie als innen- oder außenpolitische Weichenstellung²⁸. Beherrschendes Wahlkampfthema von SPD, CDU und CSU war die Sicherheit, die sich jedoch auf innen- und gesellschaftspolitische Bereiche wie Gesundheitsversorgung, Verkehrspolitik und Umwelt bezog²⁹. So lauteten die Slogans der verschiedenen Parteien auch ganz ähnlich. Mit der vertrauten Redewendung *Sicher ist sicher* warb die SPD um Wähler, und mit *Unsere Sicherheit* sprachen CDU und CSU eines der Grundbedürfnisse der Wähler an. Die FDP bemühte sich wie immer um das Herausstellen ihrer Existenz und grenzte sich vom Sicherheits-Wahlkampf der großen Parteien ab. Statt dessen nominierte sie neue programmatische Vorstellungen (zum Beispiel die Modifizierung der Hallstein-Doktrin) in ihrem Slogan *Weiter auf neuen Wegen / FDP nötiger denn je*. Sie richtete sich dabei an Wähler, die politisch interessiert und bereit waren, neue politische Richtungen einzuschlagen.

3. Die späten sechziger Jahre: Aufbruchstimmung

Trotz seiner Popularität und anfänglicher wirtschaftlicher Erfolge scheiterte die Kanzlerschaft Ludwig Erhards. Nach seinem Rücktritt im November 1966 stand der Bildung einer Großen Koalition zwischen CDU und SPD, die bereits im Wahljahr 1965 diskutiert worden war, nichts mehr im Wege. Als Nachfolger von Erhard wurde im Dezember Kurt Georg Kiesinger zum Bundeskanzler

gewählt³⁰. Die Dauer der Großen Koalition war durch innenpolitisch stürmische Jahre gekennzeichnet: Mitte der Sechziger erstarkte die NPD, 1968 wurde die DKP gegründet. Als Reaktion auf die große Koalition entstand 1967 die Außerparlamentarische Opposition (APO), die sich gegen jede Form von Unfreiheit, Unterdrückung, Hierarchie und Autorität, gegen das „Establishment“ und „faschistoide“ Strukturen im Staatssystem richtete³¹. Der APO gelang es, einen politischen und kulturellen Wandel in Gang zu bringen, der mehr und mehr auch breite Schichten der Öffentlichkeit ergriff und dort die Bereitschaft förderte, etwas Neues zu wagen³².

Die Parteien reagierten unterschiedlich auf die Ereignisse dieser Jahre. Die SPD erkannte schnell, daß eine politische Neuorientierung dem Bewußtseinsprozeß in der Bevölkerung folgen müsse. Mit dem Slogan *Wir schaffen das moderne Deutschland. SPD / Wir haben die richtigen Männer* versuchte sie, sich als einzige moderne, reformwillige und handlungsfähige Partei herauszustellen. Mit dem Ausdruck *das moderne Deutschland* wurde die Vorstellung eines zeitgemäßen und reformierten Staates nominiert.

Eher zögerlich verliefen die Reformbemühungen der CDU. Zwar hatte sie auf dem Berliner Parteitag 1968 ein neues Aktionsprogramm präsentiert, das aktuelle Themen wie Mitbestimmung und Bildungsreform behandelte; dies führte aber trotzdem nicht zu konkreten Reformvorschlägen³³. *CDU / Sicher in die 70er Jahre* lautete eher verhalten einer ihrer Slogans, der nach wie vor das Schutz- und Sicherheitsbedürfnis der Wähler statt ihren Fortschrittswillen ansprechen sollte. Das Fortschrittsverständnis der CSU basierte auf dem Grundsatzprogramm der Partei von 1968. Darin bekannte sich die CSU zum Konservativismus, um „die Lebendigkeit europäischen Geistes für die Zukunft zu erschließen“³⁴. Darauf nahmen ihre Slogans von 1969 Bezug, wie zum Beispiel *CSU / modern denken / entschlossen handeln / besser leben*.

In einem generellen Erneuerungsprozeß befand sich die FDP zum Zeitpunkt der Wahl. Auf Betreiben des linken Parteiflügels leitete die Partei mit dem Hannoverschen Aktionsprogramm einen

30 Vgl. Karlheinz Nicolauß, *Kanzlerdemokratie. Bonner Regierungspraxis von Konrad Adenauer bis Helmut Kohl*, Stuttgart u. a. 1988, S. 89.

31 Vgl. Veit Valentin, *Geschichte der Deutschen. Mit einem Abriß zur deutschen Geschichte der Gegenwart von 1945 bis zur Gegenwart*, Köln 1979, S. 692.

32 Vgl. K. Hildebrand (Anm. 28), S. 383.

33 Vgl. U. Schmidt (Anm. 12), S. 511.

34 Vgl. A. Mintzel (Anm. 15), S. 674.

27 Vgl. J. Dittberner (Anm. 17), S. 1326.

28 Vgl. Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969*, Stuttgart u. a. 1984 (= *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 4), S. 149.

29 Vgl. ebd., S. 146.

neuen Kurs ein, der aktuelle Fragen der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft, der Hochschul-, Bildungs- und Wirtschaftspolitik, aber auch deutschland- und ostpolitische Fragen betraf. Dabei konnten eher Brücken zur SPD als zur CDU geschlagen werden³⁵. Die Slogans der FDP waren deutlich von diesem Modernisierungsprozeß gekennzeichnet, zumal aus werbestrategischen Gründen (Abgrenzung gegenüber anderen Parteien, Signal der Neuorientierung) die Schreibung des Parteisignets in *F.D.P.* geändert wurde: *F.D.P. / Wir schaffen die alten Zöpfe ab!*

4. Die siebziger Jahre: Konfrontationen

Mit dem Beginn der Regierung Brandt/Scheel kam es zwischen 1970 und 1973 zu einer entscheidenden Wende in der Ost- und Deutschlandpolitik. Beständige Verhandlungen ermöglichten den Abschluß von Verträgen, die zu einer Annäherung der Staaten, zur Normalisierung ihrer Verhältnisse und damit zur Entspannung in Deutschland beitrugen. Wurde diese Politik im westlichen und östlichen Ausland positiv bewertet, so führte sie in der Bundesrepublik zu einer Polarisierung zwischen Regierung und Opposition, die die Ostverträge nur teilweise anerkennen wollte³⁶. Diese Polarisierung wurde auch im Wahlkampf 1972 deutlich: Als Gegnerin der Ostpolitik agierte die CDU in diesem Wahlkampf mit einem Provokationsslogan, der an die Kommunismusangst der fünfziger Jahre erinnerte: *The Daily Telegraph schreibt „Moscow votes for Brandt“ / auf gut deutsch / Moskau wählt Brandt / ... und Sie?* Mit der direkten Frage sollte an das Verantwortungsbewußtsein der Wähler appelliert werden. Kommunismus sowjetischer Prägung wurde darin mit dem Ausdruck *Moscow/Moskau* nominiert. Um ihren eigenen Zielvorstellungen Glaubwürdigkeit zu verleihen, zitierte die CDU dabei eine vermeintliche Autorität des Auslands in Originalsprache.

Das positive Bild des Auslands vom deutschen Bundeskanzler, dessen Ansehen mit der Verleihung des Friedensnobelpreises Ende 1971 einen Höhepunkt erreichte, beeinflusste auch die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik. In einem ihrer Slogans gelang es der SPD, ihre Wähler an diesem staatsmännischen Ansehen Brandts teilhaben zu lassen³⁷ und an das Nationalbewußtsein zu appellieren: *Deutsche / Wir können stolz sein auf unser Land. Wählt Willy Brandt / SPD / Sozialdemokraten.* Allgemein, auch von der gegneri-

schen Seite, wurden diesem Slogan Genialität und durchschlagende Wirkung bescheinigt³⁸.

Die CSU betonte – wie in den Wahlkämpfen zuvor – ihre Funktion als Gesandtschaft Bayerns in Bonn. *Wissen und Tatkraft / Bayern für Deutschland / CSU* lautete ein Slogan, in dem der CSU erstrebenswerte Eigenschaften zugeschrieben wurden. Als ein Vertreter bayerischer Interessen wurde zudem Franz Josef Strauß auf dem Wahlplakat gezeigt.

Angesichts der Polarität zwischen der CDU und SPD verfolgte die FDP die bekannte Linie, Vernunft und Einsicht zu betonen, Sachlichkeit zu wahren und auf zu starke Gefühlsbetonung zu verzichten: *F.D.P. / Laßt Vernunft walten* hieß ein Slogan, der – gemäß den „Freiburger Thesen“ (Parteiprogramm von 1971) – „eine Alternative für den mündigen, zur Aufklärung bereiten Bürger“³⁹ aufzeigen sollte.

Als „themenloses Personalplebiszit in vergifteter Atmosphäre“ wurde der Wahlkampf 1976 charakterisiert⁴⁰. Die Konfrontationsstrategien der Unionsparteien wurden auch in ihren Slogans deutlich. Analog zu ähnlichen Aussagen in den fünfziger Jahren unternahmen sie den Versuch, eine Verbindung zwischen dem Sozialismus in den Ostblockstaaten und der sozialdemokratischen Politik in der Bundesrepublik herzustellen⁴¹. *Aus Liebe zu Deutschland: Freiheit statt Sozialismus / CDU / sicher / sozial und frei* warb die CDU. *CSU / 1976 / Deutschland vor der Entscheidung / Freiheit oder Sozialismus* hieß es bei der CSU. Während im CDU-Slogan impliziert wurde, daß die CDU als Freiheitsgarant die einzige Alternative zu einer bereits bestehenden, vermeintlich sozialistisch geprägten Regierung sei, wurde im Slogan der CSU eine Entscheidungsmöglichkeit zwischen zwei politischen Zielvorstellungen festgestellt. Die Absicht, die SPD zu diffamieren, war jedoch bei beiden Slogans gleich. Erstmals trat die CDU mit einem verlängerten Parteisignet (*CDU / sicher / sozial und frei*) auf, das sich langfristig bei den Wählern einprägen sollte.

Die SPD setzte diesen Angriffen zumindest in den Wahlslogans nichts entgegen. Sie betonte ihre Vorstellungen von einem *Modell Deutschland* und stellte vor allem die Person von Bundeskanzler

38 Vgl. ebd.

39 Helga Grebing, Die Parteien, in: W. Benz (Anm. 10), S. 170.

40 Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel. 1974–1982. Die Ära Schmidt, Stuttgart u. a. 1987 (= Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 5/2), S. 47.

41 Vgl. K. Niclaß (Anm. 30), S. 182.

35 Vgl. J. Dittberner (Anm. 17), S. 1330.

36 Vgl. K. Niclaß (Anm. 30), S. 113ff.

37 Vgl. W. Wolf (Anm. 2), S. 309.

Helmut Schmidt in den Mittelpunkt: *Der bessere Mann muß Kanzler bleiben: Helmut Schmidt. Deshalb SPD.* Die SPD wollte von Schmidts „Charisma des Krisenmanagers“⁴² profitieren. Nachdem Willy Brandt wegen der Guillaume-Affäre zurückgetreten war und die wirtschaftlichen Probleme (Ölkrise, stagnierende Wachstumsraten, Staatsverschuldung und Arbeitslosigkeit) immer stärker zunahmen, hatte sich die Stimmung in der Öffentlichkeit gewandelt. Daher sollte dem Wähler in diesem Slogan eine Identifizierungsmöglichkeit mit dem Bundeskanzler geboten werden.

Die FDP versuchte sich 1976 vom polarisierenden Wahlkampf der großen Parteien abzugrenzen. Ihre Konzeption beruhte auf einer „Strategie der Eigenständigkeit“⁴³. Mit dem Slogan *Leistung wählen / F.D.P. Die Liberalen* wollte sie zum einen die Vernunft der Wähler betonen und sich zum anderen gleichzeitig als „Hüterin sachbezogener Politik in der Bundesrepublik“⁴⁴ profilieren.

Die Härte des vorausgegangenen Wahlkampfes setzte sich 1980 fort. Dazu hatte nicht zuletzt die Personalentscheidung der CDU beigetragen. Schon sehr früh, aber nach heftigen, öffentlich ausgetragenen Querelen nominierte sie den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten, der außerhalb Bayerns auf große Antipathien stieß. Im Wahlkampf nahmen die Mobilisierungswellen gegen Franz Josef Strauß durch Aktionen von Künstlern, Intellektuellen und Gewerkschaften ungeahnt heftige Ausmaße an⁴⁵. Diese Ablehnung kam auch auf einem FDP-Wahlplakat zum Ausdruck, nicht zuletzt wegen eines seit Jahren währenden Streits zwischen der FDP und Franz Josef Strauß: *Diesmal geht's ums Ganze / Für die Regierung Schmidt/ Genscher, gegen Alleinherrschaft einer Partei, gegen Strauß. Diesmal F.D.P. Die Liberalen.* Die FDP profilierte sich hier als „Ausweichmöglichkeit“ für Schmidt-Wähler, die sich von der SPD distanzieren und eine Einparteienregierung verhindern wollten, und für CDU-Wähler, die Strauß als Kanzler ablehnten⁴⁶.

Das „Duell der Giganten“ zwischen Schmidt und Strauß war Gegenstand einiger Slogans. Die SPD unterstrich Prestige und Autorität des Bundeskanzlers und ließ ihn direkt zu den Wählern spre-

chen: *Bundeskanzler Helmut Schmidt: Sie können etwas für Ihr Land tun. Geben Sie Ihre Stimme meiner Partei. SPD.* Trotz oder gerade wegen der öffentlichen Diskussionen um seine Kandidatur wurde Franz Josef Strauß in den Slogans von CDU und CSU als Retter der Nation herausgestellt. *Franz Josef Strauß / Kanzler für Frieden und Freiheit* warb die CDU. Die CSU verband ihre Personalisierungsstrategie mit Angriffen auf die SPD: *Strauß wählen / Den Sozialismus stoppen / Am 5. Oktober beide Stimmen für die CSU.*

5. Die achtziger Jahre: nach dem politischen Wechsel

Der Wahlsieg der sozialliberalen Koalition konnte nur kurze Zeit über die wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen zwischen SPD und FDP hinwegtäuschen. Bei den Beratungen über den Bundeshaushalt 1982 im Sommer 1981 erreichten diese ihren ersten Höhepunkt. Trotz kurzzeitiger Verbesserung des Koalitionsklimas nach der positiv beantworteten Vertrauensfrage im Februar 1982 nahmen die Spannungen in der Koalition wieder zu. Die wirtschaftspolitischen Diskrepanzen hatten sich weiter verschärft. Im September 1982 erklärten vier FDP-Minister ihren Rücktritt und beendeten so das Regierungsbündnis⁴⁷.

Nicht zuletzt wegen der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 13. Februar 1983 stand der Wahlkampf für die Bundestagswahl am 6. März 1983 ganz unter dem Eindruck des vorausgegangenen Regierungswechsels. Vor allem die Wahlslogans der Union waren davon geprägt. Sie bewerteten den Wechsel als Neubeginn, machten den Wählern Hoffnung, versprachen Zuversicht und die Lösung anstehender Probleme, wie zum Beispiel das der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit. Der SPD wurde die Schuld für die schlechte Situation zugesprochen: *Arbeitslosigkeit, Schulden, Pleiten / Nicht wieder SPD! / Arbeit, Frieden, Zukunft / Miteinander schaffen wir's / CDU / sicher / sozial und frei.*

Voller Optimismus waren die Slogans der CSU: *Hoffnung für Deutschland / CSU / Beide Stimmen oder Lichtblick / 6. März / CSU.* Angesichts der Aufbruchstimmung in den Unionsslogans war der SPD-Slogan *SPD / Im deutschen Interesse* dagegen blaß. Auch die Personalisierungsstrategie für den eher bieder wirkenden Hans-Jochen Vogel als Nachfolger von Helmut Schmidt klang wenig überzeugend: *Deutschland braucht wieder einen Bundeskanzler, der es packt: Hans-Jochen Vogel.*

42 Vgl. ebd., S. 161.

43 Hans-Jürgen Beyer, Der Bundestagswahlkampf 1976 der F.D.P., in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (1979) 1, S. 92.

44 J. Dittberner (Anm. 17), S. 1350.

45 Vgl. W. Jäger/W. Link (Anm. 40), S. 170.

46 Vgl. K. Niclaß (Anm. 30), S. 189.

47 Vgl. ebd., S. 204 ff.

Der FDP ging es im Wahlkampf darum, ihren „Verrätermakel“ wegen des vorausgegangenen Koalitionsbruchs loszuwerden und ihre Entscheidung mit dem Slogan *Freiheit braucht Mut. / Deshalb F.D.P. / Die Liberalen* zu rechtfertigen.

Die künftige Entwicklung und die Erwartungen an die Zukunft spielten im Wahlkampf 1987 in den Slogans aller Parteien eine wichtige Rolle. Dabei zeichneten die Volksparteien völlig unterschiedliche Zukunftsbilder. Die SPD nominierte in einer Vielfalt von Slogans aktuelle Probleme (*Damit unsere Kinder leben können: Umweltstünder hart packen. / SPD oder SPD / Mehrheit für gerechte Steuern*) und betonte die Notwendigkeit von deren Lösung. Zuversicht und positives Zukunftsdenken verhiß stark mobilisierend der CDU-Slogan: *Weiter so, Deutschland / CDU / Die Zukunft*. Die CSU präsentierte ebenfalls „Zukunftsslogans“ und verfolgte gleichzeitig in gewohnter Weise ihren Vertretungsanspruch bayerischer Interessen in der Bundespolitik: *Danke / Ihr Vertrauen ist uns Auftrag für Bayern und Deutschland / CSU*. Besonders leistungsorientiert zeigte sich die FDP mit dem Slogan *Zukunft durch Leistung*.

6. Die neunziger Jahre: gesamtdeutsche Wahlkämpfe

Nach der Öffnung der Mauer am 9. November 1989, der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion am 1. Juli 1990 und der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten am 3. Oktober 1990 gab es im Wahlkampf zur ersten gesamtdeutschen Wahl nach 58 Jahren nur ein Thema, das alle anderen an den Rand drängte: die deutsche Einheit. Vor allem die CDU stellte dieses Thema heraus, um ihren Vorteil als handelnde Regierungspartei auszunutzen. Sie warb mit *Ja zu Deutschland / Ja zur Zukunft / Gemeinsam schaffen wir's / CDU / Freiheit / Wohlstand / Sicherheit*. Auch die Slogans der CSU hatten optimistischen und bejahenden Charakter, wenngleich darin die Eigenständigkeit der bayerischen Partei betont wurde: *Bayern stark für Deutschland / CSU / 2. Dezember / Bayerisch wählen*.

Die FDP setzte im Wahlkampf 1990 ganz auf Hans-Dietrich Genscher, der großes Ansehen genoß. In ihrem Slogan *Genscher wählen. F.D.P. wählen / F.D.P. / Die Liberalen / Das liberale Deutschland* setzte die FDP den Außenminister mit der gesamten Partei gleich, um von dessen Popularität zu profitieren. Hauptanliegen der FDP war es, eine zu starke Union zu verhindern, die auf

sie als Koalitionspartner hätte verzichten können⁴⁸. Die SPD – und vor allem ihr Spitzenkandidat Oskar Lafontaine – hatte sich mit der Frage der deutschen Wiedervereinigung schwer getan⁴⁹. Bei Wahlkampfauftritten, besonders in Ostdeutschland, demonstrierte Oskar Lafontaine Skepsis statt Optimismus. In den Wahllogos wurde die Wiedervereinigung so gut wie nicht thematisiert. Statt dessen wurde die Wahlkampfkonzeption auf Oskar Lafontaine als Repräsentanten des (westdeutschen) Lebensgefühls der neunziger Jahre aufgebaut⁵⁰. In dem SPD-Slogan *Oskar Lafontaine / Der Neue Weg / SPD / Ökologisch, sozial, wirtschaftlich stark* wurden zudem mit dem Ausdruck *Der Neue Weg* die programmatischen Vorstellungen des Berliner Programms von 1989 nominiert. Darin war der „Demokratische Sozialismus“⁵¹ erneut festgeschrieben worden.

An die Stelle der Einheits-Begeisterung von 1990 war im Superwahljahr 1994 eine realistische Sichtweise wenn nicht sogar Ernüchterung getreten. Die wirtschaftliche Rezession war trotz prognostizierter Erholung immer noch spürbar, die Zahl der Arbeitslosen lag weiterhin auf hohem Niveau, und die Wähler klagten über Abgaben und Steuern.

Doch trotz wirtschaftlicher Fragen und Probleme ging es den Parteien zumindest auf den Wahlplakaten eher darum, sich zu profilieren und vor allem – angesichts der anhaltenden Politikverdrossenheit, die sich in niedrigen Wahlbeteiligungen niedergeschlagen hatte – die Wähler zur Wahl zu mobilisieren. Als notwendige Alternative zur bestehenden Regierung präsentierte sich die SPD. Ihr optimistisch klingender Slogan *Freu' Dich auf den Wechsel, Deutschland / SPD* suggerierte, daß dieser Wechsel nicht nur möglich, sondern auch sicher sei.

Auch die CDU gab sich optimistisch und stellte ihre Regierungskompetenz und Erfahrung heraus. *Damit es weiter aufwärts geht / CDU / Sicher in die Zukunft* verwies nicht nur auf die Regierungskontinuität dieser Partei, sondern implizierte auch,

48 Vgl. Charima Reinhardt, Vom Heimspiel im „Genscher-Land“ zum sauren Apfelwein, in: Frankfurter Rundschau vom 20. November 1990, S. 7.

49 Vgl. Hans-Ulrich Kempfski, Ich werde das sportlich verkraften, in: Süddeutsche Zeitung vom 27. November 1990, S. 3.

50 Vgl. Norbert Bicher, Der Kampf der ungleichen Populisten, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 23. November 1990, S. 3.

51 Vorstand der SPD, Referat für Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bonn 1989, S. 9f.

daß die wirtschaftliche Talsohle bereits durchschritten sei.

Als purer Überlebenskampf mutete dagegen der FDP-Wahlslogan in diesem Bundestagswahlkampf an: *Diesmal geht's um alles. F.D.P. / Die Liberalen*. Die FDP verzichtete darauf, sich als Wirtschaftspartei zu profilieren. Statt dessen betonte die Sloganaussage die Dringlichkeit, FDP zu wählen, um das politische Überleben der Partei zu sichern. Nach den Wahlschlägen bei verschiedenen Landtagswahlen und bei der Europa-Wahl, bei denen die FDP unter die 5-Prozent-Grenze fiel und daher nicht mehr in den Parlamenten vertreten ist, mehrten sich in der Öffentlichkeit die Diskussionen, ob die FDP bei der Bundestagswahl den Einzug ins Parlament schaffen werde.

Im Vordergrund der CSU-Wahlkampfstrategie stand der Kampf gegen die politische Linke. Zwar stellte sich die CSU in ihrem Wahlslogan selbst als Freiheitsgarant dar, doch mit der Aussage *Freiheit statt Volksfront / CSU / Für Bayern wählen*, die schon zur Landtagswahl im September plakatiert worden war, knüpfte die CSU vor allem an die polarisierenden Wahlkampfmuster von 1976 und 1980 an. Ihre politischen Gegner (PDS, SPD – generell linke Gruppen) und mögliche Koalitionen dieser wurden von der CSU mit dem allgemein negativ belegten Ausdruck *Volksfront* titulierte. Dabei nahm die CSU auf die von der PDS geduldete Minderheitsregierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Sachsen-Anhalt Bezug und führte mit dem „Volksfrontslogan“ die im Sommer 1994 viel diskutierte sogenannte „Rote-Socken-Kampagne“ der Unionsparteien fort.

III. Fazit: Wahlslogans sind besser als ihr Ruf

Natürlich lassen sich mit Wahlslogans allein keine Wahlen gewinnen, und es wäre naiv, Wahlslogans mit Wahlergebnissen in Verbindung zu bringen. Ob und inwiefern ein Slogan für die Wahlentscheidung zugunsten einer Partei tatsächlich ausschlaggebend war, ist bislang nicht untersucht worden. Insofern sollte der Slogan in seiner Wirkungsweise nicht überschätzt werden. Das gleiche gilt für seine werbende Funktion. Schließlich ist er neben TV-Spots, Anzeigen oder Wahlreden nur ein Bestandteil einer ganzen Werbekampagne. Und diese ist dann erfolgreich, wenn das gesamte Erscheinungsbild der Partei stimmig ist und nicht nur deren Slogan.

Dennoch ist der Slogan in der Einschätzung der Wahlkämpfer ein Synonym für das, worüber im Wahlkampf kommuniziert wird. Und eine wichtige Rolle spielt der Wahlslogan auch als zeitgeschichtliches Zeugnis. So kann er zu einem Symbol seiner Zeit werden, wenn er das, was die Parteien und/oder die Öffentlichkeit bewegt, im Sinne der Realitätsverdichtung zusammenfaßt und in kurzer Form wiedergibt. Er kann aber auch zu einem Symptom seiner Zeit werden, wenn dies den Parteien nicht mehr gelingt. Dann ist er Indiz für politisches Unvermögen. Auch wenn sie weiterhin umstritten bleiben und über ihr Gefallen und Nicht-Gefallen diskutiert wird, haben Wahlslogans – das hat dieser Überblick gezeigt⁵² – mehr zu bieten, als ihnen zugetraut wird. Sie sind besser als ihr Ruf.

⁵² Zu weiteren Ausführungen über Slogans vgl. M. Toman-Banke (Anm. 5).

Matthias Jung/Dieter Roth: Kohls knappster Sieg. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/94, S. 3-15

Mit einem denkbar knappen Vorsprung von nur 0,3 Prozentpunkten haben die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP vor den im Parlament vertretenen Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS die Wahl am 16. Oktober gewonnen. 15 kleine und kleinste Parteien kamen insgesamt auf 3,6 Prozent, davon als stärkste die Republikaner auf 1,9 Prozent. Wegen der am gleichen Tag durch die Ergebnisse der Landtagswahlen im Saarland, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen nochmals bestätigten klaren Bundesratsmehrheit der SPD-regierten Länder bleibt der Spielraum für die Regierungsparteien, politische Änderungen herbeizuführen, äußerst begrenzt. Das Regieren ist schwieriger geworden. Die Situation für die FDP ist prekär, sie hat einen herben Verlust gegenüber 1990 hinnehmen müssen und besitzt eine ganz schwache Wählerbasis. Sie ist in zehn aufeinanderfolgenden Wahlen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert und nur deshalb in den Bundestag eingezogen, weil sie in bisher nicht gekanntem Ausmaß von Unionsanhängern gewählt wurde (63 Prozent).

Renate Köcher: Auf einer Woge der Euphorie. Veränderungen der Stimmungslage und des Meinungsklimas im Wahljahr 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/94, S. 16-21

Zu Beginn des Superwahljahres 1994 sah die Ausgangslage für die Koalitionsregierung von Bundeskanzler Helmut Kohl trostlos aus. Im Frühjahr 1994 lag die Regierungskoalition in den Meinungsumfragen zehn Prozent hinter den drei Oppositionsparteien zurück. Im zweiten Quartal 1994 kam es zur Trendwende. In wenigen Monaten holten die Koalitionsparteien den Rückstand auf und zogen im Juli am Oppositionslager vorbei. Der August war von einem Kopf-an-Kopf-Rennen gekennzeichnet. In der Endphase des Wahlkampfes wurde der Vorsprung jedoch immer knapper und führte zu diesem hauchdünnen Sieg der Koalitionsregierung. Diese dramatische Entwicklung wird in dem Beitrag anhand von Umfragedaten aufgezeigt.

Jürgen W. Falter/Markus Klein: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/94, S. 22-34

Im Rahmen dieses auf Umfragen gestützten Beitrags wird gezeigt, daß die Wahl der PDS 1994 von einer Vielzahl von Faktoren beeinflußt worden ist, die weniger objektiver als subjektiver Natur zu sein scheinen. Wer formal hochgebildet ist, der ehemaligen DDR eher positiv als negativ gegenübersteht, sich sozial von der Gesellschaft der Bundesrepublik in irgendeiner Weise benachteiligt fühlt, negative Wahrnehmungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft besitzt und zumindest einige Kernaussagen des Sozialismus bejaht, erscheint nach unseren Ergebnissen geradezu prädestiniert zur Wahl der PDS. Insofern sind die Motive der PDS-Wähler der Bundestagswahl 1994 in der Tat durch eine Mischung aus Ideologie, Nostalgie und Protest gekennzeichnet.

Ursula Feist: Nichtwähler 1994. Eine Analyse der Bundestagswahl 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/94, S. 35-46

Trotz enormen Werbeaufwands und des Einsatzes zahlreicher Prominenter kam es zu keiner Wende im Wahlverhalten der Bürger/Innen im Superwahljahr 1994. Trotz des Versuchs der Regierungs- und der Oppositionsparteien, der Bundestagswahl 1994 den Charakter einer Richtungsentscheidung zu geben, blieb das Wahlklima eher emotionslos. Die größte Herausforderung für die Volksparteien sind die Nichtwähler. Ihr Lager ist größer als das Stimmenreservoir aller kleinen Parteien zusammen. Wahlenthaltung sollte von der politischen Klasse nicht als politisches Desinteresse gesehen werden; sie hat ihre Ursache vielmehr in sozialer Desintegration.

Monika Toman-Banke: Die Wahlslogans von 1949 bis 1994

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52/94, S. 47-55

Der Beitrag gibt einen Überblick über die Slogans der Bundestagswahlen von 1949 bis 1994. Dabei werden sie nicht isoliert betrachtet, sondern zu dem zeitgeschichtlichen Hintergrund ihrer Entstehungszeit in Beziehung gesetzt. Dieser Überblick beginnt bei den stark ideologisch geprägten Wahlkämpfen der Nachkriegszeit, berücksichtigt die von Reformen und Konfrontationen geprägten Wahlen der siebziger und die zukunftsverheißende Stimmung der achtziger Jahre und endet schließlich beim Bundestagswahlkampf im „Superwahljahr“ 1994. Um die Entwicklung und die Kontinuität der Wahlwerbung aufzeigen zu können, beschränkt sich der Beitrag auf die Slogans von CDU, CSU, FDP und SPD, also der Parteien, die seit Gründung der Bundesrepublik im Bundestag vertreten sind.